

Jahresbericht

ZWEI TAUSEND FÜNF UND ZWANZIG

Vorwort

von Norbert Lammert und Mark Speich

Liebe Leserinnen und Leser,
die vorgezogene Bundestagswahl im Februar 2025 hat die politische Landschaft in Deutschland neu geordnet: Die Union ist als stärkste Kraft hervorgegangen und bildet nun gemeinsam mit der SPD die Regierungskoalition. Zugleich offenbart das Wahlergebnis ein schwindendes Vertrauen in die etablierten Parteien der Mitte. Für unsere demokratische Gesellschaft ist der deutliche Zugewinn der AfD ein bedenkliches Signal; für unsere Arbeit als Stiftung, insbesondere in einem Jahr, in dem wir 70 Jahre Politische Bildung gefeiert haben, ist dies zugleich eine Bestätigung unseres Auftrages, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, als verantwortungsbewusste Mitglieder einer freiheitlichen Demokratie eine aktive Rolle in einer informierten und selbstverantwortlichen Gesellschaft zu übernehmen und demokratiefeindliche Tendenzen angemessen erkennen und einordnen zu können.

Zudem stehen wir in Deutschland und Europa unter dem Eindruck einer doppelten »Zeitenwende«: Drei Jahre nach Russlands Angriff auf die Ukraine wird die regelbasierte Weltordnung ausgerechnet durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten infrage gestellt, während die Ukraine weiter auch für unsere Freiheit kämpft. Für Europa bedeutet das: Die Herstellung der eigenen Verteidigungsfähigkeit ist akut und dringend. Mit nochmals gesteigerter Resonanz von Partnerorganisationen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben wir im diesjährigen »Cafe Kyiv« erneut ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass wir Europäerinnen und Europäer alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um zu verhindern, dass die Ukraine – und damit die europäische Friedensordnung – auf dem Schlachtfeld oder am Verhandlungstisch geopfert wird.

Auch die Eskalation im Nahen Osten hat die globale Ordnung in diesem Jahr weiter unter Druck gesetzt. Die im Oktober vereinbarte Waffenruhe zwischen der Hamas und Israel war ein erster wichtiger Schritt und führte nach über zwei Jahren endlich zur Freilassung der letzten lebenden Geiseln des grausamen Terrorüberfalls der Hamas-Terroristen auf Israel. Ungeachtet dieser vorsichtigen Fortschritte dürfen wir unseren Einsatz gegen den Antisemitismus in unserem eigenen Land nicht mindern. Aus diesem Grund haben wir uns auch 2025 mit über 100 Veranstaltungen entschlossen gegen den Antisemitismus engagiert. Ebenso wie die Sicherheit Israels zu unserer Staatsräson gehört, so ist es unsere Verantwortung und Pflicht, dass Jüdinnen und Juden sich nie wieder verfolgt und diskriminiert fühlen. In diesem Jahr, in dem wir das 60. Jubiläum der deutsch-israelischen Beziehungen gefeiert haben, sollte es uns jedoch auch Anlass zur Hoffnung geben, dass es möglich war, nach der unglaublichen Vergangenheit, die zwischen Deutschland und Israel steht, zwischen diesen beiden Ländern nicht nur Versöhnung, sondern Freundschaft möglich zu machen. Dieses Jubiläum der deutsch-israelischen Freundschaft haben

wir sowohl im Rahmen der Ausstellung »Die unmögliche Freundschaft – Konrad Adenauer und David Ben-Gurion« in Tel Aviv und eines Festaktes unseres Auslandsbüros in Israel gemeinsam mit der deutschen Botschaft zelebriert als auch gemeinsam mit der Jungen Union bei einer Veranstaltung im Oktober in Berlin gewürdigt.

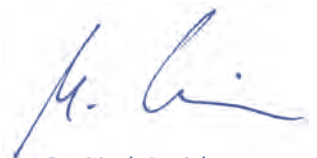
Auch das Ende des Zweiten Weltkriegs, das sich in diesem Jahr zum 80. Mal jährt, sowie das 75. Gründungsjahr der CDU Deutschlands boten Anlass, zurückzublicken auf das Erreichte der vergangenen Jahrzehnte – und die aktuellen Herausforderungen in den Blick zu nehmen. Angesichts der vielfältigen Konflikte und Krisen in Deutschland und der Welt haben sich unsere drei Schwerpunktthemen – Freiheit braucht Sicherheit, Demokratie braucht Mitwirkung, Nachhaltigkeit braucht Innovation – erneut als verlässliche Leitlinien unserer Arbeit bewährt, die unsere Positionen schärfen und gezielt der Öffentlichkeit vermitteln. Im kommenden Jahr werden wir zudem die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in unsere Schwerpunktthemen aufnehmen. Nicht zuletzt unser KAS-Fellow 2025, Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph Schmidt, Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, hat uns die Notwendigkeit dieser Fokuserweiterung deutlich gemacht. In diesem Jahr, das von Haushaltsdebatten, Sozialstaatsdiskussionen und Industrieförderplänen geprägt war, hat er uns darin unterstützt zu ergründen, wie wir es in Deutschland schaffen können, unsere Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu erneuern.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für ihren Einsatz und ihre hervorragende Arbeit in herausfordernden Zeiten. Ebenso danken wir den Mitgliedern unserer Gremien für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit sowie allen Förderinnen und Förderern des Freundeskreises, den Spenderinnen und Spendern, den Sponsorinnen und Sponsoren für ihre wertvolle ideelle wie finanzielle Unterstützung. Unser Dank gilt auch unseren zahlreichen Partnern im In- und Ausland für die gute und zuverlässige Zusammenarbeit. Wir werden weiterhin alles daransetzen, dem Vertrauen, das Sie uns und unserer Arbeit in Deutschland, Europa und der Welt entgegenbringen, gerecht zu werden. Wir hoffen und freuen uns auf Ihre Unterstützung, die uns die bevorstehenden Aufgaben mit Zuversicht und Entschlossenheit angehen lässt.

Berlin/Sankt Augustin, im Dezember 2025



Prof. Dr. Norbert Lammert



Dr. Mark Speich

Vorwort

von Annegret Kramp-Karrenbauer

Liebe Leserinnen und Leser,

2025 war ein ereignisreiches, ein unruhiges und mitunter auch beunruhigendes Jahr in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in Deutschland, Europa und der Welt. Viele große und kleine Herausforderungen haben die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im vergangenen Jahr maßgeblich beeinflusst und werden uns weiterhin begleiten. Neue, bislang unbekannte Aufgaben werden zudem auf die Tagesordnung drängen, denen wir unsere Aufmerksamkeit widmen werden.

Ich freue mich sehr, dass ich im Dezember zur Vorsitzenden der Stiftung gewählt worden bin. Das Amt stellt eine besondere Verantwortung dar, der ich mir bewusst bin und die ich gerne annehme. Dazu trägt auch bei, dass ich das Amt in einem für die Stiftung besonderen Jahr übernehme: Wir begehen den 150. Geburtstag von Konrad Adenauer und erinnern das gesamte Jahr über an das Leben und das Wirken dieses Ausnahmepolitikers und an seine Verdienste um unser Land.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gründet auf den Werten, den Prinzipien und den Entscheidungen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik: Die Westbindung mit den transatlantischen Beziehungen und der europäischen Einigung, unsere liberale Demokratie, der freiheitliche Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft, die Grund- und Menschenrechte, wie sie in unserem Grundgesetz verankert sind – das sind die Fundamente, auf denen wir stehen, für die wir uns einsetzen, für die wir werben. Wir arbeiten daran, sie in Deutschland mehrheitsfähig zu halten und international möglichst viele Gleichgesinnte zu finden, die unsere Vorstellungen und Prinzipien von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit teilen und mit uns für diese Werte eintreten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist dafür sehr gut aufgestellt – dank des Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dank der Mitglieder unserer Gremien und ganz besonders dank Norbert Lammert, der die Stiftung seit 2001 zunächst als stellvertretender Vorsitzender und seit 2018 als Vorsitzender intensiv geprägt hat. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass er uns als Ehrenvorsitzender auch künftig eng verbunden bleiben wird.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der Konrad-Adenauer-Stiftung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Gremien und deren Mitgliedern, allen Unterstützerinnen und Unterstützern unserer Arbeit in ideeller wie finanzieller Form und allen unseren Partnern weltweit.

Man könne nicht »in der Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt und das aus der Vergangenheit mit sich nimmt, was wert ist, mitgenommen zu werden«, hat Konrad Adenauer einmal gesagt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichtes 2025 der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Annegret Kramp-Karrenbauer

Inhalt

2

1

KAS-Fellowship 2025

8 ... »Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda« –
Ein Interview mit dem Wirtschaftsexperten Christoph M. Schmidt

Die Konrad-Adenauer-Stiftung

- 13 ... Wir über uns
- 14 ... Ein Wort des Dankes und der Wertschätzung
- 16 ... »Cafe Kyiv« 2025 – Wir wählen die Freiheit!
- 20 ... Politische Teilhabe für alle – unser internationaler Einsatz für Inklusion
- 22 ... Strategischer, wirtschaftsnäher, europäischer – Entwicklungspolitik zukunftsfest machen
- 24 ... Die Politische Meinung
- 26 ... Unsere Preisträgerinnen und Preisträger 2025

3

Unsere Schwerpunktthemen

Demokratie braucht Mitwirkung

- 30 ... Gemeinsam.Demokratie.Gestalten. – Die Demokratiegestalter-Tour 2025
- 32 ... Auftaktkonferenz des New Leaders Network in Cadenabbia
- 34 ... Demokratiebildung im digitalen Zeitalter – Der »Civic Education Summit« 2025 in Berlin
- 36 ... Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl

Freiheit braucht Sicherheit

- 38 ... Das »Black Sea Security Forum« in Odessa: Ein strategischer Beitrag der Stiftung zur internationalen Sicherheitspolitik
- 40 ... Drohnen – die Schlüsseltechnologie moderner Kriegsführung
- 42 ... Südkorea – zwischen Verfassungskrise und geopolitischen Herausforderungen

Wachstum braucht Innovation

- 44 ... »Stadt. Land. Wohnraum? Der Wohnkongress für alle«
- 46 ... Zuhause sein in Stadt und Land
- 48 ... Europa auf der Suche nach neuen Wirtschaftspartnern

4

Bericht aus den Hauptabteilungen

Begabtenförderung und Kultur

52 ... Ausgezeichneter Journalismus – Sechs JONAs unter den besten »30 bis 30«

54 ... »Von Euch lernen« – Semesterprojekt im 60. Jubiläumsjahr der Begabtenförderung

Analyse und Beratung

56 ... Drei Jahre ChatGPT

58 ... Gelehrter Hass – Der Kampf gegen den akademischen Antisemitismus

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

60 ... Globale Gesundheit und multilaterales Engagement – eine Frage der nationalen Sicherheit

62 ... Abwahl des Sozialismus in Bolivien – Ein friedlicher Systemwechsel mit Signalwirkung

Politische Bildung

64 ... Freiheit braucht Sicherheit – Die Politische Bildung an vorderster Front

66 ... Herbert Belter, Erinnerungen an die zweite deutsche Diktatur und der Prozess der Deutschen Einheit

Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik

68 ... »... es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche« – Interview mit Stefan Marx, Referent des Schriftgutarchivs

70 ... Auf den Spuren Konrad Adenauers am Comer See

5

6

Besondere Jahrestage

74 ... 60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

76 ... 70 Jahre Politische Bildung

78 ... 75 Jahre CDU Deutschlands und 80 Jahre CDU

80 ... (K)ein dauerhafter Friede?

Namen, Daten, Fakten

84 ... Vermögensrechnung

85 ... Ertrags-/Aufwandsrechnung

86 ... Gesamtübersicht

87 ... Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen

88 ... Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

90 ... Mitglieder der Versammlung

92 ... Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

93 ... Mitglieder des Kuratoriums

94 ... Gremien der Begabtenförderung

95 ... Gemeinsam mehr erreichen – Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung

96 ... Die Villa La Collina in Cadenabbia – Tagungs- und Urlaubsort mit Geschichte

KAPITEL

1

**KAS-
FELLOW-
SHIP
2025**

»Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda«

Ein Interview mit dem Wirtschaftsexperten Christoph M. Schmidt

Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt das Ziel, eine Persönlichkeit mit ihrem Blick von außen in die Arbeit der Stiftung einzubinden. Für das Fellowship 2025 begleitete der Wirtschaftsexperte Christoph M. Schmidt die Stiftung. Der Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und frühere Vorsitzende der Wirtschaftsweisen legte dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Fragen der wirtschaftlichen Transformation und Innovation. Er folgte auf den Soziologen Armin Nassehi (2021), den Sicherheitsexperten Christoph Heusgen (2022), die Meeresbiologin Antje Boetius (2023) und den Digital- und Technologieexperten Lars Zimmermann (2024).



Christoph M. Schmidt

— Geführt von Tim Elias Peter

Herr Schmidt, was raten Sie politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern in einem Land, das sich nur langsam aus der Stagnation löst?

Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda – ohne jede Verzögerung. Dies erfordert vor allem den Mut der Verantwortungsträgerinnen und -träger, dem Thema »Leistung« unbedingte Priorität zu verleihen und konsequent das Erwirtschaften wieder vor das Verteilen zu setzen. Die Politik muss viele strukturelle Bremsen lösen: Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen, Investitionen erleichtern. Die Energiepolitik muss realistisch sein – Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gehören zusammen. Unser Arbeitskräftepotenzial muss besser genutzt werden – nicht nur im Alter. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in Deutschland durchaus bereit sind, Zumutungen zu akzeptieren – wenn Reformen fair, nachvollziehbar und zeitlich gestaffelt umgesetzt werden und sie sich so rechtzeitig darauf einstellen können.

In Ihrem Beitrag für die Zeitschrift *Die Politische Meinung* schreiben Sie von »einer allgemeinen Aversion gegenüber Veränderung« in Deutschland. Woran machen Sie das fest?

In Deutschland gibt es in der Tat einen stark spürbaren Reflex, den Status quo zu bewahren, sobald von Reformen oder vom Strukturwandel die Rede ist. Heute sehen wir, dass dieses Modell an seine Grenzen stößt: Wir haben uns zu weit von marktwirtschaftlichen Prinzipien entfernt, die für Effizienz und Dynamik sorgen. Diese Aversion gegen Veränderung lässt sich nur aufbrechen, wenn Reformen an der Lebenswirklichkeit der Menschen ansetzen, wenn sie offen kommuniziert sowie widerspruchsfrei und verlässlich umgesetzt werden. Dann kann Vertrauen entstehen und Wandel als Chance verstanden werden.

Als KAS-Fellow haben Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung über ein Jahr lang kennengelernt und begleitet. Wie kann die Stiftung dazu beitragen, die Bereitschaft für Veränderung zu erhöhen?

Unser gesellschaftliches Ziel sollte die Stärkung der Fähigkeit zur selbstbestimmten Gestaltung von Veränderungen sein, denn die großen Umbrüche der Gegenwart – wie der demografische Wandel oder die Digitalisierung – werden sich ohnehin nicht abwenden lassen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung steht für die Werte und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, also des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das Freiheit, Verantwortung und Solidarität als tragende Säulen einer zukunftsfähigen Ordnung versteht. Die Stiftung kann Orientierung geben, indem sie zeigt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Effizienz zusammengehören. Durch faktenbasierte Diskussionen, die unbequeme Wahrheiten offen ansprechen, kann sie helfen, Veränderung als gestaltbaren Prozess erfahrbar zu machen.

»Die Stiftung kann Orientierung geben, indem sie zeigt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Effizienz zusammengehören.«

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrer Konferenz »Vision Innovation« im Juni 2025 die Bedeutung neuer Geschäftsmodelle für die wirtschaftliche Transformation hervorgehoben. In welchen Bereichen sehen Sie Deutschlands Stärken?

Im Bereich der Wissenschaft: Viele Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind hervorragende Lehr- und Forschungsstätten, etwa in den Natur- und Technikwissenschaften. Nun müssen sie auch zu zentralen Knoten für den Innovations- und Technologietransfer in die Wirtschaft werden, um Wissen schnell in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen. Denn die Antwort auf die aktuelle Wirtschaftsschwäche liegt in der industriellen Nutzung von Technologien, die mit großem Forschungsaufwand und hohem Investitionsbedarf verknüpft sind. Deutschen Unternehmen muss es gelingen, sich in Schlüsseltechnologien wie der Biotechnologie, den Material- und Produktionstechnologien sowie den digitalen Technologien im internationalen Wettbewerb durchzusetzen.

Aufgrund geopolitischer Spannungen geraten Wirtschaft und Handel unter Druck. Wie können Deutschland und Europa hierauf reagieren?

Deutschland und Europa sollten darauf nicht mit Abschottung reagieren, sondern nach technologischer und wirtschaftlicher Souveränität streben. Es geht dabei darum, mit besserer Wettbewerbsfähigkeit, mehr Innovationskraft und kluger Diversifizierung das eigene wirtschaftliche und politische Schicksal selbst bestimmen zu können. Dazu gehört, Abhängigkeiten zu verringern und neue Partnerschaften mit Ländern zu etablieren, die an einem fairen und nachhaltigen Austausch interessiert sind. Europa kann in dieser Weltordnung selbstbewusster auftreten, wenn es sein wirtschaftliches und technologisches Potenzial endlich konsequent hebt. Eine Politik, die Investitionen, Forschung und Wettbewerb stärkt und Verlässlichkeit ausstrahlt, schafft dafür die Grundlage.

MEHR ZUM THEMA:

KAS-Fellowship:
kas.de/de/kas-fellowship

KAPITEL

2

DIE KONRAD- ADENAUER- STIFTUNG

rund **100**

Auslandsbüros

in mehr als
120 Ländern

200.000

Titel zu Politik und
Zeitgeschichte

18

Politische
Bildungsforen

2.500

Veranstaltungen

Wir über uns

Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in 18 Politischen Bildungsforen und Regionalbüros aktiv ist. Rund 100 Auslandsbüros betreuen weltweit Projekte in mehr als 120 Ländern.

Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor.

National und international setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlagen des politischen Handelns erarbeiten wir wissenschaftliche Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf Tagungen und Kongressen bringen wir Menschen zusammen, die »etwas zu sagen haben«. Unsere rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland besuchen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir – bedingt durch die Coronapandemie – unser Angebot im Bereich der digitalen und hybriden Veranstaltungen stark ausgebaut. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus unserer Nachbarschaft in Mittel- und Osteuropa sowie aus anderen Weltregionen fördern wir ideell und materiell.

Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten – inzwischen mehr als 18.000 seit 1965.

Ausstellungen, Lesungen und Preise ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich unseren Literaturpreis. Junge Journalistinnen und Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Deutschen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise einsetzen. Bei unserem denkt@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der Diktatur des Nationalsozialismus und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

Die Geschichte der christlichen Demokratie in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Den Nutzerinnen und Nutzern stehen über 18 laufende Kilometer Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 200.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

Ein Wort des Dankes und der Wertschätzung

Mit dem Jahr 2025 endet eine Ära: Nach 16 Jahren an der Spitze unserer Stiftung hat Michael Thielen im Juli den Staffelstab weitergegeben und ist in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Sein Wirken hat die Stiftung geprägt wie kaum ein anderes – mit Weitsicht, Tatkraft und einem feinen Gespür für Menschen und Entwicklungen.



Michael Thielen

— Von Mark Speich

Es fällt nicht leicht, aus seinen vielen Erfolgen die wichtigsten zu benennen, aber zu seinen großen Verdiensten zählt zweifelsfrei die grundlegende Neuordnung unserer politischen Bildungsarbeit. Unter seiner Leitung wurde der Schritt von den traditionellen Bildungszentren hin zu einer modernen, dezentralen Struktur vollzogen. Die Stärkung der Politischen Bildungsforen war dabei ebenso wegweisend wie die verantwortungsvolle und nahezu geräuschlose Veräußerung der drei Liegenschaften in Eichholz, Wendgräben und St. Augustin – ein Kraftakt, der nicht nur organisatorisches Geschick, sondern auch diplomatisches Fingerspitzengefühl erforderte. Mit dieser Entscheidung schuf er die Grundlage für eine Bildungsarbeit, die näher an den Menschen und den politischen Diskursen vor Ort ist.



Mark Speich

Diese Entscheidungen standen in engem Zusammenhang mit einem weiteren Meilenstein: dem Umzug unserer Zentrale von St. Augustin nach Berlin. Für Michael Thielen war dies weit mehr als ein Ortswechsel. Er verstand den Umzug als Neuanfang und nutzte die Erlöse aus den Verkäufen, um den Neubau in Berlin zu realisieren. Mit Umsicht und Empathie begleitete er die Rheinländerinnen und Rheinländer in die Hauptstadt, führte sie mit zahlreichen neuen Kolleginnen und Kollegen zusammen und schuf durch den Leitbildprozess ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl, das bis heute unser Selbstverständnis prägt.

Auch die politische Beratungsarbeit hat er entscheidend weiterentwickelt. Unter seiner Führung wurde sie neu konzipiert und um internationale Aspekte erweitert. Die Verzahnung von In- und Ausland trägt seine Handschrift und stärkt unsere Rolle in einer global vernetzten Welt. Damit hat er die Stiftung nicht nur inhaltlich, sondern auch strategisch auf die Herausforderungen einer zunehmend komplexen politischen Landschaft vorbereitet.

Als 2020 die Coronapandemie die Bundesrepublik erfasste, bewies Michael Thielen Ruhe, Zuversicht und einen klaren Blick nach vorn. Während Deutschland im Lockdown war und unter physischer Distanz litt, transformierte er die Stiftung und machte sie digital handlungsfähig, etablierte hybride Formate und stieß eine umfassende Digitalisierungsstrategie an. Nach der Pandemie führte er das Haus mit klarem Blick und großer Empathie zurück in die Präsenz – stets mit dem Menschen im Mittelpunkt.

Nicht zuletzt wirkte er wesentlich an der Erarbeitung des Stiftungsfinanzierungsgesetzes mit und stellte damit die Arbeit der politischen Stiftungen auf ein sicheres gesetzliches Fundament. Seine besonnene Art, seine präzise Arbeit und sein Rückhalt bei den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der anderen politischen Stiftungen machten ihn zu einer Stimme, die gehört wurde.

Michael Thielen war ein Generalsekretär, der nicht nur Strukturen gestaltete, sondern vor allem Menschen gewann. Ein offenes Ohr für alle, Bescheidenheit und Gründlichkeit – das waren seine Markenzeichen. Fehler waren für ihn kein Anlass zum Rückblick, sondern Ausgangspunkt für Lösungen. Und wer ihn kennt, weiß: Das Fass Kölsch bei der Weihnachtsfeier war bei ihm in besten Händen.

Auf diesem Fundament darf ich nun aufbauen. Schon nach sechs Monaten blicke ich mit tiefer Dankbarkeit auf das Werk von Michael Thielen, denn die Stiftung ist in einer starken Position, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen.

Von allen Herausforderungen bewegt mich insbesondere die Performanzkrise der Demokratie, die im internationalen Wettstreit der Systeme an Konkurrenzfähigkeit verloren hat. Sie zwingt uns noch einmal, klare Prioritäten in der Stiftungsarbeit zu setzen. Für mich bedeutet das: Wir müssen die Demokratie und die Kultur der Freiheit gegenüber allen autoritären Tendenzen verteidigen und gleichzeitig die Christdemokratie als Stabilitätsanker der politischen Mitte stärken.

In diesem Sinne freue ich mich darauf, mit Ihnen gemeinsam die Kraft unserer Demokratie zu stärken und unsere Stiftung sicher durch die kommenden Jahre zu begleiten.

»Cafe Kyiv« 2025 – Wir wählen die Freiheit!

Am 11. März 2025 fand die dritte Auflage unseres »Cafe Kyiv« statt. Mehr als 5.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 140 Partnerorganisationen, 100 Programm-Highlights und 200 Rednerinnen und Redner haben im »Cafe Kyiv« Politik, Wissenschaft, Kultur, Innovation und Networking miteinander verbunden. Mit Debatten, Workshops, dem Skrynya Pop-up Market, Infoständen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Konzerten haben wir die Ukraine erlebbar gemacht. Im Vordergrund standen die Themen Sicherheit, Wiederaufbau und Freiheit. Denn gemeinsam wählen wir immer die Freiheit!

»Wie schon in den beiden Jahren zuvor wollten wir auch im Jahr 2025 mit dem »Cafe Kyiv« unserer Solidarität mit der Ukraine und den Menschen dort besonderen Ausdruck verleihen. In einer Zeit, in der die liberale Weltordnung zerfällt, müssen wir die Ukraine in ihrem Kampf für die Freiheit unterstützen. Wir haben daher mit dem »Cafe Kyiv« und rund 5.000 Teilnehmenden erneut ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass wir Europäerinnen und Europäer alles in unserer Macht Stehende tun wollen und müssen, um zu verhindern, dass die Ukraine – und damit die europäische Friedensordnung – auf dem Schlachtfeld oder am Verhandlungstisch geopfert wird.«

—
Prof. Dr. Norbert Lammert,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

»Mein persönliches Highlight beim letzten »Cafe Kyiv« war die erstaunliche Aktualität der Themen. Obwohl das »Cafe Kyiv« nur einmal im Jahr stattfindet und fast ein ganzes Jahr vorbereitet wird, greifen die Themen dennoch direkt in die gegenwärtige ukrainische Wirklichkeit hinein, als würden sie im selben Takt wie das Leben in Kyjiw schlagen. Man spürt, dass hier mit Herz gearbeitet wurde, genau das war für mich das stärkste Moment.«

—
Eva Yakubovska,
Vorstandsmitglied des Vereins Vitsche

»Mein persönliches Highlight beim »Cafe Kyiv« 2025 war ganz klar die Mischung aus alten und neuen Gesichtern. Dieses Wiedersehen und neu Kennenlernen zeigt, wie sehr wir in den vergangenen Jahren ein starkes, lebendiges Netzwerk für die Zukunft Europas und der Ukraine aufgebaut haben. Genau diese Vielfalt macht das »Cafe Kyiv« für mich jedes Jahr besonders.«

—
Bogdan Miftakhov,
Abteilung Strategie und Planung,
Konrad-Adenauer-Stiftung





»Im »Cafe Kyiv« finden die Menschen und Organisationen zusammen, die auch jeden Tag unermüdlich für Freiheit und Demokratie kämpfen – in der Ukraine und der ganzen Welt. Mein Lieblingsfund auf dem Pop-up Market waren die wunderschönen und berührenden Grafiken von Maria Ruban. Und natürlich alle supercoolen Klamotten von DBBCHI.«

—
Kristin Wesemann,
Leiterin des Auslandsbüros der
Konrad-Adenauer-Stiftung in
Kolumbien

»Wenn das »Cafe Kyiv« ein ukrainisches Gericht wäre, wärt ihr ein kleines Päckchen voller süßer Hörnchen (Кіфлики).«

—
Hanna Montavon,
CEO Mykolaiv Water Hub

»Mein größter Wunsch ist, das »Cafe Kyiv« eines Tages in Kyjiw selbst durchzuführen. Mit jedem Jahr wird dieses Format angesichts der Weltlage und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine leider noch wichtiger. Ich hoffe, dass wir beim »Cafe Kyiv« – ob in Berlin oder später in Kyjiw – irgendwann den Sieg der Freiheit und die Rückkehr zu einem sicheren, selbstbestimmten Leben feiern können.«

—
Bogdan Miftakhov,
Abteilung Strategie und Planung,
Konrad-Adenauer-Stiftung

»»Cafe Kyiv« ist für mich eine ganz besondere Veranstaltung: Die Stimmung, die Diskussionen, das Essen – diese Mischung aus politischen Debatten und Festival-Elementen, aus Kunst, Designermarkt und Begegnungen ist einfach inspirierend und einzigartig.«

—
Sophie Steybe,
Abteilung Strategie und Planung,
Konrad-Adenauer-Stiftung

»Das »Cafe Kyiv« ist längst zu einem natürlichen Bestandteil der ukrainischen Gemeinschaft in Europa geworden. Wenn ich es mir bildlich vorstelle, dann wäre es der Körper und die Zivilgesellschaft die Muskeln, die ihn bewegen, ihm Richtung geben und seine Schritte ermöglichen. Das eine kann ohne das andere nicht existieren: Die Öffentlichkeit treibt uns an, verleiht Kraft und Tempo, während das »Cafe Kyiv« jene notwendige Institutionalisierung schafft, die Prozesse nachhaltig in Bewegung hält.«

—
Eva Yakubovska,
Vorstandsmitglied des Vereins Vitsche

»Ich freue mich schon jetzt auf die »Cafe-Kyiv-Week« 2026 – eine ganze Woche voller Projekte rund um »Cafe Kyiv«. Und wenn ich mir etwas wünschen dürfte: Ein erneuter Besuch von Wladimir Klitschko wäre super!«

—
Sophie Steybe,
Abteilung Strategie und Planung,
Konrad-Adenauer-Stiftung

»Für das mykolaiv water hub ist das »Cafe Kyiv« zu einer Plattform geworden, auf der das gesamte Ökosystem für den Wiederaufbau von Mykolajiw wachsen konnte. Was einst mit einer ersten Podiumsdiskussion begann, hat sich zu einem jährlichen Meilenstein entwickelt, bei dem wir unsere Fortschritte zeigen, unsere Werte teilen und neue Partnerschaften gewinnen.«

—
Hanna Montavon,
CEO Mykolaiv Water Hub

Politische Teilhabe für alle – unser internationaler Einsatz für Inklusion

Mit vielfältigen Projekten fördern wir in unserer internationalen Arbeit Inklusion und politische Teilhabe. Dieses Engagement hat uns 2025 mit einer Delegation zum Global Disability Summit in Berlin geführt.

— Von Johannes Lutz

Demokratie lebt von der Teilhabe aller. Aus unserem christlichen Wertefundament erwächst die Verantwortung, niemanden auszuschließen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt diesen Anspruch in ihrer internationalen Arbeit um, indem sie mit vielfältigen Projekten Barrieren abbaut und politische Teilhabe unterstützt. Wie groß die Herausforderung ist, zeigen die Zahlen. Nach Schätzungen leben über 15 Prozent der Weltbevölkerung mit einer Behinderung, in Deutschland sind es über neun Prozent – Tendenz steigend. Inklusion ist deshalb kein Randthema, sondern ein Kernanliegen für gerechte und widerstandsfähige Demokratien.

Eine starke rechtliche Basis formt seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention. Laut ihr sollen Menschen mit Behinderungen genauso an Politik und Gesellschaft teilnehmen können wie alle anderen. Artikel 29 garantiert das Recht, wählen und gewählt werden zu können. Wahlen müssen barrierefrei sein – mit verständlichen Informationen, zugänglichen Wahllokalen und geeigneten Hilfsmitteln. Wer Unterstützung benötigt, soll sie erhalten. Doch auch unsere Analysen zeigen, dass der Grad der Umsetzung weltweit unterschiedlich ist. Viele Staaten haben zwar rechtliche Grundlagen geschaffen, doch die praktische Umsetzung bleibt oft lückenhaft. Hier setzen wir mit unserer europäischen und internationalen Zusammenarbeit an.

An mehreren unserer Standorte sind Maßnahmen zur Inklusion und politischen Teilhabe gelebte Praxis. Im Jahr 2025 haben wir beispielsweise in Namibia die Entwicklung einer App für die namibische Gebärdensprache unterstützt, in Costa Rica gemeinsam mit dem Parlament eine Fortbildungsreihe in Gebärdensprache für gehörlose Menschen initiiert, in der Mongolei die mittlerweile sechste Kohorte



Side Event der Konrad-Adenauer-Stiftung auf dem Global Disability Summit mit Hermann Gröhe.

junger Menschen über unser Community-Advocacy-Programm zu Fragen der Behindertenrechte diskutieren lassen und in China den dritten Deutsch-Chinesischen Dialog zur sozialen Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen durchgeführt. Diese Beispiele zeigen, dass Inklusion und politische Teilhabe keine Randthemen, sondern Querschnittsanliegen für Demokratie und Entwicklung sind.

Unser weltweites Engagement zur Inklusion und politischen Teilhabe haben wir durch unser Mitwirken am dritten Global Disability Summit (GDS) in Berlin ins Rampenlicht gerückt. Der am 2. und 3. April 2025 gemeinsam von Deutschland, Jordanien und der International Disability Alliance ausgetragene Gipfel hatte das Ziel, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu unterstützen. Diesem Ruf sind mehr als 4.700 Vertreterinnen und Vertreter aus über 160 Ländern gefolgt – von Selbstvertretungsorganisationen und Zivilgesellschaft bis hin zu Staats- und Regierungschefs. Mitten unter ihnen: eine Delegation der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Vorbereitungen für den GDS begannen viele Monate im Voraus und führten die Stiftung dank der Unterstützung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen zu mehreren



Die internationale Delegation vor dem Bundestag.

Inklusion weltweit



Premieren. So haben wir mit der Sonderausgabe *Länderberichte mal anders* unsere erste Publikation in Brailleschrift veröffentlicht und erstmals eine Delegationsreise ausschließlich für Menschen mit Behinderungen vorbereitet. Diese setzte sich aus Betroffenen sowie Vertreterinnen und Vertretern von Selbstvertretungsorganisationen aus Jordanien, China, Namibia, der Mongolei und Spanien zusammen, mit denen die Stiftung teilweise schon seit vielen Jahren gute Kontakte pflegt und Projekte umsetzt.

Während des Aufenthalts in Berlin hat die Stiftung gemeinsam mit den angereisten Expertinnen und Experten den Austausch zur politischen Teilhabe vertieft. Ein politisches Begleitprogramm führte die Delegation unter anderem für einen Fachaustausch zur Berliner Behindertenpolitik ins Abgeordnetenhaus und für ein Gespräch mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, in die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auf dem Gipfel selbst hat die Stiftung mit einem Ausstellungsstand und einem viel beachteten Side Event unter der Moderation von Hermann Gröhe, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, starke Präsenz gezeigt. Auf dem Podium hielten

unter anderem die spanische Politikerin Mar Galcerán, die als erste Abgeordnete Europas mit Down-Syndrom in das Regionalparlament von Valencia gewählt wurde, und MdB Wilfried Oellers, der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschen mit Behinderungen, kraftvolle Plädoyers für die Bedeutung politischer Teilhabe als Instrument der Selbstbestimmung.

Der GDS 2025 wird durch die Amman-Berlin-Erklärung in Erinnerung bleiben. Sie verpflichtet dazu, künftig 15 Prozent aller Entwicklungsprogramme gezielt auf die Inklusion von Menschen mit Behinderungen auszurichten. Diese Verpflichtung unterstreicht, dass Teilhabe ein Fundament für gerechte und widerstandsfähige Gesellschaften ist, einschließlich der Stabilität demokratischer Systeme. Für die Stiftung war der GDS damit ein Ansporn, unsere Arbeit fortzusetzen – mit dem Ziel, Barrieren abzubauen, politische Teilhabe zu sichern und die Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Menschen erfahrbar zu machen.

Inclusion worldwide

MEHR ZUM THEMA:

Inklusionsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung:
kas.de/de/inklusionsarbeit

Publikation *Länderberichte mal anders*:
kas.de/länderberichte-mal-anders

Strategischer, wirtschaftsnäher, europäischer – Entwicklungspolitik zukunftsfest machen

Entwicklungszusammenarbeit steht in der Kritik – und das ist auch legitim. Wir haben uns der Debatte im Jahr 2025 gestellt.

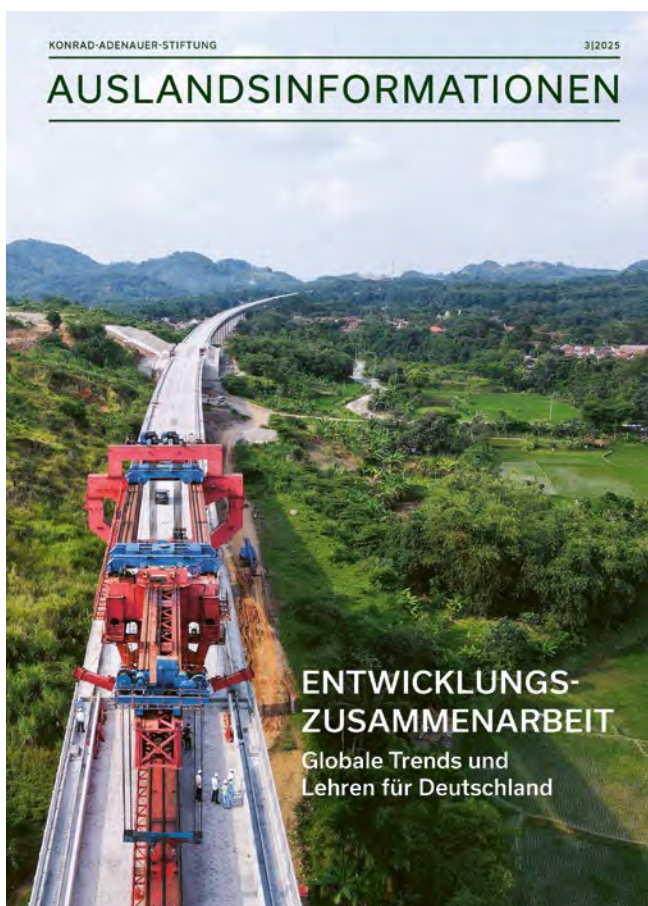
— Von Sören Soika und Olaf Wientzek

»Wir können über unsere Netzwerke das Wissen um lokale gesellschaftliche und politische Kontexte liefern, das für eine bedarfsorientierte EZ unerlässlich ist.«

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steht in vielen westlichen Staaten unter Druck. Insbesondere rechtspopulistische Akteure versuchen, sie in ihrer Gesamtheit zu diskreditieren und als nutzlos darzustellen. Solche Pauschalkritik geht an der Realität vorbei. Ebenso wirklichkeitsfremd aber wäre es, zu behaupten, in der EZ laufe alles gut und man müsse sie den Menschen nur besser erklären. Dass es eine Debatte um unsere Entwicklungspolitik gibt, ist also völlig legitim. Und dieser Debatte stellen wir uns als Stiftung.

Die Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit hat der Frage, wie wir unsere EZ besser machen können, 2025 besondere Aufmerksamkeit gewidmet, schließlich können wir zu ihr gleich unter zwei Gesichtspunkten beitragen: Erstens betreiben wir mit unseren rund 100 Auslandsbüros selbst auch EZ. Zusammen mit kirchlichen Trägerorganisationen sind wir Teil einer auf der Welt einzigartigen deutschen Akteurslandschaft, die eben nicht nur aus Durchführungsorganisationen besteht, die technische Projekte umsetzen. Wir setzen an den politischen Rahmenbedingungen an, die auch für das Gelingen anderer Projekte mitentscheidend sind. Und wir können über unsere Netzwerke das Wissen um lokale gesellschaftliche und politische Kontexte liefern, das für eine EZ, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort orientiert, unerlässlich ist. Zweitens können wir durch unsere Beobachtungen in verschiedenen Weltregionen internationale *best practices* in der EZ nach Deutschland zurückspiegeln.

So haben wir 2025 mehrere Papiere und Publikationen erarbeitet. Im Frühjahr haben wir unter Mitwirkung ausgewählter Auslandsbüros Anregungen für eine Reform unserer EZ formuliert und in den politischen Prozess eingespeist. Im Herbst hat sich eine Ausgabe der



Cover der Ausgabe 31|2025 der *Auslandsinformationen* zum Thema »Entwicklungszusammenarbeit: Globale Trends und Lehren für Deutschland«.

Auslandsinformationen – des Außenpolitik-Magazins der Konrad-Adenauer-Stiftung – der Frage gewidmet, wie wir unsere EZ zukunftsfest machen können. In mehreren Workshops und Hintergrundgesprächen mit Expertinnen und Experten sowie mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern haben wir an verschiedenen Standorten weitere Reformideen für die deutsche und europäische EZ erarbeitet oder vertieft. Das Anforderungsprofil unserer EZ, das hieraus folgt, ist klar: strategischer, wirtschaftsnäher, europäischer.

Eine strategischere EZ bedeutet – gerade aus christdemokratischer Sicht – nicht, humanitäre Aspekte auszublenden. Wohl aber sollten wir noch stärker fragen, wie wir dieses Motiv mit anderen Interessen verbinden können, etwa mit Blick auf Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit oder Migration. In diesem Sinne hat EZ im außenpolitischen Instrumentenkasten einen festen Platz und eine Daseinsberechtigung aus sich selbst heraus. Sie sollte sich aber künftig stärker im Sinne eines ganzheitlichen Außenhandelns in die außenpolitische Gesamtstrategie Deutschlands und Europas einfügen und zu einer Außenpolitik »aus einem Guss« beitragen. Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik. Die Konrad-Adenauer-Stiftung etwa praktiziert seit Jahren eine ganzheitliche und strategische Herangehensweise, etwa, indem wir neben politischen und wirtschaftspolitischen auch zwei explizit sicherheitsbezogene Projekte

auf dem afrikanischen Kontinent eingerichtet haben und den Konnex von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik in unseren Aktivitäten regelmäßig aufgreifen.

Eine wirtschaftsnähere EZ wiederum bedeutet nicht, dieses Feld einer rein ökonomischen Logik zu unterwerfen. Es ist aber legitim, wenn eigene Unternehmen von Aufträgen profitieren, die sich aus Entwicklungsprojekten ergeben. In der deutschen EZ aber gehen bislang zu viele Aufträge nicht nur an ausländische Unternehmen, sondern gleich noch an Staatsfirmen geopolitischer Rivalen.

Deutsche EZ sollte zudem gerade angesichts sinkender Budgets in wichtigen Geberländern europäischer gedacht werden. Aufgrund nach wie vor unterschiedlicher Interessen und Schwerpunkte käme eine Abschaffung nationaler Entwicklungspolitiken zugunsten einer gesamteuropäischen EZ zu früh. Eine bessere innereuropäische Abstimmung ist aber unabdingbar – mit dem langfristigen Ziel einer europäischen Aufgabenteilung. In Brüssel ist der Schwenk zu einer pragmatischeren und interessenbasierten EZ bereits im Gange, nicht zuletzt durch die Initiative Global Gateway, die nachhaltige Infrastrukturprojekte in Partnerländern unterstützt. Als Stiftung haben wir 2025 in Publikationen und Aktivitäten die weltweite Wahrnehmung, die Umsetzung, aber auch das Verbesserungspotenzial dieser Initiative thematisiert. Deutschland sollte sich hier stärker einbringen und dafür einsetzen, dass mehr als bisher sowohl die tatsächlichen Bedürfnisse der Partnerländer wie auch die Stärken europäischer Unternehmen berücksichtigt werden.

Strategischer, wirtschaftsnäher, europäischer: Wenn wir es schaffen, unsere EZ stärker an diesen Vorgaben zu orientieren, hat sie eine Zukunft. Als Konrad-Adenauer-Stiftung haben wir 2025 in der Praxis und in der entwicklungspolitischen Debatte einen Beitrag dazu geleistet. Die positiven Rückmeldungen aus Ministerien und Politik, die zu konstruktiven Dialogen auf Grundlage unserer Denkanstöße geführt haben, ermutigen uns, diesen Weg weiterzugehen.

MEHR ZUM THEMA:

Auslandsinformationen, Ausgabe 31|2025:
kas.de/entwicklungszusammenarbeit

Die Politische Meinung

Die Printausgaben der Zeitschrift *Die Politische Meinung* widmeten sich im Jahr 2025 zentralen politischen, gesellschaftlichen und technologischen Fragen unserer Zeit, von globalen Machtverschiebungen über deutsche Zukunftsaufgaben bis hin zu digitalen Plattformen und den Grundlagen demokratischer Streitkultur.

— Von Konstantin Otto

UNSERE
AUSGABEN
2025

Die USA. Und der Rest der Welt

Mit der erneuten Wahl Donald Trumps blicken die Welt und Deutschland verunsichert auf die kommenden Jahre. Das Heft analysiert, warum die amerikanische Innenpolitik polarisiert ist und wie die Welt unter den veränderten Bedingungen auf die USA schaut – und umgekehrt.

Heft → 589

Deutschland: Offene Baustellen

Deutschland ringt mit strukturellen Defiziten und politischer Orientierung. Die Ausgabe versucht eine Bestandsaufnahme: von schleppender Modernisierung über behördliche Überforderung bis hin zur wachsenden Ungeduld in der Bevölkerung. Wo muss Politik ansetzen, um Vertrauen zurückzugewinnen?

Heft → 590

Industrie: Ein Abgesang?

Wie kann die industrielle Wertschöpfung in Deutschland im digitalen Zeitalter zukunftsfähig gemacht werden? Die Ausgabe diskutiert, ob die Zukunftsversprechen der Dienstleistungsgesellschaft überschätzt worden sind, welche Chancen KI-gestützte Produktion bietet und wie Deutschland industrielle Kompetenzen erhalten kann. Zwischen Re-Industrialisierung und Neuorientierung steht die Frage: Welche Arbeit hat Zukunft?

Heft → 591

TikTok. Prekäre Plattform

TikTok ist weit mehr als Unterhaltung. Die Plattform beeinflusst Aufmerksamkeit, Politik und Sicherheitsdebatten. Die Ausgabe beleuchtet den TikTok-Algorithmus, sucht nach Antworten auf die Frage nach der Abhängigkeit junger Nutzerinnen und Nutzer, diskutiert Regulierungsoptionen und analysiert die geopolitische Dimension einer chinesischen Plattform mit globaler Reichweite.

Heft → 592

Friede und Streit. Wie gelingt Verständigung?

Demokratie lebt vom Streit, doch die Balance zwischen Auseinandersetzung und gesellschaftlichem Frieden gerät ins Wanken. Diese Ausgabe fragt, wie konstruktiver Streit besser ermöglicht werden kann und welche Rolle politische Kultur, Öffentlichkeit und institutionelle Rahmenbedingungen dabei spielen.

Heft → 593

Unser Podcast

In unserem Podcast *Menschenrechte: nachgefragt*, der alle zwei Wochen erscheint, geht es um menschenrechtliche Fragen in Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. 2025 sind 22 neue Folgen und zwei Live-Podcasts entstanden.

Unser Blog

Unser Blog begleitet die Printausgaben mit Hintergrundberichten, Interviews, Kommentaren. Wir lassen Expertinnen und Experten zu Wort kommen.

Barrierefreiheit

Viele unserer Artikel erscheinen nun zusätzlich als Hör Ausgabe: die *PoM fürs Ohr!* – eingelesen von professionellen Sprecherinnen und Sprechern.

MEHR ZUM THEMA:

Die Politische Meinung
kas.de/de/web/
die-politische-meinung



Unsere Preisträgerinnen und Preisträger 2025

Literaturpreis



Die in Rumänien geborene Schriftstellerin Iris Wolff wurde am 1. Juni im Weimarer Musikgymnasium mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2025 ausgezeichnet. Iris Wolff erzähle »von Lebensformen der Freiheit«, betonte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, der ehemalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Die Autorin, so der Literaturkritiker Denis Scheck in seiner Laudatio, erzähle vom erlöschenden Leben der Deutschen im Banat und in Siebenbürgen. Sie betreibe eine »Inventur gegen das Vergessen« und lese »Zugehörigkeit« als »eine Entscheidung«. Die Preisträgerin bekannte sich zur Freiheit, der Welt ihre Worte hinzuzufügen, statt sie zu etikettieren. Sie berief sich dabei auf Konrad Adenauers Wertschätzung der »geistigen Seite« der Welt als »Schutzschild gegen Tyrannei und Machtmissbrauch«.

Deutscher Lokaljournalistenpreis



Der Deutsche Lokaljournalistenpreis für den Wettbewerbsjahrgang 2024 wurde am 1. Dezember an die *Augsburger Allgemeine* für ihre bundesweit wahrgenommene Berichterstattung über einen mutmaßlichen Folterskandal in der JVA Augsburg-Gablingen verliehen. Der 2. Preis ging an Sophie Sommer von der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* für ihre Reportage über Kinderprostitution im Ruhrgebiet. Anne Lena Mösken von der *Freien Presse Chemnitz* wurde für ihre Reportage »Ein Leben für Großschirma – Die Geschichte hinter dem Tod des Bürgermeisters Volkmarschreiter« mit dem 3. Platz gewürdigt. Die Volontärinnen und Volontäre der *Mitteldeutschen Zeitung* in Halle erhielten den Sonderpreis für Volontärsprojekte für ihre multimediale Berichterstattung zu »Ladenschluss – ist das die Zukunft der Innenstädte?«.

Preis Soziale Marktwirtschaft



Am 2. September 2025 wurde in Frankfurt am Main der Preis Soziale Marktwirtschaft an Heike Göbel, Ressortleiterin Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, verliehen. Mit ihrer langjährigen journalistischen Arbeit steht Heike Göbel für eine fundierte, unabhängige und konstruktive Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Fragen – ein unverzichtbarer Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung und zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft.

denkt@g- Wettbewerb 2024/25

16 Projekte, über 110 Jugendliche – ein klares Signal gegen das Vergessen! Am 28. Januar 2025 ehrte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Gewinner des denkt@g-Wettbewerbs 2024. Generalsekretär Michael Thielen zeichnete Beiträge aus, die unter dem Motto »Erinnern, Hinschauen, Verändern – Licht in dunkler Zeit« auf Instagram kreative Impulse setzten und dabei ihr Engagement im Umgang mit Shoa, NS-Diktatur und Antisemitismus unter Beweis stellten. Den ersten Preis erhielt die Internatschule Schloss Hansenberg. Der Sonderpreis zu Ehren von Andreas Kleine-Kraneburg, langjähriger stellvertretender Leiter der Politischen Bildung und engagierter Förderer des Wettbewerbs, ging an die Gallus-Schule Grünberg.

MEHR ZUM THEMA:

Literaturpreis:

kas.de/de/literaturpreis

Deutscher Lokaljournalistenpreis:

kas.de/de/deutscher-lokaljournalistenpreis

Preis Soziale Marktwirtschaft:

kas.de/de/preis-soziale-marktwirtschaft

denkt@g-Jugendwettbewerb:

kas.de/de/denktag-wettbewerb

KAPITEL

3

UNSERE SCHWER- PUNKT- THEMEN

Gemeinsam.Demokratie.Gestalten. — Die Demokratiegestalter-Tour 2025

Das gesellschaftliche Klima erinnert uns auch im Jahr 2025 daran, dass Demokratie kein Selbstläufer ist. Sie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, sich einbringen und bereit sind, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aktiv zu gestalten. Mit der Demokratiegestalter-Tour 2025 setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung genau hier an – dort, wo Demokratie gelebt wird: auf den Straßen, Plätzen und in den Gemeinden des Landes.

— Von Konstantin Gerbrich



Begrüßung der Schulklasse am Demokratiebus auf dem Postplatz in Schwerte – gemeinsamer Auftakt zum Workshop.



Eine Kleingruppe bringt mit Magneten ihre Lösungen zur politischen Mitgestaltung an den Stelltafeln auf dem Schulhof des Gymnasiums Borghorst in Steinfurt an.

Ende März 2025 startete der Demokratiebus auf der Leipziger Buchmesse und war bis Ende Oktober in 15 Bundesländern unterwegs. Unter dem Motto »Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.« und dem Schwerpunkt »#NurZusammenLäuft« konnte das Projekt mit 71 Stopps insgesamt knapp 16.750 Menschen erreichen. Ziel der Tour ist es, politische Bildung sichtbar und zugänglich zu machen, Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken und Räume für Dialog zu schaffen – auch und gerade für diejenigen, die bislang wenig Berührung mit politischer Bildung hatten.

Demokratie auf Rädern – Aufsuchende politische Bildung im besten Sinne

Der Demokratiebus ist ein Ort des Austauschs und des Mitmachens. Er steht auf Marktplätzen, vor Rathäusern, auf Schulhöfen und bei Volksfesten – überall dort, wo Menschen ins Gespräch kommen. Im Mittelpunkt stehen Formate, die Beteiligung ermöglichen und neugierig machen: Die »Wunschbox an die Politik« lädt dazu ein, eigene Ideen einzubringen; Diskussionsrunden mit lokalen Demokratiegestalterinnen und -gestalter öffnen den Raum für persönliche Geschichten und Perspektiven und das Demokratie-Quiz vermittelt Wissen spielerisch und niedrigschwellig.

So entstehen überall kleine Orte gelebter Demokratie – spontan, offen und nahbar. Die Tour zeigt, dass politische Bildung nicht nur in Seminarräumen stattfinden kann, sondern mitten im Alltag der Menschen.

Fotowettbewerb »Nur zusammen läuft's« – Engagement sichtbar machen

Auf den Stopps der Tour haben wir viele Menschen kennengelernt, die sich auf ganz unterschiedliche Weise für unsere Gesellschaft engagieren – im Sportverein, in der Kirchengemeinde, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in Nachbarschaftsinitiativen. Solche Begegnungen prägen die Tour und zeigen, wie lebendig Demokratie sein kann, wenn Menschen sich einbringen. Genau diese engagierten Menschen haben wir in diesem Jahr mit unserem begleitenden Fotowettbewerb gesucht. Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, Momente des Zusammenhalts, der Mitgestaltung und der Kooperation festzuhalten – ob im Ehrenamt, im Sport, in der Nachbarschaft oder im Alltag. Die eindrucksvollsten Bilder wurden im Rahmen der Feierlichkeiten zu »70 Jahre Politische Bildung« präsentiert und zeigten auf vielfältige Weise, dass Demokratie dort entsteht, wo Menschen gemeinsam handeln.

Politische Präsenz und partnerschaftliches Engagement

Das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung stößt auf wachsendes Interesse von außen. Zahlreiche Kommunen, Schulen und Vereine haben den Demokratiebus 2025 eingeladen, um den Dialog vor Ort zu fördern. Unterstützung erhält das Projekt von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Politik – unter ihnen der ehemalige Ministerpräsident Reiner Haseloff, Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, ehemalige Staatssekretäre wie Peter Tauber und zahlreiche Abgeordnete der Bundes- und Landesebene. Ihre Besuche verdeutlichen, wie sehr der Demokratiebus als Brücke zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie politischen Akteuren wirkt.

Ausblick: Die Reise geht weiter

Auch nach Ende der diesjährigen Tour ist klar: Die Herausforderungen der Demokratie machen nicht an geographischen Grenzen halt. In jedem Ort, an jeder Station und in jeder Begegnung sehen wir die Möglichkeit, den Grundwerten unserer Gesellschaft Ausdruck zu verleihen und die demokratische Idee zu stärken.

»Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.« ist nicht nur ein Motto, sondern eine Haltung – und mit jedem Stopp unserer Tour bekräftigen wir sie aufs Neue. Die Demokratiegestalter-Tour wird auch in den kommenden Jahren fortgesetzt – gemeinsam mit allen, die sich der demokratischen Idee verbunden fühlen.

MEHR ZUM THEMA:

»Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.«:
www.gemeinsam-demokratie-gestalten.de

Auftaktkonferenz des New Leaders Network in Cadenabbia

Neues Format zur strategischen Nachwuchsförderung für junge Talente europäischer Mitte-rechts-Parteien etabliert

— Von Florian Feyerabend

Vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen, innerer Polarisierung in den Gesellschaften Europas und wachsender externer Bedrohungen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Jungen Union Deutschlands (JU) im Jahr 2025 das New Leaders Network initiiert. Ziel der Initiative ist die Förderung einer neuen Generation wertebundener, strategisch denkender Führungspersonlichkeiten aus dem politischen Mitte-rechts-Spektrum Europas, die bereit ist, Verantwortung für die Zukunft des Kontinents zu übernehmen.

Die Auftaktkonferenz des Netzwerks fand vom 31. August bis 3. September 2025 unter Teilnahme zahlreicher junger Bundestagsabgeordneter in der Villa La Collina am Comer See statt – als Konrad Adenauers ehemaliges Urlaubsdomizil ein Ort mit historischer Bedeutung für den europäischen Dialog.

Inhaltlich konzentrierte sich die Konferenz auf zwei zentrale Themenfelder: Zum einen wurde die sicherheitspolitische Lage Europas angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine analysiert. Diskutiert wurden die Notwendigkeit strategischer Autonomie, der Ausbau europäischer Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen wie

Desinformation, Energieabhängigkeit und illegaler Migration als Waffe sowie die Rolle Europas als handlungsfähiger geopolitischer Akteur – unter Wahrung transatlantischer Partnerschaften und demokratischer Grundwerte.

Zum anderen stand die Frage nach einem gemeinsamen europäischen Wertefundament im Mittelpunkt. Die Teilnehmenden erörterten, wie eine neue politische Generation ein verbindliches, zukunftsgerichtetes Werteverständnis formulieren kann, das sich aus den besten Traditionen der Christdemokratie speist und Antworten auf gesellschaftliche Fragmentierung und politische Orientierungslosigkeit bietet.

Impulse lieferten unter anderem Dr. Gabriele Monschau, Vizepräsidentin für zentrale Aufgaben und Vertreterin des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, mit einer Keynote zu den geostrategischen Realitäten Europas, sowie Dr. Marco Schrage, Gastprofessor an der Accademia Alfonsiana in Rom, mit einem Beitrag zu den ethischen Grundlagen politischer Entscheidungsfindung. Die gesamte Veranstaltung wurde unter der Chatham House Rule durchgeführt, um einen offenen und vertraulichen Austausch zu ermöglichen.

Ein besonderer Aspekt der Konferenz war die programmatische Öffnung über den traditionellen Kreis der Europäischen Volkspartei (EVP) hinaus. Neben Vertreterinnen und Vertretern klassischer christdemokratischer und konservativer Parteien nahmen auch Abgeordnete der französischen Renaissance-Partei sowie der italienischen Fratelli d'Italia teil. Diese bewusste Erweiterung des Teilnehmerkreises unterstreicht den Anspruch des Netzwerks, politische Führungspersonlichkeiten aus dem gesamten proeuropäischen Mitte-rechts-Spektrum zusammenzubringen – von Lissabon bis Kyjiw!



Mitglieder des New Leaders Network vor der Statue von Konrad Adenauer in Cadenabbia.

Als symbolischer Abschluss der Konferenz wurde die Cadenabbia Declaration verabschiedet. Die Erklärung formuliert ein gemeinsames Selbstverständnis der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner: das Bewusstsein für historische Verantwortung, die Verpflichtung zu wertebasierter Führung und die Entschlossenheit, Europas Zukunft aktiv mitzugestalten. Die unterzeichnenden jungen Führungspersönlichkeiten bekennen sich zu den Prinzipien von Freiheit, Menschenwürde, Solidarität, Verantwortung und Gemeinwohl – als Grundlage für eine erneuerte europäische Einheit und Stärke.

Die Erklärung betont zudem, dass die Herausforderungen Europas nicht isoliert bewältigt werden können. Vertrauen, gegenseitiges Lernen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind zentrale Voraussetzungen für wirksame Führung. Das New Leaders Network soll als Plattform für Exzellenz, Verantwortung und Kooperation dienen – mit dem Ziel, neue Ideen und Netzwerke zu schaffen, um Europas strategische Handlungsfähigkeit zu stärken und dem wachsenden Einfluss autoritärer Kräfte entgegenzutreten.

Die Diskussionen in Cadenabbia fanden dabei vor dem Hintergrund einer übergeordneten strategischen Fragestellung statt: Wie kann Europa als Anker eines Globalen Westens seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen inneren

Zusammenhalt sichern, ohne seine liberalen Gesellschaftsmodelle zu gefährden? Gelingt es, ein politisches System zu stärken, das gemäßigt ist, institutionell stabil und zugleich eine Kultur der Freiheit ermöglicht? Und wie kann diese Kultur der Freiheit – angesichts autoritärer Herausforderungen und innerer Erosion – aus einer christdemokratischen Tradition heraus neu belebt werden?

Das New Leaders Network versteht sich als strategisch bedeutsame Plattform zur europäischen Vernetzung junger politischer Führungskräfte. Es ergänzt bestehende Kooperationsformate und stärkt die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung als Brückenbauerin und Impulsgeberin für politische Nachwuchsförderung auf europäischer Ebene. Dieses Engagement wird auch im Folgejahr mit dem New Leaders Network fortgesetzt werden.

Demokratiebildung im digitalen Zeitalter — Der »Civic Education Summit« 2025 in Berlin

Internationale Expertinnen und Experten diskutierten in Berlin, wie politische Bildung weltweit auf digitale Umbrüche, Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung reagieren kann und warum globale Kooperation dafür unverzichtbar wird.

— Von Julius Werner



Teilnehmende des »Civic Education Summit« in Berlin.

Der »Civic Education Summit« setzte am 4. November 2025 ein klares Zeichen für eine international vernetzte Demokratiebildung: Rund 170 Fachleute aus vier Kontinenten zeigten in Berlin, wie politische Bildung weltweit auf digitale Umbrüche, wachsende Polarisierung und neue Formen globaler Desinformation reagieren kann. Die Tagung, gemeinsam veranstaltet von der Konrad-Adenauer-Stiftung, den Arolsen Archives und der Heinrich-Böll-Stiftung, schuf einen Resonanzraum, in dem Erfahrungen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Museen, Medienpädagogik und politischer Bildungsarbeit aufeinandertrafen. Die Gäste aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa präsentierten nicht nur ihre Projekte, sondern machten zugleich sichtbar, wie eng die Herausforderungen politischer Bildung heute global miteinander verwoben sind und wie sehr tragfähige Lösungen von transnationalem Lernen, Austausch und Kooperation abhängen.

Im Zentrum des Summit standen grundlegende Leitfragen: Wie verändern digitale Öffentlichkeiten historische Narrative? Welche Rolle spielen soziale Medien und algorithmische Umgebungen für die Entstehung von Polarisierung? Wie kann politische Bildung auf Desinformation reagieren und kritisches Denken stärken? Und welche neuen Formate eignen sich, um insbesondere junge Generationen für demokratische Teilhabe zu gewinnen?

Einen starken Impuls setzte die Keynote des US-Sozialwissenschaftlers Prof. James E. Waller. Er zeigte auf, dass moderne Gesellschaften zunehmend durch physische, symbolische, soziale, bürokratische und digitale »Mauern« geprägt sind, die Isolation erzeugen und gemeinsame Wirklichkeitsbezüge erodieren lassen. Bildung, so Wallers zentrale These, müsse Räume schaffen, in denen



Perspektivwechsel möglich sind, Empathie eingeübt wird und Bürgerinnen und Bürger wieder in einen gemeinsamen Gesprächsraum finden können.

Neben den Panels öffneten Table Talks einen Raum, in dem die Vielfalt internationaler Ansätze zur politischen Bildung greifbar wurde. In kleinen Gesprächskreisen, dicht gedrängt um runde Tische, entstanden Momente, in denen sich globale Erfahrungen und lokale Wirklichkeiten berührten. Ein Beitrag aus Indonesien ließ erkennen, wie junge Menschen über Grenzen hinweg in Dialog treten und ihre Anliegen in transnationale Demokratieforen einbringen. Aus Kenia kam die Perspektive einer kommunalen Graswurzelbewegung, die jungen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur zuhört, sondern ihnen wirkliche Gestaltungsmacht eröffnet.

Aus Syrien erreichte uns ein digitales Erinnerungsprojekt, das mit virtuellen Rekonstruktionen ehemaliger Gefängnisse Zeugnisse politischer Gewalt sichert – ein eindringliches Beispiel, wie Technologie historische Wahrheit sichtbar macht und Menschenrechtsverletzungen dokumentierbar hält. Schließlich zeigten Initiativen aus Ecuador und Brasilien, wie Leadership-Programme und digitale Lernangebote helfen können, Bürgerbeteiligung zu stärken und neue Formen demokratischen Engagements zu eröffnen.

Ergänzt wurden diese internationalen Perspektiven durch drei Projekte aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung selbst. Aus Tschechien wurde das KI-gestützte Lernwerkzeug »DigiHavel« vorgestellt, welches Schülerinnen und Schüler über eine digitale Persönlichkeit spielerisch an zentrale demokratische Werte heranführt. Aus Rumänien kam »Aqua Marina«, eine abenteuerbasierte Unterrichtseinheit, in der Lernende in eine fiktive Unterwasserwelt eintauchen und dort demokratische Grundprinzipien erkunden. Und aus Deutschland präsentierte sich die »Demokratie-Startbox«, ein hybrides, praxisnahes Lehrmaterial für die



berufliche Bildung, das analoges Unterrichtsmaterial mit digitalen Modulen verbindet und Demokratie auf spielerische Weise erfahrbar macht.

Der »Civic Education Summit« 2025 hat eindrucksvoll gezeigt, dass in der internationalen Auseinandersetzung mit der politischen Bildung noch sehr viel Potenzial liegt. Die großen Fragen unserer Zeit – digitale Fragmentierung, globale Desinformation, neue Formen der Polarisierung, die Suche nach zeitgemäßer Erinnerungskultur – machen vor Landesgrenzen nicht halt. Digitale Formate eröffnen dabei Möglichkeiten der Vernetzung, die vor wenigen Jahren noch kaum vorstellbar gewesen wären: Lernräume entstehen über Kontinente hinweg, Erfahrungen lassen sich unmittelbar teilen und Herausforderungen, die einst lokal schienen, treten als gemeinsame globale Aufgaben hervor.

Der Summit machte deutlich, dass die Themen, mit denen Deutschland ringt, in Nairobi, Jakarta, Quito oder Seoul nicht weniger relevant sind. Was weltweit geschieht, wirkt lokal und umgekehrt. Aus dieser Einsicht erwächst ein klarer Auftrag: politische Bildung als internationales Projekt zu begreifen, globale Perspektiven systematisch einzubeziehen und den Austausch mit Partnerinnen und Partnern in aller Welt zu vertiefen. Nur in dieser Verflechtung kann politische Bildung jene Wirksamkeit entfalten, die Demokratien im 21. Jahrhundert benötigen.

Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl 2025 bescherte den politischen Rändern erneut Zulauf. Droht dem Land jetzt Stillstand oder findet die Mitte zur Stärke zurück?

»Die bisher höchste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl seit 1990 kam nicht den Parteien der politischen Mitte zugute, sondern den Rändern.«

— Von Tobias Montag

Deutschlands parlamentarisches Regierungssystem gilt als stabil. Seit Gründung der Bundesrepublik wurde der Bundestag erst vier Mal vorzeitig aufgelöst. Zuletzt musste die Bundestagswahl auf den 23. Februar 2025 vorgezogen werden, nachdem die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im November 2024 endgültig zerfiel. Im Frühjahr 2025 errangen schließlich CDU und CSU 28,6 Prozent der Zweitstimmen. Damit bilden sie wieder die größte Fraktion im Bundestag, was allerdings kaum verdeckt, dass es sich um das historisch zweitschlechteste Wahlergebnis der Schwesterparteien handelt. Die AfD wurde mit 20,8 Prozent erstmals zweitstärkste Kraft im Bund. Die SPD fuhr wiederum mit 16,4 Prozent ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis ein. Bündnis 90/Die Grünen erreichten 11,6 Prozent. Während Die Linke diesmal mit 8,8 Prozent ungefährdet ins Parlament einzog, scheiterte das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.

Seit der Wahl regiert eine »kleine Große Koalition« (Eckhard Jesse). Die beiden Volksparteien Union und SPD vereinen lediglich 45 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Die mit 82,5 Prozent bisher höchste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl seit 1990 kam nicht den Parteien der politischen Mitte zugute, sondern den Rändern. Die Folge: AfD und Die Linke haben eine Sperrminorität im Bundestag. Selbst mit Unterstützung der Grünen brächte die schwarz-rote Koalition die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande.



Die drohende Sperrminorität der Randparteien führte dazu, dass die beiden milliarden schweren, im Grundgesetz verankerten Sondervermögen für die Ertüchtigung der Bundeswehr und der Infrastruktur noch vor dem Zusammentreten des neuen Bundestags durchs Parlament gebracht wurden. War das die letzte Möglichkeit für eine Verfassungsänderung? Fehlt für die notwendigen Reformen im Land die erforderliche Mehrheit?

Das muss nicht so sein. Zwar sind lagerinterne und damit politisch konsistentere Bündnisse unwahrscheinlicher geworden, doch steht der konfligierenden Regierungskoalition eine gespaltene Opposition gegenüber. Das gilt nicht nur hinsichtlich Bündnis 90/Die Grünen im Verhältnis zu den beiden Randparteien, sondern auch zwischen den Rändern. Die Linke profiliert sich als entschiedener Gegner der AfD. Eine Zusammenarbeit mit den Rechtsautoritären würde die Erfolge der beinahe totgeglaubten Linken zunichtemachen. Auf sich allein gestellt bringt die AfD nicht genügend Parlamentssitze zusammen, um das Viertelquorum zu erreichen. Damit kann sie keine Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen durchsetzen oder Sondersitzungen einberufen. Vor allem aber ist ihr die Möglichkeit der abstrakten Normenkontrolle verwehrt. Das gilt auch für den Fall, dass sich Linke und Bündnis 90/Die Grünen zusammentun. Sie bringen ebenfalls nicht genügend Abgeordnete zusammen: Hätte das BSW den Einzug in den Bundestag geschafft, wäre dies anders. Wegen

seiner Anti-Establishment-Orientierung und der scharfen Elitenkritik sowie zahlreicher programmatischer Übereinstimmungen – beispielsweise in der Migrationspolitik oder der Haltung gegenüber Russland – ist eine Zusammenarbeit des BSW mit der AfD nicht ausgeschlossen. So aber kann die Opposition keinen wirkungsvollen Block gegen die Regierung bilden.

Die größte Herausforderung für Schwarz-Rot sind folglich nicht die Randparteien im Parlament. Deren Erstarken hat europaweit auch mit einer wahrgenommenen Leistungsschwäche der Politik zu tun, mit dem Eindruck, dass wichtige Themen liegenbleiben und Probleme nicht gelöst werden. Das zu bewältigen ist das tägliche Geschäft des Politikbetriebs. Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden Ende Oktober 2025 haben dies die Linksliberalen und Christdemokraten erfolgreich vorgemacht. Sie drängten die rechtspopulistische Partei von Geert Wilders zurück, indem sie unter anderem die Zukunft der Gesundheitsvorsorge, die Wohnungsnot und die Mängel im Bildungswesen in den Mittelpunkt rückten, anstatt der Kulturkampf-Agenda von Wilders zu folgen. Nach wie vor gilt: Wer Lösungen für Probleme anbietet, gewinnt am Ende auch Wahlen.

Das »Black Sea Security Forum« in Odessa: Ein strategischer Beitrag der Stiftung zur internationalen Sicherheitspolitik

Das »Black Sea Security Forum« in Odessa stärkt den sicherheitspolitischen Dialog im Schwarzmeerraum. Als Mitveranstalterin vernetzt die Konrad-Adenauer-Stiftung internationale Akteure, fördert Analysen und trägt zur Stabilisierung der Ukraine und zu Europas Sicherheit bei.



Thomas Birringer,
Leiter des Auslandsbüros Ukraine mit Sitz in Kyjiw.

Das Auslandsbüro Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich im Mai 2025 erstmals als Mitveranstalter am »Black Sea Security Forum« (BSSF) in Odessa beteiligt. Worum geht es bei dieser Veranstaltung?

Das Black Sea Security Forum ist eine internationale sicherheitspolitische Konferenz, bei der die Kriegslage sowie geopolitische Herausforderungen im Schwarzmeerraum diskutiert werden. 2025 hatten wir mehr als 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 40 Ländern. Ein Alleinstellungsmerkmal dieser Konferenz ist der Veranstaltungsort Odessa als Hafenstadt mit einer großen Tradition von Welt-offenheit. Das wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern auch mit dieser Konferenz bewahren helfen und freuen uns, dass wir für 2026 unter anderem die internationale Denkfabrik RAND als weiteren Kooperationspartner gewinnen konnten.

Warum beschäftigt sich die Stiftung so intensiv mit diesen Fragen?

Sicherheitspolitische Themen, nicht zuletzt Fragen der maritimen und regionalen Sicherheit, sind ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt für die Stiftung. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges ist klar, dass unsere Sicherheit in Deutschland direkt bedroht wird. Die Sicherung unserer Handelswege erhöht die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Aber die größte Gefahr geht derzeit von einem uns klar feindlich gesonnenen Russland aus, das sein Imperium wiederherstellen und das freie Europa als attraktives Gegenmodell zum eigenen autoritären Regime zerstören möchte.

Das Black Sea Security Forum ist also Teil einer ganzen Reihe von sicherheitspolitischen Aktivitäten der Stiftung?

Genau. Es gibt eine Vielzahl von Konferenzen, Publikationen und anderen Maßnahmen der Stiftung, wie etwa die Kiel Security Conference (KSC), die einmal im Jahr sicherheitspolitische Fragen im Ostseeraum und maritime Sicherheit aus Sicht Deutschlands und der Ostsee-Anrainer zum Thema hat. Oder auch die Istanbul Security Conference (ISC), die aus der Türkei auf die regionalen und globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen blickt. Beide Formate sind thematisch mit dem BSSF verbunden und ermöglichen Austausch von Expertise und Analysen. Auf diese Weise stärken wir das weltweite sicherheitspolitische Netzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit diesem breiten Fokus werden wir einer Kernaufgabe der Stiftung gerecht: Netzwerkbildung und Erkenntnisgewinn im Interesse deutscher und europäischer Sicherheit.

Geografisch scheint das Schwarze Meer aus deutscher Sicht weit entfernt zu sein. Warum haben die Entwicklungen dort Relevanz für unsere Sicherheit?

Zunächst einmal ist die Region einer der wesentlichen Schauplätze des Verteidigungskrieges der Ukraine. Zudem beeinflusst die Lage im Schwarzen Meer Nahrungsmittelsicherheit, Migration und Handelsrouten. Zeitweise exportiert die Ukraine ihr Getreide wieder auf Vorkriegsniveau durch das Schwarze Meer – übrigens vorwiegend über den Hafen von Odessa. Darüber hinaus gibt es vielfältige Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Über beide Meere exportiert Russland sein Öl und sichert damit finanziell eine Fortsetzung seines Krieges. Beide Meere haben im Norden und Süden des NATO-Gebietes eine große strategische Bedeutung. Und nicht zuletzt sind die ukrainischen Erfahrungen im Bereich maritimer Drohnenkriegsführung sicherheitspolitisch besonders bedeutsam für uns.

»Die größte Gefahr geht derzeit von einem uns klar feindlich gesonnenen Russland aus, das sein Imperium wiederherstellen und das freie Europa als attraktives Gegenmodell zum eigenen autoritären Regime zerstören möchte.«

Wie schlagen sich diese außen- und geopolitischen Entwicklungen in der Auslandsarbeit nieder?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist die einzige der deutschen politischen Stiftungen, die auch mit entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Ukraine vertreten ist. In einem Land im Krieg, einem Krieg, der auch für unsere Zukunft in Deutschland und Europa entscheidend ist, spielt natürlich auch für die Arbeit der Stiftung die Sicherheitspolitik eine große Rolle. Neben dem BSSF fördern wir daher eine Reihe von Analysen und geben seit 2025 den *Monitor Luftkrieg Ukraine* mit heraus. Zur Stabilisierung des politischen Systems unterstützen wir zudem Parteien und Institutionen dabei, sich auf mögliche Wahlen vorzubereiten und resilienter gegenüber äußeren Manipulationsversuchen zu werden. Die Ukraine ist ein offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union – für die Stiftung als »Europastiftung« ist auch das selbstverständlich ein wichtiges Thema. Wir machen viel in den Bereichen politische Bildung, Analyse und Kommunikation zu europäischen Fragen und wollen damit auch zu einer realistischen Erwartungshaltung der Bevölkerung in Bezug auf die EU beitragen. Denn leider gibt es auch immer wieder Rückschritte bei den notwendigen Reformen, etwa bei Fragen der öffentlichen Verwaltung. Reformen, die die Ukraine nicht nur wegen ihres EU-Beitritts, sondern vor allem für sich selbst benötigt, auch in Kriegszeiten. Denn sie ist ein unverzichtbarer Teil Europas, nicht zuletzt für die Sicherheit unseres Kontinents.

Drohnen – die Schlüsseltechnologie moderner Kriegsführung

Drohnen sind zur entscheidenden Innovation in der heutigen Kriegsführung geworden: Sie verbinden Automatisierung mit künstlicher Intelligenz und verändern die Dynamik militärischer Operationen grundlegend. Im Ukrainekrieg zeigt sich diese Entwicklung besonders deutlich: Russland setzt derzeit täglich über tausend Drohnen ein, während die Ukraine ihrerseits mit mehreren tausend Drohnen pro Tag reagiert.

— Von Martin Bieber und Christina Krause

Im September 2025 beschlossen die Verteidigungsministerinnen und -minister der Europäischen Union den Aufbau eines »Drohnenwalls« – eines hochvernetzten Abwehrsystems gegen Drohnenbedrohungen, das bis 2027 vollständig einsatzfähig sein soll. Anlass waren wiederholte Luftraumverletzungen durch russische Drohnen sowie mysteriöse Sichtungen über Flughäfen in verschiedenen EU-Staaten.

Bereits zuvor hatten Drohnen wie die US-amerikanische »Reaper« in Deutschland intensive Debatten über ethische und rechtliche Verantwortung sowie die Folgen einer militärisch nutzbaren künstlichen Intelligenz ausgelöst. Ihren ersten prägenden Auftritt auf der militärischen Bühne hatten Drohnen im Bergkarabachkonflikt 2020: Dort beeinflussten sie den Ausgang des Krieges maßgeblich.

Mit der vollständigen russischen Invasion der Ukraine ab 2022 erhielten militärische Drohnen zentrale Bedeutung für Europa. Nach anfänglichen Geländegewinnen und Rückeroberungen entwickelte sich der Krieg zu einem Stellungskrieg, der in seiner Statik an den Ersten Weltkrieg erinnert. War die Gasmaske das Symbol des »Großen Krieges«, so wird die Drohne vermutlich das Bild des Ukrainekrieges prägen.



Teilnehmende des Drohnenworkshops in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Warum Drohnen?

Angesichts der überwältigenden konventionellen Überlegenheit Russlands und eigener begrenzter Ressourcen setzt die Ukraine verstärkt auf sogenannte *Unmanned Aerial Systems (UAS)*. Diese sind im Vergleich zu klassischen Waffensystemen wie Panzerhaubitzen kostengünstig, flexibel einsetzbar und präzise. Sie ermöglichen der Ukraine, das Ungleichgewicht an Mannstärke zumindest abzumildern. Drohnen werden sowohl defensiv als auch offensiv genutzt – zur Aufklärung ebenso wie als Kampfmittel.



Teilnehmende des Drohnenworkshops in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Workshop der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die große Relevanz von Drohnen für Sicherheit und Verteidigung war Anlass für einen Workshop der Konrad-Adenauer-Stiftung im September, in Kooperation mit dem Verein DroneAid Collective. Diskutiert wurde über technische Vielfalt, Einsatzvariabilität, rasante Innovationszyklen sowie praktische Erfahrungen im Drohnenbau. Ziel war es, mit Praktikerinnen und Praktikern, internationalen Expertinnen und Experten, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Folgen der Drohnentechnologie für den Krieg in der Ukraine und darüber hinaus zu erörtern:

- Was können wir aus den ukrainischen Erfahrungen lernen?
- Wie muss sich Deutschland für zukünftige Konflikte wappnen?
- Wie kann die Bundeswehr Soldatinnen und Soldaten und die Zivilbevölkerung durch Drohneneinsatz besser schützen?

Das DroneAid Collective unterstützte den Workshop mit großer inhaltlicher Expertise und praxisnahen Einblicken. Das Netzwerk bietet europaweit Lernangebote und spendet fertige Drohnen an humanitäre Organisationen in der Ukraine. Für die Teilnehmenden wurde das abstrakte Thema durch die Montage eigener unbewaffneter Überwachungsdrohnen anschaulich – eine Aufgabe, die für viele Menschen in der Ukraine durch die russische Aggression zum Alltag geworden ist.

Schlussfolgerung

Deutlich wurde: Deutschland muss günstige Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung schaffen, um nicht den Anschluss zu verlieren. Eine besondere Herausforderung ist der extrem kurze Innovationszyklus: Lag dieser 2023 noch bei einem halben Jahr, sind Drohnenmodelle mittlerweile bereits nach wenigen Wochen veraltet. In Kooperation mit der Ukraine bieten sich viele Möglichkeiten. Weggucken und nichts tun ist keine Alternative, denn Russland investiert massiv in eigene Forschungszentren, um sich einen technologischen Vorsprung zu sichern.

Das Ergebnis des Workshops ist eindeutig: Die Bundeswehr muss Kenntnisse über Einsatz und Abwehr von Drohnen in allen Dimensionen aufbauen und in Forschung, Produktion sowie militärische Übungen investieren. Drohnen sind in der symmetrischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine allgegenwärtig – und werden künftig auch in anderen Konflikten eine zentrale Rolle spielen. Für die Landes- und Bündnisverteidigung sind sie unverzichtbar. Das Lernen über Drohnen geht daher nicht nur die Bundeswehr etwas an, sondern die ganze Bevölkerung.

Südkorea – zwischen Verfassungskrise und geopolitischen Herausforderungen

Forschungsreise in einem geteilten Land

Auf unserer einwöchigen Forschungsreise nach Südkorea erhielten wir Stipendiatinnen und Stipendiaten des Promotionskollegs »Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert« eindrucksvolle Einblicke in die sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Landes. Gespräche mit politischen und wissenschaftlichen Akteuren sowie Besuche zentraler Institutionen machten die Bedrohung durch Nordkorea, die US-chinesische Rivalität und die innenpolitische Krise greifbar.



Tourismus in Südkorea in der demilitarisierten Zone im Grenzgebiet zu Nordkorea.

— Von Cecilia von Ilseman

Als wir in der Korean National Defense University auf eine ungewöhnliche Weltkarte stießen, blieben wir Stipendiatinnen und Stipendiaten des Promotionskollegs »Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert« überrascht stehen. Die Karte zeigte die Erde »auf den Kopf gestellt« – den Süden oben, den Norden unten und den Schnitt im Atlantik. Diese einfache Drehung veränderte den Blick auf die Welt. Südkorea rückte ins Zentrum, nicht nur geografisch, sondern auch sicherheitspolitisch. Die Bedrohung aus Nordkorea, die zunehmende Großmachtrivalität zwischen den USA und China und die fragile Lage in der Region traten klarer hervor. Mit jedem Gespräch und jedem Ortstermin während unserer einwöchigen Reise wurde uns bewusst, wie stark diese Themen das Land prägen.

Jedes Jahr unternimmt das Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Forschungsreise – diesmal war das Ziel Südkorea. In der modernen Hauptstadt Seoul lernten wir Doktorandinnen und Doktoranden die lokale Kultur kennen, knüpften Kontakte und gewannen in Gesprächen ein tieferes Verständnis von Südkoreas Sicherheitsthemen.

Begleitet vom Büro der Stiftung in Seoul besuchten wir das südkoreanische Parlament, trafen Wirtschafts- und Politikvertreterinnen und -vertreter und hörten Vorträge von hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Korean National Defense University. Insbesondere Themen der Außenpolitik wie die Gefahren aus Nordkorea, die wachsende Unsicherheit durch Trumps zweite Präsidentschaft sowie Sorgen um die regionale Sicherheit durch die Großmachtrivalität zwischen den USA und China wurden intensiv diskutiert.

Ein zentrales Sicherheitsthema Südkoreas sind die angespannten Beziehungen zu Nordkorea. Der Koreakrieg und anhaltende Spannungen prägen das Land bis heute. Durch einen Besuch im koreanischen Kriegsmuseum sowie Gespräche mit verschiedenen Nordkorea-Expertinnen und -Experten gewannen wir tiefere Einblicke in den Alltag im Norden und in aktuelle Provokationen – darunter Müllballons, die Nordkorea nach Südkorea schickt.

Ein Highlight der Reise stellte der Ausflug in die demilitarisierte Zone, dem Grenzgebiet zwischen Süd- und Nordkorea, dar. Auf einem Aussichtsturm – umgeben von Touristinnen und Touristen, südkoreanischer Popmusik aus Lautsprechern und Militäranlagen – konnten wir den Blick auf das diesige Nordkorea richten. Uns wurde die gleichzeitige Nähe und doch unendliche Ferne, die viele Koreanerinnen und Koreaner auf beiden Seiten fühlen, bewusst. Insbesondere vor dem Hintergrund der eigenen deutschen Geschichte wurde uns die Bedeutung der Teilung deutlich, die über Jahrzehnte hinweg das Denken, das Zusammenleben und die Identität der Menschen geprägt hat. Mangels Post- und Telefonverkehrs sowie menschlicher Begegnungen dürfte die Entfremdung besonders groß sein.

Wir sprachen auch über die Folgen einer zweiten Trump-Präsidentschaft für Südkorea. Ein Parlamentarier machte deutlich, dass auch Südkorea mit höheren Zöllen und politischem Druck rechnen muss. Seoul überlegt, was für attraktive Angebote man der amerikanischen Regierung unterbreiten kann, um weiterhin umfassende militärische und wirtschaftliche Unterstützung aus Washington zu erhalten. Wir erkannten, dass Seoul ein besonderes Feingefühl für geopolitische Dynamiken und Sicherheitsrisiken über die letzten Jahrzehnte entwickeln musste. Im Hinblick auf das Verhältnis zu Europa wünschte sich der Parlamentarier eine Vertiefung der Beziehungen und eine stärkere gegenseitige Solidarität.

Ein zentrales innenpolitisches Thema war die aktuelle Verfassungskrise Südkoreas. Kurz vor dem Besuch des Promotionskollegs wurde Präsident Yoon Suk-yeol vom Verfassungsgericht einstimmig seines Amtes enthoben, nachdem er im Dezember 2024 das Kriegsrecht verhängt hatte. Obwohl Demonstrationen während unseres Besuchs ausblieben, war das Thema doch sehr präsent und wurde während des Aufenthalts diskutiert.

Ein besonderer Höhepunkt war der Abend mit Altstipendiatinnen und -stipendiaten der Stiftung in Seoul. Wir trafen Südkoreanerinnen und Südkoreaner, die in Deutschland studiert hatten, zum Abendessen und sprachen mit ihnen über Südkorea und ihre Erfahrungen in Deutschland. Die inspirierende Begegnung zeigte uns, wie weit das Netzwerk der Stiftung gewachsen ist, denn selbst auf der anderen Seite der Welt trifft man auf Menschen, die der Stiftung verbunden sind.

Nachhaltige Eindrücke hinterließen Südkoreas demokratische Herausforderungen und der strategische Umgang mit neuen geopolitischen Sicherheitsrisiken. Während Südkorea jahrzehntelange Erfahrung im Umgang mit Nordkorea hat, muss es heute zwischen einem aufstrebenden China und neuen Akzenten der US-Außenpolitik navigieren. Europa sollte insbesondere Südkorea im Blick behalten, um die sicherheitspolitische Dynamik in Ostasien zu verstehen. Dabei kann Europa vielleicht noch das eine oder andere Geschick im Navigieren zwischen Großmächten von Südkorea lernen.

MEHR ZUM THEMA:

**Internationales Promotionskolleg
»Sicherheit und Entwicklung im
21. Jahrhundert«:**

kas.de/internationales-promotionskolleg

»Stadt. Land. Wohnraum? Der Wohnkongress für alle«

Am 16. Oktober 2025 versammelten sich rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Berliner Kulturquartier silent green zum Kongress »Stadt. Land. Wohnraum? Der Wohnkongress für alle«.

— Von Sarah Al Doyaili-Wangler

In unterschiedlichsten Formaten – von Panels, Fish-Bowl-Diskussion und Workshop bis hin zu Innovations-Pitch und LivePodcast-Aufnahme – diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Wohnungspolitik. Die zentrale Frage des Kongresses lautete: Wie schaffen wir bezahlbaren, nachhaltigen und zukunftsfähigen Wohnraum – in der Stadt wie auf dem Land?

Prof. Dr. Norbert Lammert, Vorstandsvorsitzender der Stiftung, eröffnete mit einem eindringlichen Appell: »Wir reden über ein sehr dringliches Thema, leider aber auch ein sehr kompliziertes.« Weiter mahnte er an: »Wir brauchen für den Wohnungsmarkt einen Befreiungsschlag – keine Einzelregelungen, sondern einen Rahmen, der für alle Beteiligten kalkulierbar ist, aber gleichzeitig Gestaltungsräume lässt.«

Im Anschluss konnten die Teilnehmenden in den parallelen Sessions zwischen vielfältigen Themen wählen. Auf der großen Bühne wurde auf Panels über die Themen Bürokratieabbau im Wohnungsbau, den Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit, Förderung von Wohneigentum und die Finanzierung von Wohnungsneubau und -umbau diskutiert. Mit dabei waren hier unter anderem Dr. Melanie Weber-Moritz (Präsidentin des Deutschen Mieterbundes e. V.), Andrea Gebhard (Präsidentin der Bundesarchitektenkammer) und Ingeborg Esser (Hauptgeschäftsführerin des GdW) sowie die CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke und Lars Rohwer. Landespolitische Perspektiven brachten Dr. Ersin Nas MdA (Berlin) sowie Christian Frölich MdL (Niedersachsen) ein.

In Workshops im sogenannten »Arbeitszimmer« wurde es praxisnäher: Hier wurden zum Beispiel Projekte zur Dekarbonisierung der Wohnungswirtschaft oder der Digitalisierung moderner Bauprozesse vorgestellt. In kleineren Diskussionsrunden in der »WG-Küche« konnten sich die Teilnehmenden zu den Herausforderungen Studierender und Auszubildender am Wohnungsmarkt austauschen oder mit Heike Heubach MdB, SPD-Bundestagsfraktion, und Gerd Schreiner MdL (Rheinland-Pfalz) über ein Umdenken beim »barrierefreien Wohnen« diskutieren.

Darüber hinaus konnten sich Besucherinnen und Besucher im Rahmen einer Fachmesse zu den Themen Bauen und Wohnen informieren. Eine Ausstellung der Wissenschaftlichen Dienste und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung bereicherte das Angebot mit Wahlplakaten und Schriftgut-Exponaten wie Reden zum Thema Wohnungs- und Städtepolitik der CDU aus den vergangenen 70 Jahren.

Ein besonderes Highlight war die Keynote des Thüringer Ministerpräsidenten Prof. Dr. Mario Voigt MdL. Er betonte, dass Wohnen mehr sei als ein Markt – es sei Lebenschance und Gemeinwohl zugleich: »Unser Ziel sollte sein, dass jeder zweite Deutsche Wohneigentum besitzt«, forderte er und setzte sich für Reformen ein, damit Eigentum nicht mehr von der Postleitzahl abhängt. In seinem leidenschaftlichen Schlusswort spiegelte sich Zuversicht wider: »Ich wünsche mir, dass von diesem Kongress ausgeht, dass wir das schaffen werden!«

Neben der nationalen Perspektive wurde durch die Teilnahme einer internationalen Delegation mit Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt ein Blick ins Ausland geworfen. Mitglieder der Delegation diskutierten mit Johannes M. Böhmer (Vice-Governor Social Development Strategy der Council of Europe Development Bank) zur Frage »Affordable Housing as Social Infrastructure: Global Lessons, Local Action«.



1



2



3



4

Zum Abschluss eines langen Kongresstages gaben Vertreterinnen und Vertreter von vier Unternehmen der Baubranche in Form von Präsentationen einen Einblick in aktuelle Innovationsprojekte. Unter anderem wurde gezeigt, wie durch die Verwendung von Stroh als Baumaterial CO₂ nicht nur vermieden, sondern auch gespeichert werden kann.

Der Wohnkongress gab als Ideenplattform einen Anstoß zur gemeinsamen Suche nach neuen Wegen. Durch die Kombination von fachpolitischem Input und lebensnahen Problemstellungen entstand ein lebendiger Dialog, der realistische und aufschlussreiche Empfehlungen für die Wohnpolitik aufstellt. Als Fazit des Kongresses lassen sich fünf zentrale Erkenntnisse festhalten:

Es ist möglich, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bzw. zu erhalten.

Wohnungsneubau zu vereinfachen und zu entbürokratisieren, erhöht das Angebot und senkt die Immobilien- und Mietpreise.

Nachhaltiger Um- und Neubau muss technologieoffen und lösungsorientiert sein.

Private Investitionen in den Wohnungsneubau sollten erleichtert und gefördert werden.

Für mehr Wohlstand und soziale Sicherheit sollte die Eigentumsquote erhöht werden.

- 1 Prof. Dr. Norbert Lammert eröffnet den »Wohnkongress«.
- 2 Stephan Stracke MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender für Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.
- 3 Ministerpräsident Prof. Dr. Mario Voigt auf dem Panel zum Thema Wohneigentum und Vermögensbildung.
- 4 Heike Heubach MdB (SPD) (2. v. r.) und Gerd Schreiner MdL (CDU) (1. v. r.) diskutieren zu den Herausforderungen des barrierefreien Wohnens.

Zuhause sein in Stadt und Land

Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung lag im Jahr 2025 auf dem Thema Wohnen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum zählt aktuell zu den drängendsten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen. Erfolgreiche Wohnungspolitik ist ein entscheidender Faktor für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Es bedarf einer ganzheitlichen Diskussion zentraler Herausforderungen sowie einer Fokussierung auf Lösungen dieser Probleme.

— Von Maja Eib, David Mbae-Straßenburg und Georg Schneider



Lebenswerter und bezahlbarer Wohnraum – Impulse aus dem Thüringer Innovations- und Zukunftstalk

»Wohnen betrifft uns alle – besonders im ländlichen Raum entscheidet sich, wie wir künftig leben«, betonte Maja Eib, Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung Thüringen in Ilmenau.

Im Mittelpunkt standen innovative Ansätze: vom Pilotprojekt »Neues Wohnen – Am Königsgarten« mit CO₂-neutraler Holzbauweise bis zu Konzepten für bessere Mobilität und digitale Infrastruktur. Expertinnen und Experten diskutierten, wie leerstehende Wohnungen in attraktive Lebensräume verwandelt und wie Familien, Studierende und Fachkräfte für das Land gewonnen werden können. Andreas Bühl MdL gab als politische Botschaft mit: »Familien brauchen Wohnraum und Perspektiven – nur wenn wir Infrastruktur, Bildung und Freizeitangebote sichern, bleibt der ländliche Raum lebendig.« Ein Graphic Recording hielt die Vielfalt der Ideen fest – von nachhaltigem Bauen über flexible Verkehrslösungen bis hin zu neuen Wohnmodellen. Die Botschaft: Der ländliche Raum ist ein Ort für Zukunft und Innovation, wenn wir gemeinsam handeln.

Wohnträume der jungen Generation – zwischen Nachhaltigkeit und knappen Bauflächen

13 Auszubildende und Studierende der Beruflichen Schule St. Pauli stellten am 16. Oktober 2025 auf dem Kongress »Stadt. Land. Wohnraum?« ihre hervorragenden Projektergebnisse zum Thema »Wohnen in der Zukunft« vor.

Die Beiträge verdeutlichen, wie wertvoll die Perspektive junger Menschen in einem so zentralen Politikfeld ist. Die Reise nach Berlin war der Höhepunkt eines gemeinsamen dreimonatigen Projekts, in dem sich drei Klassen aus dem Bereich Banken und Versicherungen intensiv mit den Themen Bauen und Wohnen auseinandergesetzt haben.

Deutlich wurde: Wohneigentum und selbst Mietkosten sind in Metropolen für viele junge Menschen kaum noch bezahlbar. Gleichzeitig besteht weiterhin der Wunsch nach einem freistehenden Einfamilienhaus – ein Ziel, das mit knappen Bauflächen, Nachhaltigkeit und urbaner Lage kaum mehr vereinbar ist.

Welche ordnungspolitischen Lösungsansätze helfen, um die Zielkonflikte des Bauens zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Teilhabe zu mildern?

»Man muss ›wollen wollen!« war das Leitmotiv, das NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach MdL gleich zu Beginn des Landeshauptstadtforums NRW setzte. Mit Planungsoptimismus und Planungsfreiheit sollten die verkrusteten Strukturen des Baurechts gelöst werden.



Auszubildende der Beruflichen Schule St. Pauli als Teilnehmende des Kongresses »Stadt. Land. Wohnraum?« mit Lehrkräften und dem Landesbeauftragten für Hamburg.

Paul Stertz (Metropolregion Rheinland e. V.) mahnte mehr Augenhöhe im Umgang der Kommunen miteinander an – in NRW besonders wichtig aufgrund der Vielzahl von in sich sehr heterogenen urbanen Kommunen und des sie umgebenden ländlichen Raums. Laut der Kölner Stadtplanerin Regina Stottrop sollten die kommunalen Behörden mehr und besser untereinander kommunizieren und große Bauvorhaben gemeinsam denken. Letztlich müsse die Politik (auch) hier Führung zeigen. Thomas Frye von der Industrie- und Handelskammer aus dem Sauerland rückte die Frage nach der Flächennutzung für Gewerbe ins Blickfeld: »Die wenigen noch zu entwickelnden Gewerbe- und Industriegebiete müssen besser, das heißt, effizienter und nachhaltiger gestaltet werden.«

Die Botschaft aus NRW: Schafft Anreize – und habt mehr Vertrauen in die Lösungskompetenz der Menschen vor Ort!

Projekt-Workshop für Stipendiatinnen und Stipendiaten – Hauptabteilungsübergreifende Zusammenarbeit von Begabtenförderung und Politischer Bildung

Ebenfalls in Düsseldorf stand die junge Zielgruppe ganz im Fokus bei den hauptabteilungsübergreifenden Workshoptagen für Stipendiatinnen und Stipendiaten (Begabtenförderung und Politische Bildung). Neben Gesprächen mit Immobilienfachleuten war ein eigens entwickeltes Planspiel-Projekt zur Neugestaltung des urbanen Raumes zu

diskutieren und zu absolvieren. Natürlich durfte eine fachkundige Exkursion am angewandten Beispiel im Transformations-Bezirk Oberbilk nicht fehlen.

Bundesweite Online-Briefings »Stadt. Land. Wohnraum. Gemeinsam Zukunft bauen«

Schließlich haben die wechselnden Schlaglichter unserer bundesweit adressierten Online-Briefings einzelne Facetten des Themenkomplexes Bauen und Wohnen erhellt. Unter dem Titel »Stadt. Land. Wohnraum. Gemeinsam Zukunft bauen« thematisierten verschiedene Büros der Politischen Bildung christlich-demokratisch inspirierte Anschauungsbeispiele: das finanzierbare Wohnen in der Metropole (PBF Berlin), das Best-Practice-Beispiel »Hessengeld« für die Baufinanzierung (PBF Hessen), das nachhaltige Bauen (PBF Baden-Württemberg) und die »EU-Taskforce Wohnen« in Brüssel (PBF NRW).

Die Ergebnisse der inhaltlichen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden am 16. Oktober 2025 in Berlin beim Wohnkongress »Stadt. Land. Wohnraum? Der Wohnkongress für alle« zusammengebracht und mit rund 300 Teilnehmenden aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.



Europa auf der Suche nach neuen Wirtschaftspartnern

Warum Deutschland und Europa eine strategische Neuausrichtung ihrer Außenwirtschaftspolitik brauchen, um im globalen Wettlauf um neue Wirtschaftspartnerschaften mithalten zu können.

— Von Denis Suarsana

Europas wirtschaftliches Erfolgsmodell der offenen Märkte gerät zunehmend ins Wanken. Das trifft vor allem Deutschland, das als exportorientierte Volkswirtschaft wie kaum eine zweite vom internationalen Handel und der globalen wirtschaftlichen Vernetzung abhängig ist. Vor dem Hintergrund stagnierender Wachstumszahlen in der EU und der womöglich längsten deutschen Rezession seit Gründung der Bundesrepublik ist Europas Wirtschaft dringend auf Wachstumsimpulse von außen angewiesen.

Doch im globalen wirtschaftlichen Wettlauf fällt die EU immer mehr zurück. Das zeigen die Ergebnisse des Projekts »Die internationale Wahrnehmung von Deutschlands und Europas Wettbewerbsfähigkeit«, in dessen Rahmen die Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Jahr zahlreiche Expertinnen und Experten aus Schwellenländern sowie deutsche und europäische Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter weltweit zur Rolle der EU und Deutschlands in der Welt befragt hat. Andere Wirtschaftsakteure wie China, aber auch Japan, Südkorea, Indien und die Golfstaaten spielen eine kontinuierlich wichtige Rolle in aufstrebenden Schwellenländern weltweit. Diese erwarten von den globalen Wirtschaftsmächten zunehmend umfassende Wirtschaftspartnerschaften, die weit über das von den Europäerinnen und Europäern forcierte Thema Handel hinausgehen.

Dabei gilt Europa nicht nur aufgrund seines riesigen Binnenmarkts, sondern insbesondere wegen seiner zahlreichen international vernetzten, hochtechnologischen Industrieunternehmen als präferierter Kandidat für solche Wirtschaftspartnerschaften, die Investitionen in Lieferketten und die industrielle Entwicklung sowie den Transfer von Wissen und Technologie zwischen den Partnerländern umfassen. Doch den Europäerinnen und Europäern gelingt es nicht, dieses enorme Potenzial im globalen Wettlauf um

»Europas Wirtschaftspartnerschaften drohen zu einer >einseitigen Liebesbeziehung< zu werden.«

Wirtschaftspartnerschaften zu nutzen. Europas Wirtschaftspartnerschaften drohen zu einer »einseitigen Liebesbeziehung« zu werden, wie Mohammed Baharoon, Direktor des Dubai Public Policy Research Center, es im Interview mit der Stiftung formuliert.

Um endlich liefern zu können, brauchen Deutschland und die EU daher eine strategische Neuausrichtung ihrer Außenwirtschaftspolitik, die Handels-, Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik eng verzahnt und eigene wirtschaftliche Interessen in den Fokus rückt. Nur dann hat Europa die Chance, global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zentrale Impulse für die strategische Neuausrichtung gesetzt. Die vier Säulen einer strategischen Außenwirtschaftspolitik wurden im Rahmen des genannten Projekts skizziert und während eines mehrtägigen Dialogprogramms mit Stakeholdern und Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Berlin und Brüssel diskutiert.



Erstens ist eine aktive Wirtschaftsdiplomatie die Grundlage für den Aufbau von Wirtschaftspartnerschaften. Doch Europas Diplomatie wird häufig als wenig effektiv und »von oben herab« wahrgenommen. Ein politischer und diplomatischer Austausch auf Augenhöhe ist essenziell, um die europäischen Unternehmen im Ausland zu unterstützen. Europas Beziehungen zu den aufstrebenden Schwellenländern benötigen daher einen diplomatischen Neustart, der auf gemeinsamen Interessen und der Bereitschaft zu gleichberechtigten Partnerschaften beruht.

Zweitens profitiert Europa wie kein anderer Wirtschaftsraum vom Welthandel und offenen Märkten. Doch die Handelsverhandlungen der EU mit einer Reihe von Schwellenländern kamen in der Vergangenheit nur schleppend voran. Diese lehnen es ab, handelsferne Forderungen der EU etwa im Umwelt- und Arbeitsschutz zu akzeptieren. Die EU hat daher unter dem Eindruck der US-amerikanischen Zollpolitik in den vergangenen Monaten zu Recht einen pragmatischeren und flexibleren Ansatz gewählt, der mit dem Abschluss des EU-Indonesien-Abkommens einen ersten großen Erfolg vorzuweisen hat. An diesem Ansatz gilt es nun etwa in den Verhandlungen mit Indien festzuhalten. Zudem sollten Handelsabkommen in umfassende Wirtschaftspartnerschaften integriert werden, die die darüber hinausgehenden wirtschaftlichen Interessen der Partnerländer berücksichtigen. Schließlich muss sich Europa, gerade vor dem Hintergrund des Rückzugs der USA, weiterhin für eine faire und regelbasierte Handelsordnung sowie eine funktionierende WTO einsetzen.

Drittens sollte die deutsche Außenwirtschaftsförderung strategisch neu ausgerichtet werden, um Unternehmen

beim Erschließen neuer Märkte und Produktionsstandorte zu unterstützen. Dabei gilt es vor allem, mittelständische Unternehmen, die weltweit eng in die industriellen Lieferketten eingebunden sind, in den Blick zu nehmen. Instrumente der Außenwirtschaftsförderung müssen unkomplizierter und passgenauer auf die Bedürfnisse von Unternehmen ausgerichtet werden. Hohe Anforderungen etwa im Bereich Nachhaltigkeit dürfen nicht zu Wettbewerbsnachteilen für deutsche Unternehmen führen. Zudem sollten die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung nicht erst greifen, wenn Geschäftsentscheidungen schon getroffen wurden (Stichwort Exportkreditgarantien), sondern proaktiv bei der Identifizierung und Umsetzung von Auslandsgeschäften unterstützen.

Schließlich sollte die Entwicklungszusammenarbeit im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes Werte und Interessen verbinden. Dazu zählt, die Entwicklungszusammenarbeit, etwa im Bereich der Infrastrukturfinanzierung, stärker mit eigenen wirtschaftlichen Interessen zu verknüpfen und in eine umfassende außenwirtschaftspolitische Strategie zu integrieren.

MEHR ZUM THEMA:

Publikation *Die internationale Wahrnehmung von Deutschlands und Europas Wettbewerbsfähigkeit:*
kas.de/deutschland-europa-wettbewerbsfaehigkeit

Podcast *Auslandsinfo Spotlight:*
kas.de/de/web/auslandsinformationen/auslandsinfo-spotlight

KAPITEL

4

BERICHT AUS DEN HAUPT- ABTEILUNGEN

Ausgezeichneter Journalismus – Sechs JONAs unter den besten »30 bis 30«

Das *medium magazin* zählt sechs JONA-Geförderte zu den besten Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten Deutschlands. Sie zeigen, wie vielfältig und relevant junger Journalismus heute ist.

— Von Vandad Sohrabi



Die besten Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten Deutschlands.

Ob Lokaljournalismus, Wissenschaft oder Kinderfernsehen – sie alle zeigen, wie wichtig junger Journalismus heute ist: Elena Everding, Felix Leitmeyer, Lynn Klockow, Pia Steckelbach, Carolin Riethmüller und Isabel Schneider gehören zu den »Top 30 bis 30« des Jahres 2025. Ausgewählt vom *medium magazin*, zählen sie damit offiziell zu den besten jungen Journalistinnen und Journalisten des Landes. Alle sechs sind ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) der Konrad-Adenauer-Stiftung.

»Die »Top 30« sind seit jeher mehr als »nur« eine Auswahl besonders talentierter Medienschaffender. Sie sind ein Kaleidoskop, das quer durch alle Gewerke junge Menschen zeigt, die für die Zukunft der Branche stehen«, sagt Frederik

von Castell, Chefredakteur des *medium magazins*. Jede und jeder Ausgewählte stehe für ein journalistisches Profil, das die Branche künftig dringend brauche.

Sechs Persönlichkeiten, sechs Wege

Einer dieser Ausgezeichneten ist Felix Leitmeyer, freier Reporter unter anderem für rbb, ZDF, *Der Spiegel* und *Die Zeit*. Anlässlich des Jahrestags des Angriffs auf die Ukraine produzierte er eine Wochenserie für das rbb24 Inforadio, in der er ukrainische Geflüchtete begleitete. »Ich hatte mir zum Ziel gesetzt, möglichst unterschiedliche



Elena Everding



Felix Leitmeyer

Perspektiven abzubilden. So besuchte ich einen Wehrdienst-geflüchteten, eine Alleinerziehende, die ihren Sohn in der Ukraine zurücklassen musste, Menschen auf Jobsuche oder Studierende. Herausfordernd war nicht nur, sie zu finden – sondern ihnen zu zeigen, dass sie mir vertrauen können. Darin, dass ich ihre Geschichten mit bestem Gewissen und ohne Effekthascherei erzähle. Dass sie mir dieses Vertrauen geschenkt haben, hat mir viel bedeutet.«

Auch die JONA habe ihn entscheidend geprägt: »Die JONA kennt ihre Stips wirklich – und ist wahnsinnig gut darin, sie gezielt mit ihren Stärken zu fördern und zu fordern. Durch Feedbackgespräche und Seminare habe ich mich immer wieder neu entdeckt: Vor der JONA dachte ich, dass ich weiterhin vor allem schreibender Journalist sein werde, weil ich das schon einige Jahre lang gemacht hatte. Die Trainings in Audio- und Videoproduktion, in Zukunftstechnologien wie KI und Smart Audio haben mir dann neue Welten eröffnet. Sie haben mich auch dazu inspiriert, als VJ selbst zu filmen, crossmedial für Video, Audio und Text zu arbeiten – und darin, ein Volo in der ARD zu machen.«

Auch Elena Everding, Redakteurin beim *Göttinger Tageblatt*, wurde ausgezeichnet. Ihre prägendste Recherche beschreibt sie so: »Meine Recherche über Machtmissbrauch an der Universität war nicht nur sehr umfangreich und intensiv, ich musste angesichts des sensiblen Themas auch sehr behutsam vorgehen und zunächst Vertrauen zu meiner Protagonistin aufbauen. Gleichzeitig musste ich sehr sorgfältig arbeiten, um sie und auch den Täter zu anonymisieren – eine große Herausforderung, die sich aber gelohnt hat: Der Text wurde mit dem Deutschen Lokaljournalistenpreis der KAS ausgezeichnet.«

Die JONA habe sie auf ihrem journalistischen Weg entscheidend unterstützt: »Dank der JONA hatte ich die einmalige Chance, schon während meines Studiums eine exzellente journalistische Ausbildung zu absolvieren. Ich erinnere mich gerne an viele fordernde, unglaublich lehrreiche und auch spaßige Seminare zurück, darunter waren Highlights wie ein Seminar in Indien. Von dem Netzwerk, das ich mir als Teil der JONA aufbauen konnte, profitiere ich bis heute.«

Neben Everding und Leitmeyer wurden auch Lynn Klockow, Pia Steckelbach, Carolin Riethmüller und Isabel

Schneider ausgezeichnet. Klockow überzeugt mit aufwendig produzierten Kinder- und Jugenddokus für öffentlich-rechtliche Sender. Steckelbach berichtet als Producerin aus Tel Aviv – über Konflikte, Kriege und Perspektiven im Nahen Osten. Riethmüller bringt Wissenschaft auf Augenhöhe ins Netz – etwa für ZDF, Arte und das YouTube-Format »Doktor Watson«. Isabel Schneider, Teil des Panorama-Teams der ARD, wurde zuletzt für ihre politische Recherchearbeit im Team der vielfach ausgezeichneten »Rammstein«-Recherchen bekannt.

Sechs Auszeichnungen, eine gemeinsame Förderung – die JONA

Dass in diesem Jahr gleich sechs JONA-Altstipendiatinnen und -stipendiaten zu den »Top 30 bis 30« gehören, ist auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein starkes Signal. Anca Specht, Leiterin der JONA, sieht in der Auszeichnung eine besondere Bestätigung für das langjährige Engagement der Stiftung: »Wir freuen uns mit den Ausgezeichneten und sehen die Anerkennung auch als Ansporn, weiter in exzellente Ausbildung und individuelle Förderung zu investieren. Denn die Zukunft des Journalismus entscheidet sich heute – durch junge Talente, die Verantwortung übernehmen und mit neuen Perspektiven unsere Medienlandschaft bereichern.«

Die Journalistische Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet seit über 40 Jahren junge Talente auf ihrem Weg in den Journalismus. Die Studierenden erhalten neben einer finanziellen Förderung eine intensive journalistische Ausbildung und Zugang zu einer starken Gemeinschaft. Aktuell werden rund 100 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus ganz Deutschland in der JONA gefördert. Eine Bewerbung ist jedes Jahr bis zum 15. Juli möglich.

MEHR ZUM THEMA:

JONA der Konrad-Adenauer-Stiftung:
kas.de/journalistische-nachwuchsforderung

»Von Euch lernen« – Semesterprojekt im 60. Jubiläums- jahr der Begabtenförderung

Zum 60. Jubiläum der Begabtenförderung richteten Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung den Blick nach vorn. Das Projekt »Von Euch lernen« führte sie zu Menschen, deren Stimmen selten gehört werden – und öffnete neue Wege des Dialogs.

— Von Frank Müller und Susanna Schmidt

»Am Ende des Berichtsjahres gehörten der Studienförderung 56 Stipendiaten an, unter ihnen 8 Studentinnen. Sie studierten an 16 deutschen und 1 ausländischen Hochschulort (Wien). Folgende Studienrichtungen waren vertreten: Philosophie (19), Rechtswissenschaften (15), Wirtschaftswissenschaften (8), Sozialwissenschaften (5), Medizin (3), Theologie (2, je 1 evangelisch und katholisch), Chemie, Maschinenbau, Architektur, Wirtschaftsingenieurwissenschaften (je 1). An der ersten Ferienakademie vom 8.–22.8. in Eichholz nahmen 16 Stipendiaten teil. Arbeitsthemen waren ›Die Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft‹ und ›Politische Ideen und Parteiwesen in Deutschland‹.«

So ist es im Jahresbericht für 1965 nachzulesen. Die Entwicklung in den 60 Jahren, die wir 2025 begangen haben, von damals 56 auf bis heute fast 20.000 ehemals und aktuell Geförderte ist beachtlich. Hinzu kam die sukzessive Erweiterung der Förderarten: von der Studienförderung zu Beginn über die Promotionsförderung (1969), die Ausländerförderung (1970), die journalistische Nachwuchsförderung (1979), die Künstlerförderung (1994) bis zur Ausbildungsförderung im Jahr 2024. Genauso erfreulich ist aber die Kontinuität: Bei den Themen der Grundlagenseminare sind wir uns durchaus treu geblieben. Damals wie heute, so wird immer wieder berichtet, werden auf diesen Seminaren Freundschaften fürs Leben geschlossen.

Der Rückblick auf 60 Jahre ist ein Grund zur Freude, aber nicht zur Zufriedenheit. Die zunehmende Distanz zur Demokratie und ihren Institutionen hierzulande, wachsender Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sowie erkennbare Spaltungen in unserer Gesellschaft stellen auch uns vor die Frage, ob nicht andere Gruppen sich von uns, sondern möglicherweise wir uns von ihnen abgewandt haben. So ist das Semesterprojekt »Von Euch lernen« entstanden, in dem die Hochschulgruppen die Lebenswirklichkeiten von ihnen unbekannten Personen, Berufsgruppen, Stadtteilen erkundet und danach gefragt haben, warum Menschen das Vertrauen in unsere Demokratie verloren haben. Deren kritische Distanz zu staatlichem Handeln darf nicht als unerwünscht interpretiert oder gar moralisch verurteilt werden; vielmehr sind Gespräch und Austausch essenziell, wenn man für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und unsere christlich-demokratischen Werte eintreten will. In diesem Sinne haben die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung vor Ort jeweils *ihr* Semesterprojekt entwickelt – ohne die eigene Bedeutung zu überschätzen und an die Stelle politischen Handelns treten zu wollen.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben die Hochschulgruppen ein Schulprojekt gestartet, das an ausgewählten Schulen unter anderem in Mainz/Wiesbaden, Heidelberg und Karlsruhe die Richtung der Inhaltsvermittlung umkehrte: Auf der Grundlage vorbereiteter Befragungseinheiten gaben die Schülerinnen und Schüler Input unter anderem zu den Fragen, wie Politik junge Zielgruppen erreichen könne und wie sich politische Entscheidungen auf die eigenen Lebensrealitäten auswirken sollten. Dieser Input wurde von den Stipendiatinnen und Stipendiaten analysiert und gemeinsam mit der Zielgruppe nachbereitet. Auch bei den Aktivitäten in Niedersachsen stand der



Stipendiatinnen und Stipendiaten
damals ...



... und heute.

Dialog mit jungen Menschen im Mittelpunkt: hier aus nicht-akademischen Elternhäusern. Geführt haben die Stipendiatinnen und Stipendiaten diesen Dialog unter anderem mit Kindern aus schwierigen Verhältnissen und mit Jugendlichen im Strafvollzug.

»Gegen den Diskursabbruch« wandten sich Projekte in Chemnitz und Leipzig, wo unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten auf Menschen mit Behinderung zugegangen sind und zusammen mit ihnen positive Identifikationsmerkmale für das Land Sachsen erarbeitet haben. In einem ähnlichen Sinne wollten unsere Hochschulgruppen in Hessen und Berlin »neue Begegnungen schaffen«, indem sie Umweltschutzprojekte, Bahnhofsmmissionen, Obdachloseninitiativen, Tafeln, Flüchtlingsheime wie auch Synagogen im Rahmen von Wächterdiensten aktiv unterstützt haben.

Dieses aktive »Anpacken« war in vielen Fällen der Schlüssel zu einem wachsenden gegenseitigen Interesse an den gemeinsamen politischen Diskussionen, die anschließend fast immer über den aktuellen Zustand und die Perspektiven unserer Demokratie geführt wurden.

Die Entdeckung neuer Themen, praxisnaher Formate und Organisationen hat nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Hochschulgruppen innerhalb und mit der Konrad-Adenauer-Stiftung gestärkt, sondern im direkten Kontakt mit Menschen das Verständnis für andere Lebensrealitäten vertieft, Vorurteile und Stereotype aufgelöst wie auch die Sensibilität für die Abhängigkeit sozialer Teilhabe von sprachlichen, kulturellen und strukturellen Faktoren gefördert. Nicht zuletzt deshalb ist das Interesse an einer Fortsetzung groß.

Drei Jahre ChatGPT

Im November vor drei Jahren wurde die Anwendung ChatGPT veröffentlicht. Die Anwendung wirft verschiedene Fragen auf, welche im Folgenden diskutiert werden.

— Jan Cernicky im Interview mit Leonie Mader, Gunter Rieck Moncayo und Tobias Wangermann



Charakteristika von ChatGPT

Was zeichnet ChatGPT als KI aus?

ChatGPT ist technisch sehr stark. Darüber hinaus hat das Programm jedoch Eigenschaften, die nicht rein technischer Natur sind. So ist es intransparent, weil Code und Trainingsdaten unbekannt sind. Es ist besonders ressourcenintensiv, weil es für allgemeine und nicht für spezifische Zwecke ausgelegt ist. Für Nutzerinnen und Nutzer ist die Anwendung sehr günstig, während Urheberinnen und Urheber von Daten wenig entlohnt werden. Diese Produkteigenschaften gehen nicht auf die Technik zurück.

Wieso ist diese Unterscheidung zwischen Produkt und Technik wichtig?

Angesichts des geopolitischen Wettbewerbes wird die Frage diskutiert, wo Europa im KI-Wettbewerb steht. Häufig wird dann nur auf die Technik geschaut und vermutet, dass Europa chancenlos ist. Die technische Überlegenheit an sich ist jedoch wenig ertragreich. Umfragen zeigen, dass Unternehmen die Anwendung trotz ihrer technischen Überlegenheit nur experimentell einsetzen und nicht systematisch integrieren. Grund hierfür sind häufig die Produkteigenschaften. Für Europa ist das wichtig, um zu verstehen, dass unsere Chance in der Entwicklung von besseren Produkten liegt und nicht im langsamen Nachbauen US-amerikanischer Technik.

Anwendungen

In welchen Branchen gibt es für Deutschland das größte Potenzial, mit Sprachmodellen führende Produkte zu entwickeln?

Überall da, wo Deutschland traditionell Stärken hat, zugleich aber wegen des Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen steht, sind das Potenzial und die Notwendigkeit für den Einsatz von Sprachmodellen am größten. Die Automatisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten in Industrie, Gesundheitswesen oder im Baugewerbe ist ein volkswirtschaftlich relevanter Ansatzpunkt. Dies geht von der automatisierten Prüfung auf Vollständigkeit und Richtigkeit von Unterlagen bei Ausschreibungen bis zur Mehrsprachigkeit von Chatbots bei der Ausbildung oder im Service.

Welche Möglichkeiten gehen mit Sprachmodellen für staatliche Behörden einher?

Gerade Verwaltungsvorgänge basieren auf klaren Vorschriften, sind hoch formalisiert und haben in der Mehrzahl nur eng definierte Ermessensspielräume. Die Bürgerinnen und Bürger suchen bei der Kommunikation mit der Verwaltung jedoch Antworten auf lebensweltliche Probleme und haben oft nur wenig Kenntnis von den Vorschriften und Verfahren. Hier können Chatbots helfen, im Dialog eine Passung zwischen den beiden Perspektiven herzustellen. Das spart Zeit für die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten, beschleunigt die Prozesse und erleichtert den Zugang zu berechtigten staatlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Geoökonomie

Die neuesten und größten Sprachmodelle werden von US-amerikanischen Firmen angeboten. Im »AI Action Plan« schreibt Donald Trump, dass es für ihn nicht nur um ein gutes Geschäft, sondern auch um globale und militärische Dominanz geht. Inwiefern sind große Sprachmodelle eine geoökonomische Herausforderung?

Alles steht und fällt natürlich mit der Frage, ob KI-basierte Geschäftsmodelle tatsächlich die großen Wachstumstreiber werden. Es spricht zwar vieles dafür, absolut sicher ist das aber nicht. Insofern ist das eine Wette auf die Zukunft, die im Erfolgsfall wohl tatsächlich globale Dominanz auf vielen Feldern verspricht. Es handelt sich hierbei aber nicht um rein unternehmerische Entscheidungen, bei denen in einem Prozess der schöpferischen Zerstörung Gewinner und Verlierer ermittelt werden, vielmehr werfen die USA ihre staatliche Macht mit in die Waagschale. Wir beobachten bereits jetzt, dass vonseiten der Trump-Administration massiver politischer Druck aufgebaut wird, wenn beispielsweise in Europa erwogen wird, Regulierung und Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle zeitgemäß auszugestalten.

Chinesische Firmen machen den US-Amerikanerinnen und -Amerikanern mit Open-Source-Modellen Konkurrenz (»DeepSeek-Schock«). Könnte Europa hier der lachende Dritte sein?

Die technologischen Aspekte dieses Wettlaufs müssen andere bewerten. Ich beobachte jedoch, dass der Welthandel aktuell vor allem von KI-bezogenen Gütern getrieben wird – Halbleiter, Prozessoren, Computer, Server, Telekommunikationsausrüstung etc. Neben den USA sind da auch einige Schwellenländer in Südostasien sehr aktiv. Europa bleibt da aus meiner Sicht hinter seinem Potenzial zurück. Wenn Europa als Gewinner vom Platz gehen will, müsste es sich im Bereich der Regulierung wieder darauf besinnen, dass es um die Ermöglichung eines wettbewerbsfähigen Marktumfeldes geht, in dem Innovationen entstehen, und nicht um paternalistisches Verhindern.

MEHR ZUM THEMA:

3 Jahre Chat GPT:

kas.de/de/3-jahre-chatgpt

Publikation Drei Jahre ChatGPT – eine Zwischenbilanz:

kas.de/drei-jahre-chatgpt

Gelehrter Hass — Der Kampf gegen den akademischen Antisemitismus

Judenhass kommt von rechts und links, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Er kommt aber auch immer öfter aus den Wissenschaften. Dieser »akademische Antisemitismus« war 2025 neuer Schwerpunkt der Stiftungsarbeit gegen Antisemitismus.

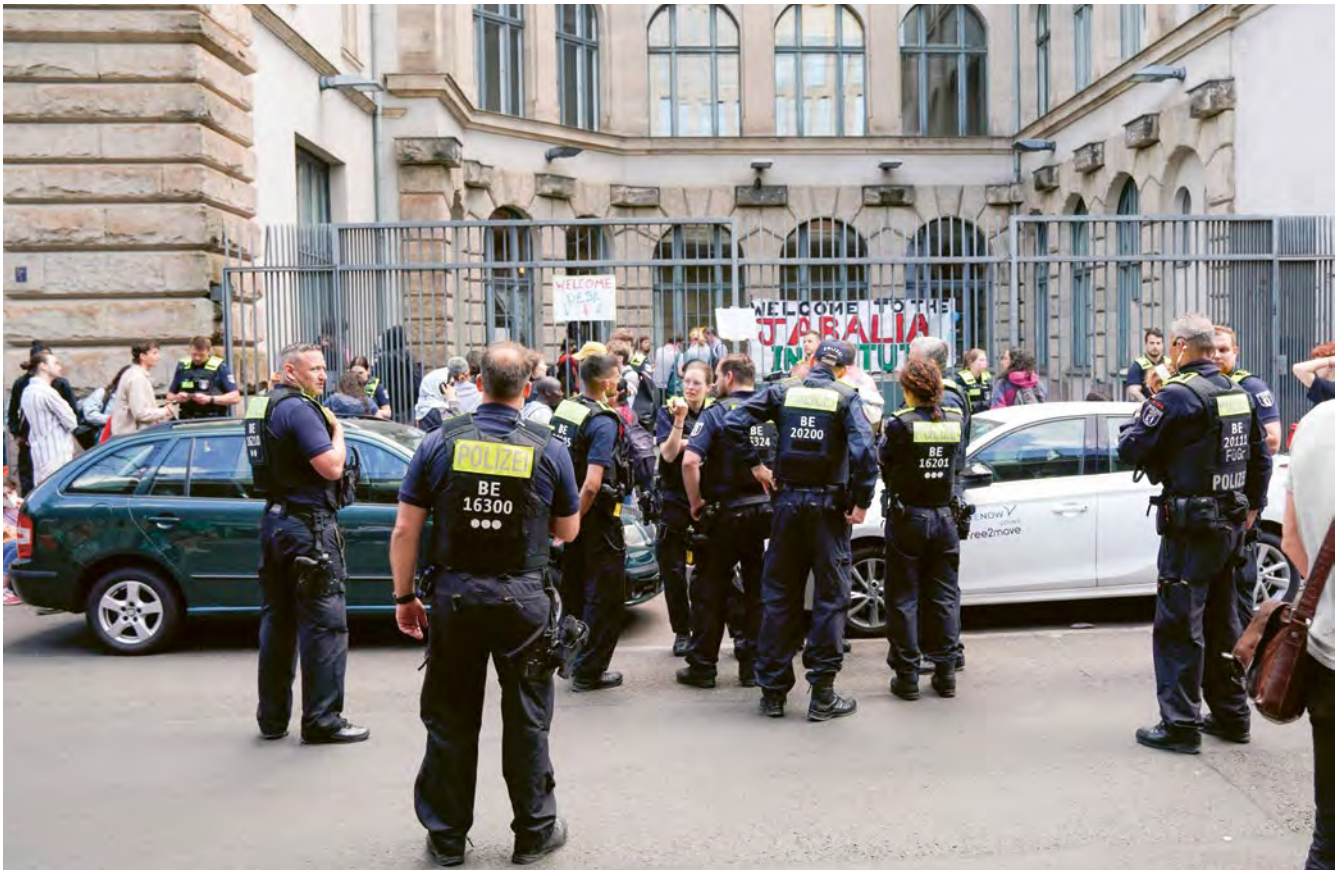
— Von Andreas Jacobs

In erschreckendem Ausmaß sind deutsche Hochschulen seit dem Massaker vom 7. Oktober 2023 Schauplätze antisemitischer Übergriffe. Jüdische Studentinnen und Studenten werden attackiert, Universitätsräume beschmiert und verwüstet, Veranstaltungen zu jüdischem Leben und zu Israel abgesagt. Nicht selten geschieht dies mit Schützenhilfe aus der Gelehrtenschaft. In die Kritik geraten ist vor allem die Disziplin des Postkolonialismus, die mit dem Anspruch der wissenschaftlichen Aufarbeitung westlicher Kolonialverbrechen Israel zum kolonialen Siedlerprojekt erklärt und seine Existenzberechtigung als jüdischen Staat in Zweifel zieht. Aber auch andere Fachdisziplinen und Studienrichtungen liefern dem israelbezogenen Antisemitismus die akademische Munition. Die antisemitische Israelkritik, getarnt durch eine Simulation rationaler Analyse und wissenschaftlichen Auftretens, ist längst eine der schwierigsten Herausforderungen für den Kampf gegen Judenhass.

Wie kann verhindert werden, dass durch den Aufbau akademischer Diskursmacht Israel das Existenzrecht abgesprochen und Antisemitismus politisch und gesellschaftlich verharmlost, rehabilitiert und ermöglicht wird, ohne dass akademische Freiheiten und rechtsstaatliche Prinzipien beeinträchtigt werden? Mit einer Reihe von Publikationsprojekten und einer zentralen Fachkonferenz hat sich die Stiftung diesem herausfordernden Thema 2025 gewidmet.

Komplexität und Relevanz des Themas zeigten sich bereits in manchen Reaktionen auf Beiträge zum Postkolonialismus, die ab Anfang des Jahres auf dem Portal »Geschichtsbewusst« der Konrad-Adenauer-Stiftung

veröffentlicht wurden. Namhafte Autorinnen und Autoren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten legten hier den Finger auf die Schwachstellen postkolonialer Wissens- und Meinungsproduktion. Im Juli folgte dann eine Ausgabe der *Auslandsinformationen* zum Thema »Neue alte Wunden – Koloniales Erbe und Außenpolitik« mit kritischen Stimmen und Perspektiven aus Sicht der internationalen Arbeit. Die Rückmeldungen auf diese publizistischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang von Postkolonialismus und Antisemitismus waren nicht nur positiv. Vor allem in den gemeinten Kreisen reagierte man mit gereizter Dünnhäutigkeit: Die Kritik am Postkolonialismus sei unsachlich, uninformiert, unterkomplex und – auch diesen Vorwurf musste sich die Stiftung gefallen lassen – »revisionistisch«. Mit Antisemitismus habe man ohnehin nichts am Hut.



Von propalästinensischen Demonstrierenden besetztes Gebäude der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dass hier und in anderen akademischen Disziplinen sehr wohl Zusammenhänge bestehen, wurde auf der Fachkonferenz »Akademischer Antisemitismus. Postmoderne Theorien als Grundlage für eine neue Judenfeindschaft« am 24. März mehr als deutlich. Über fünfzig Vertreterinnen und Vertreter sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Perspektiven, akademischer Disziplinen und politischer Biografien diskutierten einen ganzen Tag lang über Israelkritik und Antisemitismus in den Wissenschaften. Im Fokus stand auch hier der Postkolonialismus. Gerade in jüngerer Zeit ist innerhalb jener heterogenen Familie von Ansätzen, Denkschulen und Aktivismusformen die Auseinandersetzung mit den Folgen europäischer Kolonialverbrechen einer Pauschalabrechnung mit dem Westen gewichen. Israel wird in diesen Diskursen als westlicher Staat von »Siedlerkolonialisten« diffamiert, den es letztendlich abzuschaffen gelte.

Die Nähe zu Theorieansätzen, die sich heute oft »progressiv« nennen, in der Regel aber an bekannte »linke« Denkschulen anknüpfen, ist unübersehbar. Bereits Marx hatte sich am Judentum abgearbeitet und dessen »Überwindung« erhofft. Auch die späteren Marxisten-Leninisten nährten antisemitische Bilder vom kapitalistischen, bourgeoisen und »verstockten« Juden. Kein Wunder, dass neo-marxistische und neo-trotzkistische Bewegungen und Gruppierungen heute oft wichtige Treiberinnen israelfeindlicher und antisemitischer Übergriffe sind und selbst den Schulterschluss mit Islamistinnen und Islamisten sowie Rechtsradikalen nicht scheuen.

Eigenartige Schulterschlüsse und Allianzen gibt es auch anderswo. Ein Experte zeigte auf der Konferenz, wie in Teilen der queerfeministischen Theoriebildung die Solidarität mit Hamas und Hisbollah als Kampf gegen globale Gender-Unterdrückung gerechtfertigt wird. Auch in der sogenannten Genozidforschung, in den Islamwissenschaften, der Anthropologie, der Geschichtswissenschaft und selbst im Völkerrecht finden sich immer wieder Stimmen, die eine Abschaffung Israels propagieren und Jüdinnen und Juden allenfalls als säkulare Weltbürgerinnen und -bürger gelten lassen.

Im Ergebnis wurde deutlich, dass Antizionismus, Israelfeindlichkeit und israelbezogener Antisemitismus in vielen Wissenschaftsdisziplinen immer sichtbarer werden. Manches mag noch von akademischen Freiheiten gedeckt sein. Allzu oft bricht sich hier aber ein gelehrsam verkleisterter Judenhasse Bahn, der auf dem Wege der »Verwissenschaftlichung« die Stichworte und Begründungszusammenhänge für Boykottaufrufe, Ausgrenzung, Diskriminierung und letztendlich auch Gewalt gegen Jüdinnen und Juden liefert. Die Ergebnisse der Konferenz werden 2026 in einem Sammelband veröffentlicht.

Globale Gesundheit und multilaterales Engagement — eine Frage der nationalen Sicherheit

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump am 20. Januar 2025 sehen sich die Unterstützerinnen und Unterstützer der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten regelbasierten internationalen Ordnung damit konfrontiert, dass ein enger Verbündeter, Wertepartner und eine tragende Säule in der Finanzierung des Systems weggebrochen ist.

— Von Andrea Ostheimer

Bereits am Tag eins versetzte Präsident Trump den Sektor Globale Gesundheit in einen ultimativen Krisenmodus. Die US-Regierung trat mit sofortiger Wirkung erneut aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus. Sie forcierte jegliche US-Finanzierung ein, nahm die Annahme der 2024 auf der Weltgesundheitsversammlung (WHA) verabschiedeten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften zurück und blieb den weiteren Verhandlungen zum Pandemieabkommen fern. Nach den neuesten verfügbaren Daten (2023) war die US-Regierung mit einem Anteil von 25,18 Prozent an den Pflicht- und freiwilligen Beiträgen zum Gesamtbudget der größte Geldgeber der WHO. Die Reduzierung von Programmen und der Personalabbau inmitten beispielloser Mittelkürzungen und sich weltweit verschärfender humanitärer Krisen vergrößern die Kluft zwischen den Erwartungen, den Bedürfnissen und den Möglichkeiten der WHO. Für den Generaldirektor der WHO sind die notwendigen strukturellen Anpassungen daher auch ein Versuch, die WHO wieder auf ihr Kernmandat zu konzentrieren: Gesundheit für alle.

Der Finanzierungsverlust ist jedoch nur ein Aspekt des Austritts aus der WHO. Auch der versperrte Zugang zu Fachwissen, Daten und Technologien verschärft die Situation für die WHO. Jahrzehntlang investierte die US-Regierung in biomedizinische Innovationen zur Entwicklung neuer Impfstoffe, innovativer Behandlungsmethoden und bahnbrechender Gesundheitstechnologien. Diese haben

Millionen Menschen in den USA und auf der ganzen Welt das Leben gerettet und verbessert. Die Centres for Disease Control (CDC) haben bislang eine entscheidende Rolle bei der weltweiten Bekämpfung von Krankheiten gespielt und wurden zum »Goldstandard« für nationale Gesundheitsbehörden. Inwieweit die US-Regierung ihre Spitzenposition in der globalen Gesundheitsforschung und -entwicklung und die Reaktionsfähigkeit des Landes selbst auf Gesundheitskrisen und Epidemien durch die neue »America First Global Health Strategy« aufrechterhalten kann, bleibt offen.

Der Versuch, sich durch bilaterale Abkommen mit Entwicklungsländern direkten Zugang zu für die eigene Forschung relevanten Gesundheitsdaten zu sichern, unterminiert die aktuell laufenden multilateralen Verhandlungen zum Annex des Pandemieabkommens. In diesen wird gerade versucht, Modalitäten zu definieren, wie Materialien und genetische Sequenzdaten von Erregern mit pandemischem Potenzial rasch, sicher und rückverfolgbar geteilt werden und, gleichrangig, die daraus entstehenden Vorteile und Produkte zeitnah, fair und gerecht bereitgestellt werden können. Für ein unter Druck stehendes multilaterales System wird es immer schwieriger, zugleich aber auch immer relevanter, Kompromisse zwischen den Interessen von Entwicklungsländern und Industrienationen zu finden.

Das transaktionale Vorgehen der USA im Bereich der globalen Gesundheit, nach einem ersten Kahlschlag, der die gesamte Entwicklungszusammenarbeit umfasste,



manifestiert allerdings auch, dass die US-Regierung die Relevanz des Sektors globale Gesundheit für die eigenen Interessen erfasst hat.

Globale Gesundheit tangiert nationale Sicherheitsinteressen. Pandemien, antimikrobielle Resistenzen, die Ausbreitung klimabedingter Krankheiten jenseits der Tropen, fragile Gesundheitssysteme und der potenzielle Missbrauch von KI zur Entwicklung biologischer Waffen sind eine ernsthafte und wachsende Bedrohung für die globale Stabilität und Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften.

Die aktuellen Veränderungen in der globalen Gesundheitsarchitektur bieten die Chance für Deutschland, hier seine Führungsrolle weiter auszubauen. Deutschland genießt international bereits ein hohes Ansehen für sein finanzielles Engagement in der globalen Gesundheitspolitik. Aber darüber hinaus ist Deutschland nicht nur ein renommierter Wissenschaftsstandort für Medizin. Auch die im Gesundheitsbereich tätigen Unternehmen gehören im Bereich von Diagnostik, Medikamenten, Medizintechnik und digitalen und KI-gesteuerten Entwicklungen zur internationalen Spitze. Deutschland etablierte und förderte über die Jahre auch ein Netzwerk von Institutionen, das sich im Bereich der globalen Gesundheit engagiert. Das Charité Center for Global Health und der jährliche World Health Summit sind nur zwei Beispiele.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung vernetzt sich mit diesen Akteuren sowohl in Berlin wie auch in Genf über den dort

ansässigen Multilateralen Dialog. Analysen zu den multilateralen Verhandlungen werden in die politischen Prozesse in Berlin eingespeist, Expertise zur Verfügung gestellt und die gerade im Bereich der globalen Gesundheit wuchernden Desinformationen durch Fakten widerlegt. Durch den Austausch mit internationalen Expertinnen und Experten versuchen wir einen Beitrag dazu zu leisten, globale Gesundheit nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Solidarität im Rahmen der Entwicklungshilfe zu betrachten, sondern zu erkennen, dass das Engagement für die globale Gesundheit ebenso eine Frage der menschlichen wie der wirtschaftlichen Sicherheit im eigenen Land ist.

MEHR ZUM THEMA:

Publikation *Genfer Depesche – Antworten und Klarstellungen zu den Desinformationen rund um das Pandemieabkommen*:

kas.de/genfer-depesche-pandemieabkommen

Publikation *Globale Gesundheit als strategischer Imperativ*:

kas.de/gesundheit-sicherheit-frieden

Abwahl des Sozialismus in Bolivien – Ein friedlicher Systemwechsel mit Signalwirkung

Bolivien erlebt einen historischen Machtwechsel: Nach fast zwei Jahrzehnten linker Regierung setzt sich Christdemokrat Rodrigo Paz Pereira in der Stichwahl gegen Jorge Quiroga durch. Die MAS-Partei verliert ihre Mehrheit – das Land steht vor einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Ein Interview mit Christina Stolte, Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien.



Christina Stolte,
Leiterin des Auslandsbüros Bolivien mit Sitz in La Paz.

Frau Stolte, im August 2025 wählte Bolivien nach 20 Jahren den Sozialismus ab. Wie kam es dazu?

Die Abwahl des sozialistischen Regierungs- und Wirtschaftsmodells in Bolivien in demokratischen Wahlen sowie der konfliktfreie Wechsel zu einem demokratischen und marktwirtschaftlich basierten Modell dürfte global wahrscheinlich einzigartig sein.

Ausschlaggebend für den Untergang des Sozialismus in dem Andenstaat war vor allem die schwere Wirtschaftskrise, in der das Land seit eineinhalb Jahren steckt. Die kilometerlangen Schlangen an den Tankstellen, die extrem steigenden Preise für Lebensmittel und der Mangel an Importprodukten wie etwa Medikamenten, die nicht mehr ins Land kamen, machten für alle deutlich, dass die sozialistische Regierung Bolivien wirtschaftlich an den Rand des Ruins gebracht hatte. Auch die ärmeren Bevölkerungsteile, die in der Vergangenheit verlässlich die sozialistische Partei MAS (Movimiento al Socialismo, dt. Bewegung zum Sozialismus) gewählt und der Partei über zwanzig Jahre verlässliche Mehrheiten beschert hatten, wandten sich angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Verhältnisse von der Partei und ihrem Wirtschaftsmodell ab. Den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen errang mit Rodrigo Paz Pereira ein Kandidat, der den Wählerinnen und Wählern »Kapitalismus für alle« versprach.

Kam dieser Paradigmenwechsel überraschend?

Die Abwahl der sozialistischen Regierungspartei MAS deutete sich seit Längerem an, da sie politisch zersplittert ist und längst den Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte. Ob die MAS nach dieser langen und mit den Jahren immer autoritärer werdenden Regierungszeit jedoch so einfach abtreten würde, blieb bis zuletzt zweifelhaft. Umso erleichterter war die Stimmung in der Bevölkerung, als sich zeigte, dass die Wahlen friedlich und ohne Zwischenfälle stattfanden und die langjährige Regierungspartei ihre Wahlniederlage tatsächlich anerkannte.

Das Land hat viele natürliche Ressourcen, darunter auch große Reserven von Lithium, das für die Energiewende wichtig ist. Wieso steckt Bolivien dennoch in der Krise?

Bolivien blickt zurück auf zwei Jahrzehnte desaströser Wirtschaftspolitik. Der Andenstaat hatte über viele Jahre reiche Erdgasvorkommen, die den expansiven Staat finanzierten. Doch man bediente sich dieser Vorkommen, ohne in neue Explorationen oder auch nur die Instandhaltung der Anlagen zu investieren. Nun sind die Erdgasvorkommen fast aufgebraucht; in der Folge sind die Exporte, die wichtige Devisen erwirtschafteten, massiv eingebrochen. 2028 werden die Reserven wohl vollständig aufgebraucht sein und Bolivien wird sich vom Gasexporteur zum Importeur wandeln.

Was das Lithium angeht, so hat Bolivien die weltgrößten Reserven der Erde. Aber auch hier wurde nicht strategisch investiert, vielmehr wurden sinnvolle Kooperationen aus ideologischen Gründen in den Wind geschlagen und nur Verträge mit Russland und China geschlossen – mit dem Ergebnis, dass Bolivien bisher keine nennenswerte Produktion aufbauen konnte und die möglichen Einnahmen bisher nicht realisieren kann.

»Für uns als Konrad-Adenauer-Stiftung bedeutet der Regierungs- und Systemwechsel ein ganz neues Arbeiten.«

Welche Auswirkungen hat dieser Regierungswechsel auf die Arbeit Ihres Auslandsbüros?

Für uns als Konrad-Adenauer-Stiftung bedeutet der Regierungs- und Systemwechsel, den wir seit einigen Wochen in Bolivien erleben, ein ganz neues Arbeiten. Wir standen vorher stark im Fokus der Regierung, waren regelmäßig Erschwerissen durch die nationalen Behörden ausgesetzt. 2016 wurde uns sogar kurzfristig unser Statusabkommen von der Regierung aufgekündigt, das die rechtliche Grundlage unserer Arbeitserlaubnis im Land darstellt. Es galt immer genau abzuwägen, welche Themen man auf welche Weise behandeln kann, ohne zu riskieren, erneut des Landes verwiesen zu werden.

Seit dem Regierungswechsel können wir plötzlich wieder frei arbeiten. Diese neue Freiheit ist hochgradig motivierend für unser Team und bestätigt uns darin, dass sich trotz widriger Bedingungen die Investitionen in die Arbeit vor Ort über die letzten Jahre gelohnt haben. Mit unseren Netzwerken, die wir in den schwierigen Zeiten der MAS-Regierung aufgebaut haben, stehen wir jetzt an einem idealen Ausgangspunkt, um einen wichtigen Beitrag zur Redemokratisierung und Stabilisierung Boliviens zu leisten.

Wie empfinden Sie aktuell die Stimmung im Land?

Wir erleben derzeit in Bolivien eine Art »kleinen Mauerfall«. Es herrscht große Euphorie, obwohl die wirtschaftlichen Aussichten nach wie vor desaströs sind. Zwar hat sich bisher wenig verändert, aber der Kontext, in dem sich die Wirtschaftskrise abspielt, hat sich durch den Regierungswechsel und das Verschwinden der MAS, die ja vorher nicht nur die Wirtschaft, sondern praktisch alle Gesellschaftsbereiche dominierte, vollständig verschoben. Man spürt regelrecht die Freiheit, die plötzlich herrscht. Auf einmal haben die Menschen wieder Hoffnung, dass die Probleme des Landes gelöst werden können. Die Lage ist dennoch sehr fragil. Wenn es der neuen Regierung nicht gelingt, schnelle Erfolge zu präsentieren, könnte die Stimmung auch wieder kippen.

Freiheit braucht Sicherheit — Die Politische Bildung an vorderster Front

Lange fristete Sicherheitspolitik ein Nischendasein. In Zeiten globaler Polykrisen ist das vorbei. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Debatte über Freiheit und Sicherheit zurück in die Gesellschaft geholt. Vornweg – und immer nah an den Bürgerinnen und Bürgern – die Politische Bildung. Dabei unterstützen wir den Auftrag der Bundeswehr als Rückgrat unserer freiheitlichen Demokratie. Besonders geprägt haben uns die Fragen, wie wir als Gesellschaft das notwendige Maß an Resilienz erreichen und wie die transatlantischen Beziehungen fit für das 21. Jahrhundert gemacht werden können.

— Von Cedric Bierganns, Christoph Bors und Lukas Laible



»Sicherheitspolitischer Dialog im Leineschloss«

V. l. n. r.: Brigadegeneral a. D. Rainer zum Felde, Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Prof. Dr. Joachim Krause, Politikwissenschaftler, Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß, Colette Thiemann MdL.



V. l. n. r.:

Sven Schulze MdL, Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt;
 Prof. Dr. Norbert Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung;
 Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU Deutschlands;
 Sebastian Lechner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im
 Niedersächsischen Landtag und Landesvorsitzender
 der CDU Niedersachsen.

Die »Königsbronner Gespräche« tragen seit 13 Jahren sicherheitspolitische Themen in den ländlichen Raum. Das Traditionsformat des Bildungsforums Baden-Württemberg wird gemeinsam mit Roderich Kiesewetter MdB und dem Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes e. V. durchgeführt und widmete sich in diesem Jahr den USA nach der Wahl Donald Trumps, behandelte aber auch schon Themen von Klimaaußenpolitik über Flüchtlingskrisen bis zur Resilienz der Gesellschaft. Zu den prominenten Gästen zählten Alt-Bundespräsident Christian Wulff, Verteidigungsministerinnen und -minister sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Kirche und Diplomatie.

Das Politische Bildungsforum Niedersachsen wartete auf mit seinem »Sicherheitspolitischen Dialog« im Leineschloss, der gemeinsam mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik ausgerichtet wurde. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Landespolitik, Bundeswehr und Wissenschaft erörterten die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel in Den Haag entlang der Leitfrage, wie und ob die europäische Verteidigung ohne die USA organisiert werden kann.

Der traditionelle »Wintervortrag« unseres Büros in Niedersachsen fand in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und der Bundeswehr statt. Dr. Dr. Dirk Freudenberg erörterte fachkundig die Bedeutung eines funktionierenden Zivilschutzes und einer streitfähigen Bundeswehr, die in einer Krisenlage unser Land verteidigt.

Stark nachgefragt waren auch die Bildungsformate für die Bundeswehr selbst. So leistete das Büro Bundesstadt Bonn auch im Jahr 2025 einen Beitrag zum besseren Verständnis in der Truppe für die aktuellen politischen Entwicklungen und ihre Hintergründe in Deutschland, Europa und der Welt. Mehr als 1.000 Soldatinnen und Soldaten nahmen an mehrtägigen Seminaren im gesamten Bundesgebiet teil.

»Stark nachgefragt waren auch die Bildungsformate für die Bundeswehr selbst.«

Am 15. Juni 2025 wurde erstmals der Veteranentag gefeiert. Das Büro Bundesstadt Bonn würdigte den opfervollen Dienst am Gemeinwesen mit einem Militärgottesdienst und einer Lesung: Zwischen Mut und Kameradschaft, Triumph und Trauer erfuhren die Teilnehmenden aus erster Hand, was es bedeutet, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes im Einsatz tapfer zu verteidigen.

In Cadenabbia konnten sich die Teilnehmenden zu den transatlantischen Beziehungen in der Ära Trump informieren. Unter Beteiligung hochrangiger Expertise aus Bundeswehr, Nachrichtendiensten und Thinktanks wurde ein tieferer Einblick in die Chancen und Risiken der Beziehungen zu unserem wichtigsten Bündnispartner vermittelt.

Herbert Belter, Erinnerungen an die zweite deutsche Diktatur und der Prozess der Deutschen Einheit

Um zu verstehen, warum die Menschen in den östlichen Bundesländern gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrung der ersten deutschen Diktatur sich nicht gegen das Unrecht der zweiten Diktatur wehren konnten, ist es notwendig, sich die Brutalität und Vorgehensweise der Machthaber in der DDR zu vergegenwärtigen. Exemplarisch dafür steht das Opfer Herbert Belters.

— Von Ulrike Hospes und Joachim Klose

Wer kennt Herbert Belter? Er ist der »ostdeutsche Hans Scholl«! Jedenfalls ähneln sich die beiden Biografien: Herbert Belter war Student der Wirtschaftswissenschaften in Leipzig. Er wurde nach einer Flugblattaktion, in der er zu demokratischen und freien Wahlen aufrief, im Oktober 1950 von der Polizei verhaftet, verhört, verurteilt und am 28. April 1951 in Moskau erschossen.

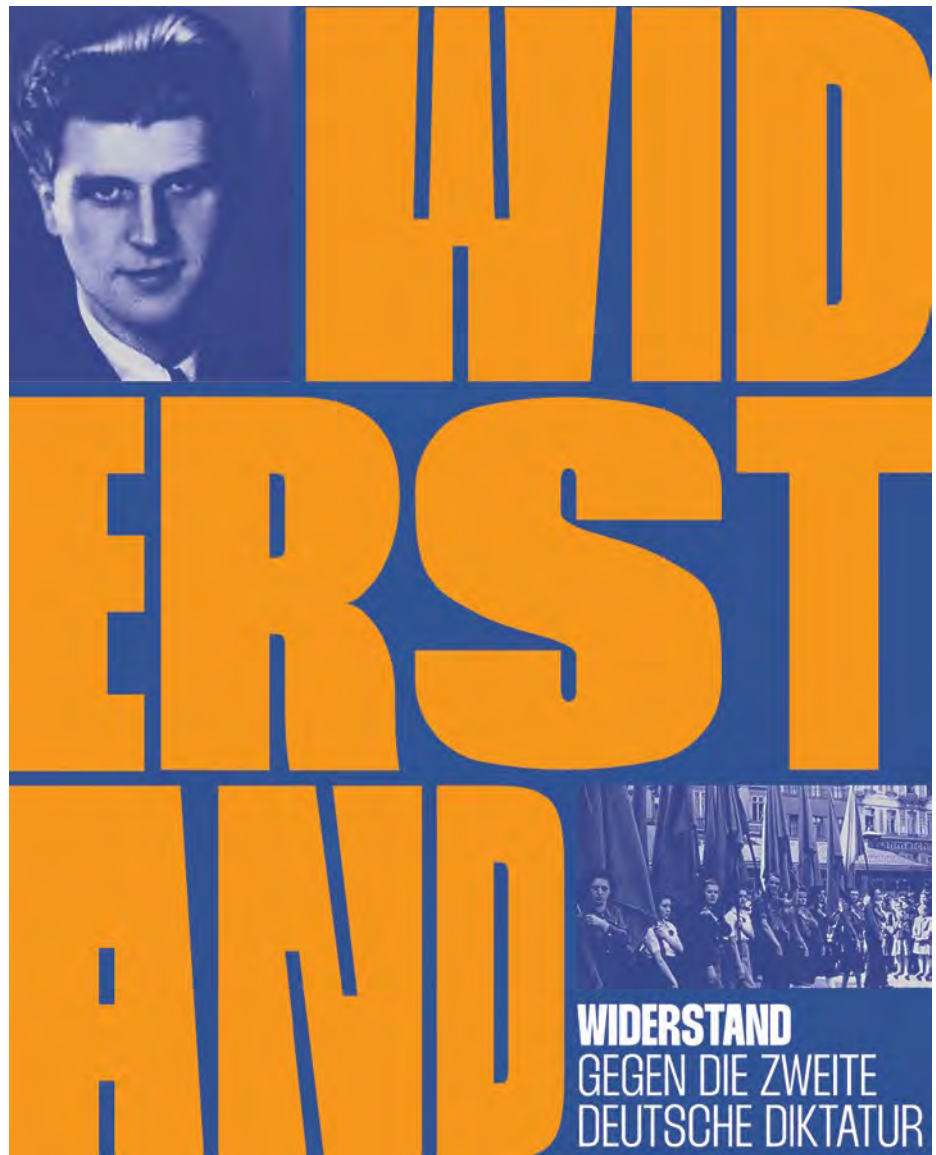
Die Taten derjenigen, die den aufrechten Gang in der zweiten deutschen Diktatur gewagt haben, ähneln denen derjenigen, die gegen den Nationalsozialismus aufbegehrten. Die Bedeutung des Gedenkens an den deutschen Widerstand in beiden Diktaturen liegt in der Identifikation mit den handelnden Personen. Denn um unsere Demokratie zu schützen, braucht es auch heute noch Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für sie einsetzen und verantwortlich handeln.

Wenn die Menschen im wiedervereinigten Deutschland gemeinsam ihre Zukunft gestalten wollen, braucht es ein gemeinsames Interesse und gleiche Ziele. Differenzen bei der Bewertung aktueller geopolitischer Prozesse werden aber gerade mit Bezug auf die trennenden 44 Jahre und die unterschiedlichen Erfahrungen seit Ende des Zweiten Weltkriegs begründet. Ein allgemeines Zukunftsbild von unserem Land entsteht erst, wenn wir gemeinsam Verantwortung für die Vergangenheit übernehmen.

Die Auseinandersetzung mit den Prägungen der Vergangenheit ist auch hilfreich, um gegen die Instrumentalisierung der Geschichte, gegen Polarisierung und Populismus vorzugehen. Denn Erinnerungen bilden sich nicht nur aus objektiven Daten, sondern aus der erlebten Geschichte. Sie beinhaltet die Narrative derjenigen, die in unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Räumen leben.

In dem sogenannten »Belter-Projekt« bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung bundesweit vom 5. Oktober 2025, dem Tag der Flugblattaktion Herbert Belters vor 75 Jahren, bis zum 28. April 2026, dem historischen Datum seiner Hinrichtung 1951 in Moskau, Veranstaltungen an. Sie werden auf der Homepage sichtbar und firmieren unter einem gemeinsamen Logo.

Das Projekt startete mit der Veranstaltung zur Erinnerung an die Flugblattaktion am 27. Oktober 2025 im Paulinum der Universität Leipzig. Rednerinnen und Redner des Auftaktes waren die Rektorin der Universität, Prof. Inés Obergfell, der Präsident des Sächsischen Landtages, Alexander Dierks, und der Schriftsteller Marko Martin. Sie hoben die Bedeutung dieses Aktes der Zivilcourage mit seinen desaströsen Folgen für Herbert Belter hervor. Ein weiterer Höhepunkt des Projektes ist die Veranstaltung zu Ehren von Jürgen Fuchs, dem Schriftsteller aus Reichenbach, der in Jena studierte, im Rahmen der Biermann-Ausbürgerung



von der Stasi verhaftet und ebenfalls ausgewiesen wurde. Seine Person bündelte in der späteren DDR die intellektuelle Szene der DDR-Opposition. Ihm zu Ehren und aus Anlass seines 75. Geburtstages – Fuchs ist 48-jährig verstorben – redeten und diskutierten am 3. Dezember 2025 auf Einladung des Politischen Bildungsforums Berlin in unserer Akademie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, der Liedermacher Wolf Biermann und der Schriftsteller Marko Martin miteinander.

Vor dem Hintergrund der Brutalität des DDR-Regimes, das die zweite deutsche Diktatur von Beginn an mit voller Härte durchsetzte, waren die friedliche Revolution und die deutsche Wiedervereinigung ein Wunder, das sich tief im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland verankert hat. Die Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn ist ein zentraler Ankerpunkt der Stiftung geworden. Seit 2018 firmiert sie unter dem Titel »Bonner Forum zur Einheit. Deutschland und Europa«. Historische Vorläufer sind die »Wasserwerk-Gespräche«, bezogen auf den provisorischen Parlamentssitz (1986–1992). Heute begrüßen

wir im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages jährlich bis zu 1.000 Gäste zu diesem Veranstaltungsformat.

Anlässlich des 35. Jahrestags der Deutschen Einheit diskutierten die Trägerin des KAS-Literaturpreises Iris Wolff, NRW-Minister Nathanael Liminski, der Historiker Prof. Dr. Dominik Geppert sowie die Journalistin Marion Sendker über neue Welt(un)ordnungen, die Durchsetzungskraft autoritärer Systeme, die gesellschaftliche Polarisierung und über Handels- und Wirtschaftskonflikte. Prof. Dr. Norbert Lammert hielt in seiner Begrüßung fest, dass die Deutsche Einheit die segensreiche Folge eines konsequenten Festhaltens an der Westbindung und der Absage an die deutsche Schaukelpolitik früherer Zeit ist.

Die Politik muss sich daran gewöhnen, in der Welt der hard facts notwendige Entscheidungen zu treffen, die Mut, Geschlossenheit und einen aufrechten Gang erfordern.

» ... es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche«

Interview mit Stefan Marx, Referent des Schriftgutarchivs

2025 erschienen die Protokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR in zwei Teilbänden in der Reihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte*. Sie stellen eine zentrale Quelle christlich-demokratischer Politik im Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands dar. Im Interview nimmt uns Stefan Marx, Bearbeiter der Bände, mit auf eine Zeitreise in die letzten Tage der DDR.



Stefan Marx,
Referent Schriftgutarchiv.

— Geführt von Christiane Stahr

Am 18. März 1990 finden die ersten und zugleich letzten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt. Die »Allianz für Deutschland«, in der sich die CDU der DDR, der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU) zusammengefunden haben, verpasst nur knapp die absolute Mehrheit. Welche Gründe sind hierfür ausschlaggebend?

Bei einer in der deutschen Parlamentsgeschichte beispiellosen Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent entfallen 48,0 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die drei Allianzparteien. Die Allianzparteien werben für die schnelle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23, verbunden mit der Forderung nach Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und der Absage an alle sozialistischen Experimente. Erhebliche Unterstützung erfährt die »Allianz für Deutschland« von Helmut Kohl. Mit dem Bundeskanzler wird nicht nur auf Wahlplakaten und Flugblättern und in der Wahlkampfzeitung geworben, auch die Fernsehspots in der DDR fokussieren sich auf ihn und seine Botschaft einer schnellen Wiedervereinigung.

Der Ausgang der Volkskammerwahl enthält eine eindeutige Botschaft: Die Menschen in der DDR wünschen sich eine schnelle Wiedervereinigung. Wie sehen die Reaktionen der Wahlsieger auf das Votum vom 18. März 1990 aus?

Lothar de Maizière, der Vorsitzende und Spitzenkandidat der CDU, ist sich der Größe der Aufgabe bewusst. In der konstituierenden Sitzung der CDU/DA-Fraktion am 27. März 1990 spricht er von »einer historischen Dimension«, denn »es geht nicht einfach um Regierungswechsel, sondern es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche, einer Gesellschaftsformation – ein Prozess, der normalerweise Jahrzehnte, Jahrhunderte in Anspruch nimmt, der jetzt aber nach der Vorstellung vieler Wähler in ein paar Wochen vorstattgehen soll«. Dabei liegt die Verantwortung für das weitere Geschehen in der DDR und insbesondere für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands auf den Schultern der CDU/DA-Fraktion. Die Protokolle dieser Fraktion sind eine zentrale Quelle christlich-demokratischer Politik im Jahr der Wiedervereinigung auf der parlamentarischen Ebene. Ihr besonderer Quellenwert wird dadurch unterstrichen, dass von den Fraktionen in der 10. Wahlperiode allein für die Sitzungen der CDU/DA-Fraktion Wortprotokolle vorliegen.

Welche Themen stehen auf der Tagesordnung der CDU/DA-Fraktion und wie fällt die Bilanz der Volkskammer 1990 insgesamt aus?

Das Ziel einer möglichst schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik vor Augen stehen die beiden Staatsverträge – der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands – im Zentrum der inhaltlichen Arbeit der Fraktion und der Volkskammer.

Die Arbeit, die die Volkskammer in ihrer 10. Wahlperiode leistet, ist beeindruckend. Seit ihrer Konstituierung am 5. April 1990 verabschiedet die Volkskammer 164 Gesetze, fasst 93 Beschlüsse und ebnet damit parlamentarisch den Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die mit dem 3. Oktober 1990 vollzogen wird. Die Edition der Sitzungsprotokolle der CDU/DA-Fraktion hat neben ihrer besonderen geschichtswissenschaftlichen Bedeutung auch eine politische Dimension. Es geht um die Wertschätzung der Arbeit der Volkskammer 1990.



Wie ist der Beitrag der CDU/DA-Fraktion zur erfolgreichen Arbeit der Volkskammer einzuordnen?

Die CDU/DA-Fraktion wird ihrer Verantwortung als stärkste politische Kraft gerecht und bleibt bis zum Schluss in der Regierungsverantwortung. Im Sommer 1990 zerbricht die Große Koalition, die die Parteien der »Allianz für Deutschland« mit der SPD und den im Bund Freier Demokraten zusammengeschlossenen liberalen Parteien nach den Wahlen vom 18. März 1990 gebildet haben. Seit Mitte August 1990 trägt die CDU/DA-Fraktion gemeinsam mit der DSU-Fraktion eine Minderheitsregierung. Die Verhandlungen zum Einigungsvertrag sind noch nicht beendet, geschweige denn eine Mehrheit in der Volkskammer für das noch abschließend zu verhandelnde Vertragswerk organisiert. Dass der Prozess der Wiedervereinigung dennoch erfolgreich abgeschlossen wird, daran ist – und hier kann Paul Krüger, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer, nur zugestimmt werden – die CDU/DA-Fraktion »sowohl als stärkste Fraktion der Volkskammer als auch durch ihre unmittelbare Arbeit im Rahmen der Regierung weit überproportional beteiligt«.

MEHR ZUM THEMA:

Publikation Protokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR:

kas.de/protokolle-cdu/da-fraktion-1990

Auf den Spuren Konrad Adenauers am Comer See

Ein digitaler Stelenrundgang in Cadenabbia lässt die Aufenthalte Konrad Adenauers lebendig werden: Ein gemeinsames Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Villa La Collina, gefördert von der Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung, macht historische Orte durch QR-Codes mit spannenden Infos und Bildern erlebbar. Die Einweihung des Rundgangs fand im Sommer 2025 statt.



Konrad Adenauer auf dem Gelände der Villa La Collina.

— Von Philip Rosin

Achtzehnmal verbrachte Konrad Adenauer zwischen 1957 und 1966 seinen Urlaub im norditalienischen Cadenabbia, davon vierzehnmal in der Villa La Collina, die heute als Ort von Tagungen, Seminaren und politischen Gesprächen für die Konrad-Adenauer-Stiftung dient. Entsprechend hob Heiner Enterich, Geschäftsführer der Villa La Collina und der Accademia Konrad Adenauer, in seiner Einführung die Bedeutung des Ortes als internationale Begegnungsstätte hervor. An diesen Gedanken schloss Frau Generalkonsulin Susanne Welter vom deutschen Generalkonsulat in Mailand in ihrem Grußwort an. Sie würdigte die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien im europäischen Integrationsprozess, beginnend mit Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi. Cadenabbia stehe in dieser Tradition und sei ein wichtiger Ort der deutsch-italienischen Begegnung, gerade in einer Zeit, in der die europäische Einigung gar wieder in Frage gestellt werde und auch die nationalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer wieder vor Herausforderungen stünden.



Eine Reise in Adenauers Vergangenheit

Diese skizzierte historische Bedeutung Cadenabbias wachzurufen und die Erinnerung an Adenauers Aufenthalte den Besucherinnen und Besuchern vor Ort noch sichtbarer vor Augen zu führen – diese Absicht verfolgt ein von der Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung gefördertes Projekt, das gemeinsam von der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Villa La Collina im wahrsten Sinne des Wortes in Szene gesetzt worden ist. An acht passenden Orten auf dem Gelände wurden Stelen aufgestellt. Über einen auf diesen Stelen angebrachten QR-Code können wissenswerte, aber auch kuriose und ungewöhnliche Fakten über die Aufenthalte Adenauers in seinem norditalienischen »Arkadien« in Deutsch, Englisch und Italienisch abgerufen werden. Ergänzt sind diese Informationen mit teils ikonischen, teils aber auch unbekannten Fotos und Karikaturen.

Die feierliche Einweihung des digitalen Stelenrundgangs fand im Juni 2025 in Cadenabbia in Anwesenheit von zahlreichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlamentes statt, die parallel an diesem Wochenende im Rahmen des sogenannten Planungsausschusses über die internationale Arbeit der Stiftung berieten. Anwesend waren neben dem langjährigen örtlichen Schuster, der als Zeitzeuge Adenauer noch erlebt hatte, auch zahlreiche Personen der örtlichen Prominenz, darunter der Bürgermeister der Gemeinde Griante-Cadenabbia, Pietro Ortelli.



Der historische Rundgang besteht aus acht Stationen, jeweils markiert durch eine Stele mit QR-Code.

Cadenabbia als authentischer Erinnerungsort

In seiner Einführung erläuterte Dr. Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung WD/ACDP, nicht nur den Stelenrundgang und seine Besonderheiten, sondern wies darauf hin, dass die Idee im Bewusstsein der Tatsache entstanden sei, dass die Villa La Collina neben dem Wohnhaus in Rhöndorf der zweite große authentische Erinnerungsort an Adenauer sei und eine stärkere Betonung der historischen Zusammenhänge erfordere. Man begegne ihm über den Rundgang nun sehr lebendig als Natur- und Gartenliebhaber, Boccia-Spieler, aber eben auch als Regierungschef im »Ersatzkanzleramt« Villa La Collina.

Im Zusammenhang mit der Förderung durch die Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung erinnerte Borchard auch an deren kürzlich verstorbenen Namensgeber, der neben seiner bedeutsamen Rolle als Ministerpräsident in zwei verschiedenen Bundesländern auch als zweimaliger Vorsitzender sowie Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in Erinnerung bleibt und bereits früh auf die oftmals unterschätzte historische Bedeutung Cadenabbias hingewiesen hatte: »Es wird leicht übersehen, dass entscheidende Wegmarken der späten Adenauer-Ära in Cadenabbia ersonnen oder gesetzt worden sind, dass die Cadenabbia-Aufenthalte ebendiesen Jahren zugehören, da Adenauer als der große alte Mann des Westens galt.«

Bettina Adenauer teilte in ihrem Vortrag ihre persönlichen Erinnerungen an ihren Großvater, dem die Familie besonders wichtig war. An das Zitat Bernhard Vogels anschließend, wies sie auf wichtige politische Bezüge während Adenauers Cadenabbia-Aufenthalten hin, etwa auf die Tatsache, dass die Vorbereitung auf die bahnbrechende erste Begegnung mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Lothringen im Sommer 1958 hier stattgefunden habe. Auch Bettina Adenauer betonte nochmals, wie sehr sich Bernhard Vogel für die Villa La Collina und ihre Weiterentwicklung eingesetzt habe und wie groß der Verlust sei. Umso mehr sei der Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung zu danken. Diesem Dank schloss sich auch der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, ausdrücklich an.

MEHR ZUM THEMA:

Historischer Rundgang (auch digital erlebbar):
kas.de/villa-la-collina

KAPITEL

5

BESONDERE JAHRES- TAGE

60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Anlässlich des Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel standen die besonderen bilateralen Beziehungen der beiden Länder im Fokus der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2025.

— Von Marcel Serr

»Die Versöhnung herbeizuführen, mit Israel und mit dem gesamten Judentum der Welt. Das war mein vornehmstes Anliegen aus dem Gefühl einer tiefen inneren Verpflichtung heraus, auch aus dem Gefühl heraus, dass die Menschheit gerade doch dem Judentum so viel verdankt auf allen Gebieten des menschlichen Geistes und auf dem Gebiete der Religion«, hat Konrad Adenauer bei seiner Rede aus Anlass der Verleihung der Ehrendoktorwürde des Weizmann-Instituts in Rechovot 1966 betont. Auch wenn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel nicht in der Regierungszeit von Adenauer erfolgte, sondern unter seinem Nachfolger Ludwig Erhard, so war der erste Bundeskanzler doch maßgeblich daran beteiligt. Es ist vor allem seiner vertrauensbildenden Beziehung zu Israels legendärem Staatsgründer und erstem Premierminister David Ben-Gurion zu verdanken, dass sich die beiden Länder vorsichtig annähernten – nach den grausamen Verbrechen, die die Deutschen an dem jüdischen Volk begangen hatten.

Das sechzigste Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Jahr 2025 wäre ein Anlass zu freudigen Feiern gewesen. Doch der barbarische Angriff palästinensischer Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 hat jegliche Feierstimmung zunichte gemacht. Über 1.200 Menschen wurden ermordet; über 250 Geiseln, darunter auch Deutsche, wurden in den Gazastreifen verschleppt. Israel sah sich gezwungen, neben dem Kampf gegen die Terroristen in Gaza auch gegen die Hisbollah im Libanon, iranische Stellvertreter in Syrien und

»Jetzt galt es für die Freunde Israels, an dessen Seite zu stehen und Flagge zu zeigen.«

Jemen sowie in einem direkten Schlagabtausch gegen das Regime in Teheran vorzugehen. Es folgte ein Aufflammen antisemitischer und antiisraelischer Aktivitäten in weiten Teilen der Welt, auch auf deutschen Straßen. Jetzt galt es für die Freunde Israels, an dessen Seite zu stehen und Flagge zu zeigen, wie das die Konrad-Adenauer-Stiftung auch schon in den letzten Jahren getan hat.

Im Lichte dieser bedrückenden Entwicklungen hat die Stiftung die deutsch-israelischen Beziehungen gewürdigt. So engagierten sich das Auslandsbüro Israel und die Regionalabteilung bei der Durchführung zweier Berlinbesuche von Angehörigen deutscher Geiseln in den Händen der Hamas, um deren Schicksal in der deutschen Öffentlichkeit und auch bei politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern wachzuhalten.



Bei der Festveranstaltung am 16. Oktober 2025 in Berlin war eine Delegation aus Israel zu Besuch. V. l. n. r.: Johannes Volkmann MdB, Oded Forer MK, Botschafter Ron Prosor, Michal Shir MK, Vizeaußenministerin Sharren Haskel, Prof. Dr. Norbert Lammert, Boaz Bismuth MK, Jürgen Hardt MdB, Staatsminister Florian Hahn MdB.

Unter dem Eindruck der sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen, denen Israel begegnen muss, widmete sich eine Fachkonferenz am 22. Mai unter Beisein von Armin Laschet MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, und Thomas Röwekamp MdB, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, den verteidigungspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Zu Gast war dabei auch eine Delegation aus Israel.

Darüber hinaus fand das ganze Jahr hindurch ein intensives Dialogprogramm statt. So konnten unter anderem Thomas Röwekamp MdB, Roland Theis MdB, Dr. Hendrik Hoppenstedt MdB und Hermann Gröhe, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, Eindrücke vor Ort in Israel sammeln. Im Oktober richtete das Israel-Büro den Besuch einer hochrangigen Delegation von israelischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern in Essen, Eschborn, Wiesbaden und Frankfurt/Main aus. Auch der israelische Außenminister Gideon Sa'ar besuchte eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte Gesprächsrunde.

Zum Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, dem 12. Mai, besuchte der Stiftungsvorsitzende Prof. Dr. Norbert Lammert Israel und eröffnete dabei die Freiluftausstellung »Die unmögliche Freundschaft – Konrad Adenauer und David Ben-Gurion« des Künstlers Amit Shimoni auf dem Ben-Gurion-Boulevard in Tel Aviv. Die Ausstellung, die später im Rahmen von weiteren Veranstaltungen in Haifa, Herzliya, Beer Scheva und Berlin gezeigt

wurde, zelebriert das wegweisende Wirken der beiden Staatsmänner im Kontext der historischen Ereignisse. Die stellvertretende israelische Außenministerin Sharren Haskel unterstrich in ihrer Rede die Rolle des Jugendaustauschs und des Dialogs mit den folgenden Generationen für den weiteren Ausbau dieser Beziehungen mit den Worten: »Unsere Zukunft liegt in der Jugend.«

Anknüpfend daran ging es bei einer Festveranstaltung am 16. Oktober in Berlin auch im Beisein von Haskel darum, junge Menschen in Deutschland für die Bedeutung der langjährigen und bewährten deutsch-israelischen Freundschaft zu begeistern, um sie lebendig zu halten und weiterzuentwickeln. Mit Blick auf den von US-Präsident Donald Trump verhandelten Waffenstillstand im Krieg gegen die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen, die Freilassung der noch lebenden israelischen Geiseln und die angestoßenen Friedensverhandlungen betonte Norbert Lammert, »dass Deutschland ein verlässlicher Partner Israels auch und gerade auf der jetzt bevorstehenden weiteren Strecke der Sicherung des Friedens und der Herstellung von für alle verträglichen, erträglichen, friedlichen Verhältnissen sein wird«. Dabei unterstrich er, »dass die Konrad-Adenauer-Stiftung sich dieser Aufgabe in besonderer Weise verpflichtet fühlt«. So werden die deutsch-israelischen Beziehungen auch jenseits des Jubiläumsjahres weiterhin eine gewichtige Rolle in unserer Arbeit spielen.

70 Jahre Politische Bildung

2025 feierte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ihr 70-jähriges Bestehen. 70 Jahre Politische Bildung sind sieben Jahrzehnte erfolgreiches Engagement für Demokratie, Teilhabe, Zusammenhalt und kritisches Denken.

— Von Christian Schleicher und Carolin Unger



Geburtstage sind ein guter Moment zum Innehalten, zur Rückschau auf das Erreichte, aber auch um einen Blick nach vorne zu werfen, sich neuen Herausforderungen zu stellen und neue Ziele zu setzen.

Die Politische Bildung vermittelt nicht nur Kenntnisse über verfassungsrechtliche Grundlagen unserer Demokratie, sondern auch Werte, gibt Orientierung und will zum eigenen Handeln und Engagement der Bürgerinnen und Bürger ermutigen und befähigen. Die politische Bildung steht als Kernkompetenz für das, was die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ausmacht. Aus ihr heraus haben sich die vielfältigen Tätigkeitsfelder der Stiftung entwickelt, seit im Jahr 1955 im Schloss Eichholz mit der »Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit« der Vorläufer der Konrad-Adenauer-Stiftung gegründet wurde.

In den 70 Jahren erreichten wir mit unseren zahlreichen Bildungsmaßnahmen, zu denen unter anderem Seminare, Vorträge, Konferenzen, Ausstellungen, aber auch Exkursionen, Planspiele, Jugendpolitiktage, aufsuchende Bildungsformate und seit einigen Jahren auch Online-Angebote zählen, rund sieben Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Rechtzeitig zum »Tag der KAS« erschien die Publikation *Siebzig Jahre Politische Bildung*. In diesem »Geburtstagsband« beleuchten unterschiedliche Autorinnen und Autoren die Facetten unserer Arbeit:

- eine aktuelle Positionsbestimmung politischer Bildungsarbeit
- die politische Bildung in Ostdeutschland
- den Wandel hin zu regionalen Bildungsstrukturen und -formaten
- digitale Bildungsstrategien
- die Bedeutung von Teilhabe und Vernetzung in der politischen Bildung

SIEBZIG JAHRE POLITISCHE BILDUNG

GRÜNDUNG UND AUFBAU

1955

Gründungsjahr – Beginn der politischen Bildungsarbeit in Schloss Eichholz

Gründung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ in Bonn als Vorläufer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zu den Gründern gehörten CDU-Politiker wie Bruno Heck, der später erster Vorsitzender wurde. Zwei Tage nach der Gründung erwarb der Verein Schloss Eichholz (bei Wesseling) als zentrale Bildungsstätte.

1957

Feierliche Eröffnung – Konrad Adenauer weist die Bildungsstätte Schloss Eichholz ein

Bundeskanzler Konrad Adenauer eröffnete am 12. April 1957 feierlich die Bildungsstätte Schloss Eichholz. Schloss Eichholz wurde damit zum ersten Tagungs- und Schulungs-ort der KAS (ab 28. April 1958 unter „Politische Akademie Eichholz“ firmierend). In den Seminaren wurden demokratische Staatsbürgerkompetenzen und europäische Einigungsfragen behandelt.

1964

Gründung des Instituts für Kommunalwissenschaften

Einrichtung des Instituts für Kommunalwissenschaften (IKW) zur systematischen kommunalpolitischen Bildung in Schloss Eichholz. Heute bildet die Kommunalakademie die kommunalpolitischen Akademiaren der Politischen Bildung.

1964

Bildung vor Ort – der Aufbau regionaler Außenstellen beginnt

Ab 1971 dezentralisierte die KAS ihre politische Bildungsarbeit und gründete erste Außenstellen in den Regionen. Den Anfang machte Dortmund (Westfalen-Lippe), gefolgt von Bonn-Bad Godesberg (1972). In den folgenden Jahren entstanden weitere Standorte in Freiburg, Mainz, Stuttgart, Marburg und Saarbrücken. Ziel war es, politische Bildung bürgernah, langfristig und themenspezifisch in den Bundesländern zu verankern.

1971

Kommunalpolitik im Fokus – Gründung des Instituts für Kommunalwissenschaften

Einrichtung des Instituts für Kommunalwissenschaften (IKW) zur systematischen kommunalpolitischen Bildung in Schloss Eichholz. Heute bildet die Kommunalakademie die kommunalpolitischen Akademiaren der Politischen Bildung.

1976

AUSBAU UND DIVERSIFIZIERUNG

1976

Neuer Hauptsitz – Zusammenführung der Institute in St. Augustin

Bis Ende 1976 zogen alle Institute der Stiftung in den Neubau in der Rathausallee in St. Augustin. Damit wurden die dezentralen Abteilungen unter einem Dach zusammengeführt, während die Politische Bildung weiter ihren Sitz in Schloss Eichholz hatte.

1977

Reorganisation – Bildung, Forschung und Beratung werden neu strukturiert

Konsolidierung der internen Struktur: Die zuvor sieben Institute wurden in fünf Arbeitsbereiche zusammengefasst (Politische Bildung, Forschung & Beratung, Wissenschaftliche Dienste inkl. Archiv und Begabtenförderung, Internationale Zusammenarbeit, Verwaltung). Die KAS professionalisierte damit ihre Bildungs- und Forschungsarbeit.

1979

Einheit und Neuausrichtung

1979

Erweiterung Ost – nach dem Mauerfall beginnt die Bildungsarbeit in den neuen Ländern

Wiedervereinigung und Ost-Erweiterung: Unter dem neuen Vorsitzenden Bernhard Vogel (seit 1980) verfolgte die Stiftung viele Neuausrichtungen. Bereits am 10. November 1989 feierte die KAS ihren 34. Geburtstag (Tag nach Mauerfall) – eröffnete sie ihr erstes Büro in Polen. Ab Februar 1990 werden Büros in Leipzig, Rostock, Erfurt und Berlin eröffnet.

1992/1993

Die Hermann-Ehlers-Bildungswerke werden Teil der KAS

Anfang der 1990er Jahre übernahm die KAS die Bildungswerke der Hermann-Ehlers-Stiftung. Mit den Standorten Hannover, Osnabrück, Oldenburg, Bremen und Hamburg führte sie deren erfolgreiche Arbeit weiter und baute die politische Bildungsarbeit im Norden Deutschlands aus.

1997

Neues Bildungszentrum – Eröffnung von Schloss Wendgraben, Sachsen-Anhalt

Nach umfangreicher Sanierung eröffnete die KAS im Jahr 1997 das Bildungszentrum Schloss Wendgraben in Sachsen-Anhalt. Das historische Gutshaus aus dem 18. Jahrhundert wurde zu einem modernen Tagungs- und Bildungszentrum umgebaut. Damit stärkte die KAS ihre Präsenz in den neuen Bundesländern und setzte ein deutliches Zeichen für politische Bildung im ländlichen Raum Ostdeutschlands.

1998

Berlin wird Bühne – Eröffnung der Akademie in der Hauptstadt

Mit Fertigstellung eines neuen dreistöckigen Veranstaltungsgeläudes in der Tiergartenstraße baute die Stiftung ihre Präsenz in der Hauptstadt aus. Das Haus bietet seitdem Raum für politische Bildungsveranstaltungen und hat sich als bundesweites Forum für den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft etabliert – ein Ort, der Politik verständlich macht.

2002

Politische Kommunikation – Professionalisierung des Handwerks

Mit der Etablierung einer Abteilung für Politische Kommunikation trägt die Politische Bildung den wachsenden Professionalisierungsanforderungen in der Politik Rechnung. Die Internationale Konferenz für Politische Kommunikation (IKPK) nutzt das internationale Netzwerk der Stiftung. Die Internationale Konferenz für Politische Kommunikation (IKPK) nutzt das internationale Netzwerk der Stiftung. Die Internationale Konferenz für Politische Kommunikation (IKPK) nutzt das internationale Netzwerk der Stiftung.

2004

Verankert in den Landeshauptstädten – ansprechbar und gut vernetzt

Der Vorstand verabschiedete das Landes-

hauptstadt-konzept, das eine stärkere Verankerung der Bildungswerke in den gesellschaftlichen und politischen Netzwerken der Landeshauptstädte einleitet. Leiter der Bildungswerke sind nicht nur Ansprechpartner für Angebote der politischen Bildung, sondern repräsentieren auch die Stiftung in den Bundesländern.

2013

Regionalisierung als Strategie – Landesbeauftragte als Seismografen

Das strukturierte Element der Politischen Bildung ist ab 2015 das Politische Bildungsforum und in den großen Bundesländern zusätzlich Regionalbüros. Die Leiter der Bildungsforen werden zu Landesbeauftragten. Sie sind Ansprechpartner für alle Fragen zur Stiftungszugang, agieren als Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen und gesellschaftliche Netzwerke in ihrem Bundesland.

2015

Stabilität stärken – Aufblühende politische Bildung

In den letzten Jahren entstanden vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Polarisierung Formate der aufbauenden, dialogorientierten Bildung – wie der Demokratiebus oder die „Dorflebe“. Begegnungsräume außerhalb klassischer Bildungs-orte – auf Volkfesten, Marktplätzen oder in Ausbildungsstätten –, die Teilhabe ermöglichen. Die Politische Bildung sucht den Dialog über aktuelle politische Fragen, die Chancen unserer Gesellschaft und die Zukunft unserer Demokratie.

2020

Kreativität statt Krise – digital im Lockdown

In Zeiten der Pandemie zeigte die Politische

Einen breiten Raum nahm die Würdigung des Jubiläums im Rahmen des »Tags der Konrad-Adenauer-Stiftung« am 8. Oktober ein, der unter dem Motto »Welt in Unordnung?! 70 Jahre Politische Bildung – Unsere Demokratie. Unsere Verantwortung. Unsere Zukunft« stand und der Frage nachging, wie Demokratie in Zeiten des Wandels lebendig bleibt. Von jungen Stimmen am Vormittag bis zu politischen Reflexionen am Nachmittag und Abend spannte sich ein Tag, an dem Verantwortung, Dialog und Erkenntnisgewinn im Mittelpunkt standen. In Diskussionen und Begegnungen zeigte sich, dass politische Bildung kein abgeschlossener Auftrag ist, sondern eine bleibende Aufgabe. In mehreren Räumen der Akademie präsentierte die Politische Bildung ihre Geschichte und ihre breite Angebotspalette. So war unter anderem die neugestaltete Ausstellung »Der untergegangene Staat – Alltag und Leben in der DDR« zu sehen.

Prof. Dr. Norbert Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, erinnerte daran, dass auch die politische Bildung selbst Teil eines Wandels sei. »Wir feiern in diesem Jahr ein bedeutendes Jubiläum – siebenzig Jahre Politische Bildung«, sagte er. »Doch bei aller berechtigten Begeisterung liegt auch ein melancholischer Schatten über diesem Anlass, der uns die Frage aufgibt: Was müssen wir künftig anders machen?«

Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprach von Mut und Tatkraft. »Die Tat macht stärker als die Angst schwach«, betonte sie. Politische Bildung müsse Menschen befähigen, Verantwortung zu übernehmen – nicht als Pflicht, sondern als Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung, hob hervor, dass politische Bildung immer ein »Kaleidoskop von Veränderungen« gewesen sei – ein Prozess, der sich mit jeder neuen gesellschaftlichen Lage anpasse. »Wir

müssen etwas bieten und etwas vermitteln, ohne zeitgeistig zu sein«, sagte sie. Sie sprach außerdem von der Notwendigkeit, Menschen dort zu begegnen, wo sie stehen, und betonte, dass Vertrauen in die Demokratie durch reale Begegnungen entstehe.

Zum Abschluss des Tages betonte Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages: »Unsere Demokratie mag bedroht sein, doch sie ist nicht wehrlos« – ein Satz, der im Saal nachhallte. Zu den Bedrohungen unserer Demokratie formulierte Klöckner eine These: »Die Demokratie ist gefordert in ihrem Narrativ und sie braucht ein wiederbelebtes Narrativ.« Um das zu erreichen, präsentierte sie anschließend fünf Vorschläge: die Debattenkultur stärken, Blockbildung durchbrechen, Pragmatismus liefern, Kommunikation verbessern und politisch bilden.

So endete der »Tag der KAS« 2025 mit einem Blick nach vorn: Siebzig Jahre Politische Bildung sind Anlass zum Feiern – und zugleich Erinnerung daran, dass Demokratie keine abgeschlossene Errungenschaft, sondern eine gemeinsame Lernaufgabe ist, die niemals endet.

Die Demokratie steht heute vor so offensichtlichen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen wie kaum zuvor. Umso wichtiger ist politische Bildung – jetzt und in den kommenden Jahren.

75 Jahre CDU Deutschlands und 80 Jahre CDU

Am 2. Juli 2025 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem besonderen Jubiläum in ihre Berliner Akademie ein: 80 Jahre nach dem Gründungsauftrag der CDU wurde an eine Partei erinnert, die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervorging und Deutschlands Politik und Gesellschaft über Jahrzehnte prägte. Der Abend verband historische Rückschau, politikwissenschaftliche Analyse und aktuelle Standortbestimmung, getragen vom Geist der Verantwortung, der schon 1945 die Gründergeneration einte.

— Von Christoph Bors und Joachim Klose

»Unsere drei Säulen – konservativ, liberal und sozial – müssen uns weiter tragen.«

In Verantwortung für Deutschland – 80 Jahre CDU in Berlin

Dr. Mark Speich, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, erinnerte an CDU-Mitbegründer Andreas Hermes, der 1945 den Anspruch formulierte, »unserem Volke die unveräußerliche Grundlage christlicher Ethik zu erhalten«. Mit dem überkonfessionellen Ansatz und dem »C« im Namen sei die Kluft zwischen Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten überwunden worden – ein Gedanke, der bis heute trägt. Speich betonte, dass auch 2025 große Herausforderungen ein Rückbesinnen auf die Gründungsintentionen erforderten.

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, würdigte die 35 Gründungsmitglieder, die 1945 auf Basis

des christlichen Menschenbildes einen demokratischen Neuanfang wagten. Ihr Aufruf zu einem rechtsstaatlichen und weltoffenen Deutschland gelte bis heute. Die CDU-Mitglieder gäben Orientierung, suchten Maß und Mitte und stifteten Stabilität. Die CDU bleibe die Volkspartei der Mitte.

In ihrer Keynote erinnerte Dr. Julia Reuschenbach an prägende Momente der CDU-Geschichte: Westbindung, Wirtschaftswunder, Wiedervereinigung. Stets habe die Union Verantwortung übernommen. Heute müsse sie ihr soziales Kapital nutzen, programmatisch werden und der Mitte ein klares Angebot machen. »Unsere drei Säulen – konservativ, liberal und sozial – müssen uns weiter tragen.«

In der Gesprächsrunde »Wandelnde Wählerschaft, wandelnde Christdemokratie?« diskutierten Eberhard Diepgen, Dr. Ottilie Klein und Dr. Reuschenbach über die programmatische Erneuerung. Diepgen plädierte für verständliche Antworten, die gesellschaftliche Gruppen verbinden. Klein hob hervor, dass die CDU gerade in Berlin soziale Themen wie Kinderarmut und Obdachlosigkeit entschlossen angehe. »Die CDU lebt von engagierten Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, die sich für eine gemeinsame Sache einsetzen, und auf uns kommt es gerade jetzt an, wo die politischen Ränder stärker werden.«

Das Fazit: Die CDU müsse ihre konservativen, liberalen und sozialen Säulen neu ausbalancieren, um auch künftig Volkspartei der Mitte zu bleiben.



V. l. n. r.: Dr. Joachim Klose, Leiter Politisches Bildungsforum Berlin; Dr. Ottilie Klein MdB, Generalsekretärin der CDU Berlin; Dr. Mark Speich, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung; Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin; Eberhard Diepgen, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin; Dr. Julia Reuschenbach, Politikwissenschaftlerin.

Einigkeit und Recht und Freiheit – 75 Jahre CDU Deutschlands in Goslar

Am 5. November 2025 erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung als Ausrichter der traditionellen »Goslarer Rede« mit Festredner Carsten Linnemann MdB mit dem Titel »Einigkeit und Recht und Freiheit – Von Goslar bis heute« an das historische Ereignis der Parteigründung vor 75 Jahren.

Die durch das Politische Bildungsforum Niedersachsen organisierte »Goslarer Rede« hat seit 2011 einen festen Platz im Veranstaltungskalender der Stadt und nahm anlässlich des runden Geburtstages den Leitspruch »Einigkeit und Recht und Freiheit« des Gründungsparteitages vom 20.–22. Oktober 1950 in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Stiftungsvorsitzender Prof. Dr. Norbert Lammert begrüßte die mehr als 400 Gäste mit dem Hinweis auf den Gründungsparteitag als Ausgangspunkt für die »erfolgreichste Partei Deutschlands«, welche die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich gestaltet habe.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und Landesvorsitzende in Personalunion, Sebastian Lechner, würdigte in seinem Statement die Leistung des in Goslar zum ersten Parteivorsitzenden gewählten Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Er habe maßgeblich dazu beigetragen, den Rechtsstaat wiederherzustellen. Getragen wurde er damals von der Überzeugung, ein freies und sicheres Deutschland wiederaufzubauen.

Landesminister Sven Schulze betonte in seinem Grußwort, dass es für ihn, aus Sachsen-Anhalt, wegen der deutschen Teilung lange Zeit keine Selbstverständlichkeit gewesen sei, »in Einigkeit, Recht und Freiheit zu leben«. Die CDU habe wesentlich dazu beigetragen, diesen Zustand der Unfreiheit zu ändern. Grundlagen wie beispielsweise die deutsche Westbindung wurden auch in Goslar gelegt, um vier Jahrzehnte später die Deutsche Einheit erst zu ermöglichen. Er stellte klar: »Die CDU ist federführend dafür verantwortlich, dass wir die Einheit haben.«

Für den Festredner, Generalsekretär Carsten Linnemann MdB, war »Mut« einer der zentralen Begriffe, mit denen er sich in seiner Rede auseinandersetzte. Es brauche insbesondere Mut, um politische Veränderungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Auch brauche es inspirierende Vorbilder, die den Mut zur Veränderung verkörpern. »Der gute Politiker, der muss nicht nur vieles wissen, er muss nicht nur realistisch denken, er muss überlegen können. Er muss aber auch Mut haben, dasjenige, was er als richtig erkannt hat, nun anderen zu sagen, zu vermitteln und durchzusetzen«, sagte Linnemann in Goslar.

(K)ein dauerhafter Friede?

Vor 80 Jahren am 8. Mai 1945 endete mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg und damit auch die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigte sich 2025 mit zahlreichen Publikationen und einer Fachtagung mit dem erinnerungskulturellen Erbe und den politischen Folgen des Krieges.

— Von Christine Bach und Christine Brunzel



Blick aus der Luft auf das zerstörte Berlin und das Brandenburger Tor, 1945.

Die deutsche Teilung bis 1990, Adenauers Politik der europäischen Einigung und der transatlantischen Partnerschaft, die Erinnerung an die Shoa und die daraus resultierende Solidarität mit den Jüdinnen und Juden und dem Land Israel – all dies sind Folgen des Zweiten Weltkriegs und Teile der Erinnerungskultur der Bundesrepublik. Zusammen mit der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne und der Columbia University New York widmete sich die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 29. bis 30. April in Berlin bei einer Fachtagung dem »Ende des Zweiten Weltkriegs und seinen Lehren für die Gegenwart«. Im Fokus der Vorträge und Diskussionen standen die Situation in Deutschland am Ende des Krieges sowie Fragen der geopolitischen Neuordnung nach 1945.

Prof. Dr. Jörn Leonhard (Universität Freiburg) ordnete das Kriegsende 1945 in seiner Keynote im Rahmen der Abschlussveranstaltung in den historischen Kontext ein und zog Vergleiche zu den Kriegsenden 1648, 1815 und 1919. Er erklärte, dass das Ende eines Krieges selten abrupt sei, sondern zumeist ein langfristiger Prozess. Am Ende stand die Frage im Raum, welche politischen Interessen heute einem dauerhaften und gerechten Frieden in der Ukraine entgegenstehen.

Zuvor hatten die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unter anderem über »Neue Wege der Erinnerungskultur« diskutiert. Prof. Carol Gluck (Columbia University New York) hob hervor, dass es für das Lernen aus der Geschichte entscheidend sei, Fakten von subjektiven Erinnerungen zu unterscheiden, da öffentliches Wissen heute meist aus Medien statt aus Geschichtsbüchern stamme.

Fakten zu vermitteln und Fake-News entgegenzutreten, diesem Auftrag ist auch »Geschichtsbewusst«, das Public-History-Portal der Konrad-Adenauer-Stiftung, verpflichtet. Hier bildete 2025 die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einen Schwerpunkt. Prof. Richard Overy, einer der führenden britischen Experten für die Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs, schilderte in einem Beitrag die Vorgeschichte und die Folgen der Bombenangriffe auf Dresden vom 13. und 14. Februar 1945. Obwohl die Angriffe heute von Völkerrechtlerinnen und Völkerrechtlern kritisch bewertet werden, trugen sie doch dazu bei, die Alliierten bei ihrem Vormarsch auf dem deutschen Staatsgebiet zu unterstützen. Dies habe zu einer schnelleren Niederlage des Deutschen Reiches und damit zu einer Vermeidung weiterer Opfer geführt, so Overy.

Mit der Relevanz des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg befasste sich die Historikerin Prof. Claudia Weber in einer Ausgabe der Publikationsreihe *Zeitgeschichte AKTUELL*. Sie argumentiert, dass wir heute aus der Nachkriegsgeschichte in mindestens zweierlei Hinsicht etwas über unsere Zeit erfahren können, nämlich »über politische Strategien totalitärer Machtergreifungen« und ebenso über die Anfälligkeit dieser Verfahren und Institutionen für totalitäre und diktatorische Absichten, die »unsere Gegenwart wieder entscheidend beeinflussen«.

Stephan Lehnstaedt, Professor für Holocaust-Studien und Jüdische Studien an der Touro University Berlin, fragte in einem Essay über den Zweiten Weltkrieg in Polen nach der Bilanz und heutigen Erinnerung an die Besatzung und die Verbrechen der Deutschen. Er beklagt das mangelnde Bewusstsein der Deutschen dafür, dass es beinahe in jeder polnischen Familie Tote, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Umsiedelte oder sonstige Opfer der deutschen Gewalt gab. Umso wichtiger sei die 2017 entstandene Initiative für den Bau eines deutsch-polnischen Hauses in Berlin, das mit einem Denkmal an die Opfer der deutschen Besatzung Polens 1939–1945 erinnern soll.

Georges-Henri Soutou (Sorbonne Universität, Paris) ordnete das Kriegsende in längerfristige Entwicklungslinien globaler Sicherheitsfragen ein. Er wies auf die seit dem 19. Jahrhundert schwelenden Nationalitäts- und Machtkonflikte auf dem europäischen Kontinent hin und merkte an, dass die Sicherung des Friedens stets nur für einen begrenzten Zeitraum gelang. Vor diesem Hintergrund sei auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zu bewerten.

Innerhalb des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg bildet die Erinnerung an die Shoa und das Bekenntnis zur Verantwortung Deutschlands für das von den Nationalsozialisten verübte Menschheitsverbrechen ein besonderes Kapitel. Ein Beitrag von Dr. Piotr M. A. Cywiński, dem Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, widmete sich der Bedeutung der Arbeit der Gedenkstätte heute. Die, mit den Worten Cywińskis, »unglaubliche Authentizität des historischen Ortes Auschwitz« ist und bleibt ein starker und absoluter Bezugspunkt für die Erinnerung. Der Besuch der Gedenkstätte regt die Menschen dazu an, »das eigene moralische Unbehagen zu spüren« und »über die eigene Verantwortung nachzudenken«.

MEHR ZUM THEMA:

»Geschichtsbewusst«:

kas.de/80-jahre-kriegsende-in-europa

Veranstaltungsbericht:

kas.de/ende-zweiter-weltkrieg-8-mai-1945

KAPITEL

6

NAMEN

DATEN

FAKTEN

Vermögensrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

Aktiva	12/31/2024 €	12/31/2023 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände, gel. Anzahlungen	373.020,00	304
Sachanlagen	44.557.065,39	46.221
Finanzanlagen	17.342,08	17
B. Sondervermögen	6.446.442,10	6.359
C. Umlaufvermögen		
Vorräte	54.165,98	51
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	2.312.432,14	2.252
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	49.124.335,35	31.152
D. Rechnungsabgrenzungsposten	209.872,88	195
Bilanzsumme	103.094.675,92	86.551

Passiva

A. Eigene Mittel	5.295.491,23	5.224
B. Rücklagen	2.942.614,43	2.392
C. Zweckgebundene Fonds	1.752.957,80	1.722
D. Zuschüsse zur Anlagenfinanzierung	44.705.714,05	46.298
E. Andere Verbindlichkeiten	27.958.530,57	23.982
F. Rechnungsabgrenzungsposten	20.439.367,84	6.933
Bilanzsumme	103.094.675,92	86.551

Dieser Jahresabschluss wurde von der Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft und bescheinigt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. veröffentlicht ihre Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung sowie den vollständigen Text der Bescheinigung der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet (www.bundesanzeiger.de).

Ertrags-/Aufwandsrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024, vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Zuwendungen und Zuschüsse	2024 €	2023 Tsd. €
Zuwendungen des Bundes	198.168.000,37	203.770
Zuwendungen der Länder und Kommunen	3.878.924,58	3.245
Sonstige Zuwendungen	6.482.187,62	6.405
	208.529.112,57	213.420
Erträge aus Fonds	434.010,07	360
Spenden	236.805,70	251
Teilnehmergebühren	1.268.749,14	1.291
Andere Einnahmen	489.715,76	613
Projektausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	113.132.229,46	119.210
Nationale Maßnahmen	34.137.456,15	34.204
	147.269.685,61	153.414
Ausgaben Fonds	189.370,69	188
Personalausgaben	50.372.901,49	49.626
Sächliche Verwaltungsausgaben	9.958.182,88	10.594
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	1.392.151,24	1.030
Zuwendungen an andere Stiftungen	1.007.687,60	997
Übrige Ausgaben	113.133,19	20
Abschreibungen auf Sachanlagen	2.625,00	3
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	652.655,54	63
Entnahmen aus Rücklagen	580.900,99	514
Einstellungen in Rücklagen	1.233.556,53	577
Ergebnis der Vermögensrechnung	0,00	0

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung der vorstehenden Jahresrechnung noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2024:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr		
Stand	31.12.2024	31.12.2023
Mitarbeitende Inland	598	641
Mitarbeitende Ausland (ohne Ortskräfte)	108	112
Insgesamt	706	753
nachrichtlich: Auszubildende	14	10

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landesparteiorgane oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 22 Mitgliedern*) (21 Mitglieder, 1 Ehrenvorsitzender) sind:	
5	Mitglieder des Deutschen Bundestages
1	Mitglied des Europäischen Parlaments
3	Mitglieder des Bundesparteiorgans
15	ohne o. a. Führungsfunktionen
*) Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.	

Gesamtübersicht

der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

Einnahmen	2026 (Soll) ¹ Tsd. €	2025 (Soll) ² Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
Bund	223.440	220.901
Länder	4.206	3.235
Sonstige	3.502	3.303
	231.148	227.439
Fonds/Spenden	388	274
Teilnehmergebühren	957	957
Sonstige Einnahmen	560	327
Einnahmen Gesamt	233.053	228.997
Ausgaben		
Projektausgaben		
Förderung von Studierenden und Graduierten	28.146	28.146
Tagungen und Seminare	7.195	6.656
Internationale Zusammenarbeit	116.587	114.222
Forschungsprojekte	669	631
Förderung von Kunst und Kultur	500	500
Sonstige Projektausgaben	2.671	2.662
	155.768	152.817
Personalausgaben (Inland)	52.802	52.445
Sächliche Verwaltungsausgaben		
Geschäftsbedarf	5.570	5.728
Gebäudeaufwand	4.494	4.379
Sonstige Verwaltungsausgaben	2.601	3.868
	12.665	13.975
Übrige Ausgaben	10.388	8.202
Ausgaben für Investitionen	1.430	1.558
Ausgaben Gesamt	233.053	228.997

¹ Entwurf Haushalt 2026, Stand vom 13. November 2025, ² Entwurf Haushalt 2025, Stand vom 4. September 2025

Angaben nach dem Stiftungsfinanzierungsgesetz (StiftFinG)
Gemäß § 6 des StiftFinG sind die politischen Stiftungen aus Transparenzgründen verpflichtet Spenderinnen und Spender aufzuführen, die im Laufe eines Jahres im Einzelfall oder kumulativ Spenden geleistet haben, die einen Betrag von 10.000 Euro übersteigen.

Für das Kalenderjahr 2024 traf dies auf die nachfolgenden Spenderinnen und Spender zu:

- Alfred Landecker Foundation
- Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Prof. Dr. Rolf Hasse
- Fondation Charles Haimoff

Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

MEHR ZUM THEMA:

[kas.de/gemeinsame_erklaerung](https://www.kas.de/gemeinsame_erklaerung)

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Annegret Kramp-Karrenbauer
Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Ministerpräsidentin a. D.,
Bundesministerin a. D.,
Ehem. Vorsitzende der CDU
Deutschlands



Dr. Mark Speich
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Prof. Dr. Norbert Lammert
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. bis 19.12.2025,
Ehrevorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.



Michael Thielen
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
bis 11.06.2025



Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott
Stellvertretende Vorsitzende der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Dr. Christoph Brand
Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Hermann Gröhe
Stellvertretender Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes e. V.,
Bundesminister a. D.



Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ehrevorsitzender,
Ministerpräsident a. D.
† 02.03.2025



Dr. Tamara Zieschang
Stellvertretende Vorsitzende der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ständige Gäste

Dieter Althaus

Ministerpräsident a. D.,
Vizepräsident Governmental Affairs
MAGNA Europa

Dr. Felor Badenber

Senatorin für Justiz und
Verbraucherschutz in Berlin

Thorsten Frei MdB

Bundesminister für besondere
Aufgaben und Chef des
Bundeskanzleramtes

Tanja Gönner

Landesministerin a. D.,
Hauptgeschäftsführerin des
Bundesverbands der Deutschen
Industrie

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Präsident der Stiftung Haus der
Geschichte Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Günter Krings MdB

Parlamentarischer Staats-
sekretär a. D.,
Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag

Armin Laschet MdB

Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Auswärtigen
Ausschusses im Deutschen
Bundestag

Dr. Carsten Linnemann MdB

Generalsekretär der CDU
Deutschlands

David McAllister MdEP

Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Ausschusses für
auswärtige Angelegenheiten des
Europäischen Parlaments,
Vizepräsident der Europäischen
Volksparlei

Friedrich Merz MdB

Bundeskanzler,
Vorsitzender der CDU Deutschlands

Hildegard Müller

Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes der
Automobilindustrie

Prof. Dr. Angelika Nußberger

Internationale RichterIn am
Verfassungsgerichtshof von Bosnien
und Herzegowina,
Direktorin des Instituts für
osteuropäisches Recht und
Rechtsvergleichung an der
Universität zu Köln

Dr. Jan Redmann MdL

Landesvorsitzender der CDU
Brandenburg,
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag Brandenburg

Prof. Dr. Andreas Rödder

Professor für Neueste Geschichte an
der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz

Eva Maria Welskop-Deffaa

Präsidentin des Deutschen
Caritasverbandes

Steffen Bilger MdB

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Dr. Philipp Birkenmaier

Bundesgeschäftsführer der CDU
Deutschlands

Volker Kauder

Vorsitzender des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung

Dr. Hans-Gert Pöttering

Beauftragter der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V. für Europäische
Angelegenheiten,
Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.

Prof. Dr. Jürgen Rüttgers

Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-
Haus

Dr. Wolfgang Schüssel

Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.

Jens Spahn MdB

Bundesminister a. D.,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Vorsitzende der Hermann-Ehlers-
Stiftung e. V.

Lili Pöschl

Sprecherin des Jugendbeirats der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Mitglieder der Versammlung

Prof. Dr. Marion Ackermann

Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Dr. Patrick Adenauer

Unternehmer

Dr. Felor Badenberg

Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Prof. Dr. Erik Bertram

Vice President Experience Management, BTP Experience, SAP SE

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott

Stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Professorin für Politik und Wirtschaft Japans an der FU Berlin, Vizepräsidentin der FU Berlin

Dr. Christoph Brand

Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ralph Brinkhaus MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion a. D.

Daniel Caspary MdEP

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Karina Dörk

Landrätin im Landkreis Uckermark

Burkard Dregger MdA

Ehemaliger Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld

Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Direktor des Walter Eucken Instituts

Prof. Dr. Stephan Frucht

Künstlerischer Leiter des Siemens Arts Program

Michael Gahler MdEP

Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Hermann Gröhe

Stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Präsident des Deutschen Roten Kreuzes e. V., Bundesminister a. D.

Daniel Günther MdL

Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Manuel Hagel MdL

Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende

Prof. Dr. Stefan W. Hell

Direktor am Max-Planck-Institut für Multidisziplinäre Naturwissenschaften

Franziska Hoppermann MdB

Schatzmeisterin der CDU Deutschlands, Landesvorsitzende der Frauen Union Hamburg

Eckart von Klaeden

Staatsminister a. D., Leiter des Bereichs External Affairs bei der Mercedes-Benz Group AG

Julia Klöckner MdB

Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bundesministerin a. D.

Prof. Dr. Marianne Kneuer

Professorin für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden

Prof. Roland Koch

Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.

Annegret Kramp-Karrenbauer

Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bundesministerin a. D., Ministerpräsidentin a. D., Ehem. Vorsitzende der CDU Deutschlands

Michael Kretschmer MdL

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Prof. Dr. Norbert Lammert

Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

Armin Laschet MdB

Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag

Christine Lieberknecht

Ministerpräsidentin a. D.

Yvonne Magwas

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.

David McAllister MdEP

Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei

Friedrich Merz MdB

Bundeskanzler,
Bundesvorsitzender der CDU
Deutschlands

Herta Müller

Schriftstellerin

Hildegard Müller

Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes der
Automobilindustrie

Prof. Dr. Beate Neuss

Emeritierte Professorin für
Politikwissenschaft an der
Philosophischen Fakultät der
Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Angelika Nußberger

Internationale Richterin am
Verfassungsgerichtshof von Bosnien
und Herzegowina,
Direktorin des Instituts für
osteuropäisches Recht und
Rechtsvergleichung an der
Universität zu Köln

Dr. Hans-Gert Pöttering

Beauftragter der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V. für Europäische
Angelegenheiten,
Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.

Karin Prien

Bundesministerin für Bildung,
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Jan Redmann MdL

Landesvorsitzender der CDU
Brandenburg,
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag Brandenburg

Katherina Reiche

Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie der Bundesrepublik
Deutschland

Herbert Reul MdL

Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Dr. Norbert Röttgen MdB

Bundesminister a. D.

Nadine Schön

Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion a. D.

Jens Spahn MdB

Bundesminister a. D.,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Dr. Peter Tauber

Parlamentarischer
Staatssekretär a. D.

Dr. Johannes von Thadden

Vorstandsvorsitzender Draco
Airforce

Marlehn Thieme

Präsidentin der Deutschen
Welthungerhilfe e. V.

Prof. Sebastian Turner

Medienunternehmer

Octavian Ursu

Oberbürgermeister von Görlitz

Prof. Dr. Mario Voigt MdL

Ministerpräsident des Freistaates
Thüringen,
Landesvorsitzender der CDU
Thüringen

Klaus Welle

Generalsekretär des Europäischen
Parlaments a. D.

Eva Welskop-Deffaa

Präsidentin des Deutschen
Caritasverbandes

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB

Vorsitzende der Stiftung Christlich-
Soziale Politik e. V.

Hendrik Wüst MdL

Ministerpräsident von Nordrhein-
Westfalen

Paul Ziemniak MdB

Generalsekretär der CDU NRW

Dr. Tamara Zieschang

Stellvertretende Vorsitzende der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Ministerin für Inneres und Sport des
Landes Sachsen-Anhalt

Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Das Kuratorium wurde am 11. Juni 1999 vom Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung berufen. Es unterstützt und begleitet die Arbeit der Stiftung in beratender Funktion. Seine Aufgabe ist es insbesondere, wie ein Seismograf auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen.

In einer Zeit großer Umbrüche, des steten Wandels und der fortschreitenden Prozesse der Globalisierung ist Orientierung wichtiger denn je. Die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Medien und Kultur erfordern eine weitsichtige und richtungsweisende, vor allem frühzeitige Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Politik, denen die Konrad-Adenauer-Stiftung sich stellen will.

Dem Kuratorium gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an. Bei der Zusammensetzung des Gremiums hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Wert darauf gelegt, die unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft mit einzubeziehen. Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung von Impulsen und Anregungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.

Mitglieder des Kuratoriums

Klaus Mertes SJ

Vorsitzender des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Superior der Jesuitenkommunität in Berlin-Charlottenburg

Dr. Petra Bahr

Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Prof. Dr. Michael Baumann

Vorstandsvorsitzender und Wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums

Lena Düpont MdEP

Stv. Vorsitzende der CDU Niedersachsen

Prof. Dr. Heino Falcke

Professor für Astrophysik und Radioastronomie, Radboud-Universität Nijmegen

Cemile Giousouf

Vertreterin des Präsidenten und Leiterin der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung

Markus Hartmann

Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln, Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Christoph Heusgen

Botschafter a. D., Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz 2022–2025, Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung 2022

Prof. Dr. Markus Hilgert

Präsident der Universität der Künste Berlin

Bernhard Kaster

Bürgermeister a. D., Ehem. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Karin Knappe

Aufsichtsrätin und Betriebsratsmitglied des Gemeinschaftsbetriebs Fraport AG, FRA-Vorfeldkontrolle GmbH und Fraport Ground Services GmbH

Marija Kolak

Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Anna Kreye

Leiterin des Ministerbüros für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Senator Ronan Le Gleut

Mitglied des französischen Senats

Egils Levits

Präsident der Republik Lettland a. D., Richter am Europäischen Gerichtshof a. D.

Ahmad Mansour

Gründer und Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention

Peter Müller

Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Armin Nassehi

Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung 2021

Dr. Klaus Schüler

Ehem. Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands

Dr. Wolfgang Schüssel

Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung

Dr. Steven E. Sokol

Präsident des American Council on Germany

Jaromir Sokolowski

Staatssekretär in Polen a. D., Botschafter Polens a. D.

Armin Staigis

Brigadegeneral a. D., Ehem. Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Anna Staroselski

Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Kim Thy Tong

Senior-Referentin Strategie Nachhaltigkeit und Umwelt bei der Deutschen Bahn, Mitglied des Bundesvorstands der CDA

Sir Peter James Torry

Botschafter Großbritanniens a. D.

Annette Widmann-Mauz

Staatsministerin a. D.

Lars Zimmermann

Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus, Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung 2024

Stand: Dezember 2025

Gremien der Begabtenförderung

Sprecherrat der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Prof. Dr. Klaus Stüwe (Vorsitzender)

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Prof. Dr. Isabelle-Christine Panreck

Katholische Hochschule NRW

Prof. Dr. Clemens Felsmann

Technische Universität Dresden

Prof. Dr. Seon-Su Kim

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Gewählte Mitglieder im Vorstand der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ASeV)

Matthias Wilkes (Vorsitzender)

Dr. Heinrich Schimpf (Schatzmeister)

Thies Johannes Albert

Dr. Alexander Bode

Dr. Jürgen Bubeck

Dr. Annette Dorn-Baltes

Dr. Dietrich-W. Dorn

Emilie A. Höslinger

Maike Mewes

Gunter Smits

Hilfs- und Sozialfonds e. V.

Dr. Bernd Langhein

(Vorsitzender)

Stipendiatenbeirat

Natalie Labitzke

Friederike Müller

Jan Otrzonsek

Lukas Reindl

Lukas Thiesen

Gemeinsam mehr erreichen

Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung

Der im November 1999 gegründete Freundeskreis sichert die Leistungsfähigkeit der Stiftung und die hohe Qualität ihres Angebots langfristig und bietet all jenen eine Heimat, die von den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers überzeugt sind, sich als ihre Botschafter verstehen und auf dieser Basis ihren Teil zur Zukunft der Gesellschaft leisten.

— Von Kristin Krümmner

Die Förderinnen und Förderer schätzen, dass sie sich bei exklusiven Veranstaltungen treffen, miteinander austauschen, Freundschaften schließen und mit hochrangigen Referentinnen und Referenten diskutieren können. Beliebt sind auch die Regionalreihe »Freundeskreis trifft Politik«, die virtuellen Stammtische, das Zoom-Format »Einblicke – Informationen aus der Konrad-Adenauer-Stiftung«, die Seminare in der Villa La Collina in Cadenabbia und im Kloster Banz sowie die politischen Bildungsreisen, die 2025 nach Hamburg, Sizilien, Bulgarien, Dresden, in die Sächsische Schweiz und nach Polen führten.

Höhepunkt in diesem Jahr war unter anderem der Stammtisch des Freundeskreises in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zu Gast waren Generalsekretär Dr. Mark Speich und Jakob Kerstan, Auslandsmitarbeiter Venezuela. Dr. Speich berichtete über die Lage der Stiftung und diskutierte mit den Teilnehmenden über die Rolle der politischen Stiftungen. Herr Jakob Kerstan war von 2021 bis 2025 Leiter des Auslandsbüros in Kinshasa/Kongo. Er berichtete über die Lage im Kongo und die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Uta Hellweg, Leiterin der internen Kommunikation, moderierte den Abend. Ebenso fanden die virtuellen Stammtische statt. Gäste in diesem Jahr waren Dr. Thomas Birringer (Ukraine), Johann Fuhrmann (China) und Dr. Brigitta Triebel (Republik Moldau).

Auch das zweite virtuelle Format »Einblicke – Informationen aus der Konrad-Adenauer-Stiftung« wurde fortgesetzt. Dr. Viola Neu analysierte den Ausgang der Bundestagswahlen.

Die Reihe »Freundeskreis trifft Politik« fand bereits in Hamburg, Stuttgart, München und Bonn statt. Mit der Regionalreihe ging es 2025 zum Abgeordnetenhaus Berlin.

Auch auf großen Veranstaltungen wie dem »Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung« und der Europa-Rede im Allianz-Forum war der Freundeskreis mit einem Infostand präsent.

MEHR ZUM THEMA:

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.:
kas.de/freundeskreis

Die Villa La Collina in Cadenabbia

Tagungs- und Urlaubsort mit Geschichte

— Von Heiner Enterich

Im Jahr 2025 lockten 69 Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt in Konrad Adenauers ehemalige Sommerresidenz am Comer See. Zur politischen Bildung fanden zahlreiche, durch die Stiftung organisierte Seminare in Cadenabbia statt. Neben dem klassischen Thema »Auf den Spuren Konrad Adenauers« widmeten sich die Veranstaltungen unter anderem der Zukunft der Europäischen Union, der Verteidigung demokratischer Grundwerte, den Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die politische Kommunikation, Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, dem Antisemitismus, der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen sowie den transatlantischen Beziehungen in der Ära Trump. Darüber hinaus war die Villa erneut Austragungsort zahlreicher internationaler Konferenzen. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Nahostkonflikt, die Terrorismusbekämpfung, die Weiterentwicklung der Europäischen Union, der Ausbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur sowie die europäisch-afrikanischen Beziehungen. Im Herbst kamen traditionell wieder Schriftstellerinnen und Schriftsteller zur Autorenwerkstatt zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese Arbeiten mit Kritikerinnen und Kritikern, Germanistinnen und Germanisten sowie Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Auch war die Villa La Collina wieder Treffpunkt von bildenden Künstlerinnen und Künstlern, die durch den Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert werden. Im interdisziplinären Austausch mit Autorinnen und Autoren, Komponistinnen und Komponisten, Galeristinnen und Galeristen sowie Museumsdirektorinnen und -direktoren wurden gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen erörtert.

Die Villa La Collina ist heute sowohl als europäische Begegnungsstätte als auch als Kreativ- und Tagungsort ein fester Bestandteil der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die ehemalige Sommerresidenz Konrad Adenauers wurde von der Bundesrepublik Deutschland als Ort von nationaler Bedeutung anerkannt. Diese Auszeichnung wurde im Sommer 2025 mit der Eröffnung eines historischen Rundgangs im Park der Villa La Collina gewürdigt. Über im Gelände aufgestellte Informationssäulen mit QR-Codes können Besucherinnen und Besucher per Smartphone vertiefende Einblicke in die Geschichte des Ortes sowie in Adenauers Aufenthalte in Cadenabbia gewinnen.

Unabhängig von den Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Villa La Collina von März bis November auch für Gastveranstaltungen sowie Urlaubsaufenthalte geöffnet.

MEHR ZUM THEMA:

www.villalacollina.com
cadenabbia@villalacollina.it



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Klingelhöferstr. 23

10785 Berlin

T +49 30 269 96-0

zentrale@kas.de

Redaktion:

Nora Kalweit, Jochen Blind (V. i. S. d. P.)

Lektorat:

Nora Kalweit, Ingrid Furchner

Bildnachweise:

S. 8: © KAS/Jana Reimann-Grohs; S. 14: © KAS; S. 15: © Amin Akhtar; S. 17/18: © Tobias Koch; S. 20: © KAS;
S. 21: © KAS; S. 23: © KAS; S. 25: © KAS; S. 26: (links) © KAS/Dorota Ambrozy, (rechts) Marcus Merk; S. 27:
© KAS/Julia Reisinger; S. 30: © KAS/Rihanna Mackner; S. 31: © KAS/Emely Höner zu Siederdisen; S. 33:
© Susanne Daher, JU; S. 34/35: © Laurenz Bostedt; S. 37: © stockwerk-fotodesign; S. 38: © KAS/Gerrit Wilcke;
S. 40: © KAS; S. 41: © KAS; S. 42: © IMAGO/Joeran Steinsiek; S. 45: © KAS/Leon Fülber; S. 47: © KAS/Leon
Fülber; S. 49: © KAS; S. 52: © Andreas Varnhorn; S. 53: (links) © Joscha F. Westerkamp, (rechts) © Privat;
S. 55: (oben) © KAS, (unten) © KAS; S. 56: © Cedric Rhomberg (KI-generiertes Bild mit Adobe Firefly/ChatGPT);
S. 59: © IMAGO/Fotostand/Reuhl; S. 61: © United Nations Photo/Marie Frechon; S. 62: © KAS/Dr. Christina
Stolte; S. 64: © KAS; S. 65: © G. Schwarz; S. 67: © KAS; S. 68: © www.klausens.de; S. 69: © wbg Academic
(Verlag Herder GmbH); S. 70: (links) © KAS/Giuseppe Moro, (rechts) © KAS; S. 71: © KAS/Christiane Stahr;
S. 75: © Henning Schacht; S. 76/77: © KAS; S. 79: © Jan-Philipp Burmann; S. 80: © imago images/Photo12;
S. 88: © KAS; S. 97: © KAS/jones-art

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen
zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von »Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international«, CC BY-SA 4.0
(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN: 978-3-98574-344-5

